

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit 12 Pf. Sonntags-Beläge „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltungs-Verordn. für 1895 unter Nr. 7277.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgrößte Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Verlags- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: Amt 1, Nr. 1508. Expeditions-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 14. März 1896.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Ein schwarzer Tag

für die deutsche „Kolonialpolitik“ war die gestrige Reichstags-Sitzung. Deutschland ist keinem afrikanischen Menelik erlegen — es hat in einem Deutschen seinen Menelik gefunden — in einem „echtdeutschen Mann“, einem grimmigen „Krieger“, der alle Juden vertilgen will und in Ermangelung von Juden drüber in Afrika Neger todtschießt wie Epagen und Negermädchen zum Vergnügen aufhängt, nachdem sie seinen Lästern gebient. Der deutsche Menelik heißt Peters. Peters, der geräuschvollste und gefeiertste unserer Kolonialpolitiker, der geistige und sittliche Hauptträger dieser Kolonialpolitik, der würdige Häuptling und spiritus rector der „deutschen Weltpolitik“ und der Milliarden-Flottenpläne — Dr. Peters ist gestern „auf der Straße“ geblieben. Nicht, daß etwas neues gegen ihn vorgebracht worden wäre. Was gestern gesagt werden konnte, war schon im vorigen Jahr und schon früher als im vorigen Jahre gesagt worden, oder doch den Eingeweihten bekannt. Allein die Verhältnisse haben sich seitdem zum Nachtheile des Herrn Dr. Peters verschoben. Im vorigen Jahre lebte die Mehrheit des Reichstages noch an der Kolonialpolitik, weil das Zentrum sich noch durch das Kolonial-Programm gebunden fühlte, das der alte Windthorst in einem Moment sentimentaler Schwäche sich hatte abklaffen lassen.

Das ist inzwischen anders geworden. Die Zentrums-Partei — mag die Grundlage, auf der sie ruht, noch so reaktionär sein — hat als Kampfpartei ihrem Ursprunge nach mit Nothwendigkeit einen demokratischen Charakterzug, und ist neben der Sozialdemokratie die einzige Partei, welche unmittelbar von der Stimmung des Volkes abhängt und ihr Rechnung tragen muß. Im Volk aber ist die Kolonialpolitik verhasst, und mit recht.

Hierzu kam noch ein anderes, mehr persönliches Moment. Dr. Peters hat es sich beikommen lassen — vermuthlich durch den Beifall in gewissen Regionen angestachelt — den bisherigen Präsidenten der deutschen Kolonialgesellschaft, Prinzen Arenberg, ein Mitglied der Zentrums-Partei, mit Hilfe seiner Hintermänner zu stürzen.

Das war sein Verderben. Der gestrige Nebener des Zentrums griff Dr. Peters, unter dem Beifall des ganzen Hauses, mit alleiniger Ausnahme der Konservativen und Antisemiten, so rückhaltlos, so wichtig an, daß Dr. Peters für verloren gelten kann. So lange die schrecklichen Unthaten dieses christlich-germanischen Apostels der Kolonialpolitik nur von Sozialdemokraten und Deutschfreisinnigen gebrandmarkt wurden, war Dr. Peters nicht in Gefahr — im Gegentheil, die Angriffe von dieser Seite gaben ihm nach anderer Seite hin eine Stütze. Jedoch mit der Schwelung des Zentrums hat er die Majorität des Reichstages gegen sich, und einen Menschen,

den die Vertreter der Mehrheit des deutschen Reichstages auf Grund seiner Selbstanlagen der gemeinsten Verbrechen beschuldigte, gegen den sie den Strafrichter angerufen, ja andern sie schon die moralische Hinrichtung vollzogen haben, kann von der deutschen Regierung nicht mehr gehalten werden. Er ist unmöglich geworden.

Dr. Peters ist aber kein einfacher Mensch, er ist, wie wir schon zu Anfang bemerkten, der klassische Vertreter der deutschen Kolonialpolitik.

In ihm war die deutsche Kolonialpolitik verkörpert. Und der Sturm der Entrüstung, der in der gestrigen Reichstags-Sitzung über Dr. Peters hereinbrach, trifft die deutsche Kolonialpolitik.

Politische Uebersicht.

Berlin, 13. März.

Die heutige Reichstags-Sitzung bot ein dramatisches Interesse dar. Wieder war ein Kolonialheld angeklagt, die Ehre des Deutschen Reichs und seine persönliche Ehre schwer geschädigt zu haben durch Verbrechen — Verbrechen, auf die laut deutschem Reichs-Strafgesetzbuch Gefängnißstrafe oder gar Zuchthaus steht, und zwar diesmal der viel genannte Dr. Karl Peters. Bebel war der Ankläger. Durch die neuere Agitation des Peters für eine Flottenvermehrung veranlaßt, hatte Bebel sich die Person und die Vergangenheit dieses Herrn einmal genauer angesehen und er konnte sich für seine Anklagen auf die klaren Geständnisse des Peters stützen, die sich allerdings in dessen Munde nicht wie Geständnisse von Verbrechen, sondern wie Renommance mit Heldenthaten anhörten. Mord in mehreren Fällen, sogar der Mord eines afrikanischen Mädchens, mit dem Peters vorher intime Beziehungen unterhalten hatte, als dieses Mädchen sich von ihm abwandte — diese Handlungen sind von Peters selbst eingestanden. Ob Peters erfaßt und der ihm gebührenden Strafe zugeführt werden wird, das ist eine Frage, von der für die Regierung sehr viel abhängen wird. Bebel erklärte und er hat darin 99 pCt. der deutschen Bevölkerung auf seiner Seite: Entweder ist Peters durch das Strafgesetz zu fassen, und das ist meine persönliche tiefste Ueberzeugung, warum faßt ihn die Regierung nicht? Oder er stand mit seinen Handlungen als Beamter in den Kolonien außerhalb der Strafgesetze, wie durfte die Regierung dann einen Augenblick zögern, einen anderen Zustand zu schaffen? Der Direktor des Kolonialamts Dr. Kayser, der die unsägliche peinliche Rolle eines Verteidigers Dr. Peters übernommen hatte, erkannte rund an, daß jeder Deutsche auch in den Kolonien unter dem deutschen Strafgesetz stehe und gab sich dann alle Mühe, um nachzuweisen, daß es immer an dem einen oder anderen tatsächlichen Erforderniß der Anklage gefehlt habe. Der juristische Theil der Ausführungen des Direktors Kayser erregte starkes Kopfschütteln; sie

hätten große Heiterkeit hervorgerufen, wenn es sich nicht um die traurigsten Dinge gehandelt hätte. Wie er sich aber vom menschlichen und ethischen Standpunkte über das Thun des Peters ausließ, wie er die haarsträubendsten Dinge in gleichgültiger Tone vortrug, da machte er allerdings einen viel unangenehmeren Eindruck auf allen Seiten. Als er diesen Eindruck gewahrt wurde, suchte er ihn durch die Erklärung zu entfernen, daß er nur berichte und sich jedes Urtheils über das Berichtete enthalte. Eifriges Schweigen herrschte, als der Regierungsvorredner schloß. Wir hörten nationalliberale und Zentrumsabgeordnete mit den schärfsten Worten den Peters und noch mehr diese Inzuchnahme des Peters tabeln. Vorher allerdings, während Bebel sprach, hatten bei Ausführung einer groben Brutalität des Peters — Niederschießen eines wehrlosen Hirten, der nach Peters' eigenem Bericht den Wunsch, seine Herde zu übernehmen, „in einem freien Tone“ geäußert hatte — einige Konservative gelacht, was Bebel zu der Entgegnung veranlaßte: „So mag denn die Thatsache öffentlich bekannt werden, daß auch hier im Reichstage einige für eine solche Schandthat nur ein Lachen hatten.“ Der allgemeinen Ansicht gab Dr. Lieber Ausdruck und er fand daher auch allgemeine Zustimmung, als er erklärte: Die Vertheidigungsrede Kayser's läßt Peters' Thun in noch schlimmerem Licht erscheinen, als es die Anklagerede Bebel's that. Herr Kayser sah in diesem Augenblick ganz verdutzt aus. Lieber, dessen Pathos diesmal wenigstens an der rechten Stelle war, versicherte, daß die Häufung der Fälle Leisi, Behlan, Peters auf die kolonialpolitische Stellung des Zentrums von entscheidendem Einfluß sein würde. Ob dieser Entschluß des Moments zur That werden wird, haben wir freilich abzuwarten. Daß Lieber von seinem christlichen Standpunkt es als das allerunangenehmste empfand, fortwährend von den Sozialdemokraten auf die Nichtsnutzigkeit solcher „Pioniere christlicher Kultur“ in Afrika hingewiesen zu werden und nichts darauf antworten zu können, das verließen wir vollkommen. —

Im preussischen Abgeordnetenhause gab es am Freitag eine kleine Ueberraschung. Nachdem die rüchständigen Theile des Etats unter Ablehnung des Antrages Nichter betr. Aufnahme einer Statistik über die Verhältnisse der Eisenbahnbeamten- und Arbeiter und unter Ablehnung des Antrages v. Strombeck betr. Abrechnung der Dienstzeit an Privatschulen bei Bemessung der Dienstalterszulagen der Volksschullehrer und Lehrerinnen fast ohne Debatte erledigt waren, sollte in die Besprechung der Interpellation King betreffend Maßregeln gegen die Einschleppung von Viehseuchen getreten werden. Der Präsident richtete an die Regierung die geschäftsordnungsmäßige Frage, ob sie zur Beantwortung der Interpellation bereit sei, aber vergebens; es erfolgte keine Antwort vom Regierungstisch. Der Landwirtschaftsminister, in

79

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Frage man den Wirth: „Haben Sie nicht anderes zu trinken,“ dann sagte Jean Barbo „zu Befehl“ und brachte ein Glas Nordhäuser, dessen Echtheit jeder bezweifeln mußte.

Es zogen daher die Gondel- und Eisfahrer nach Friedrich's Gastwirthschaft, wo es ein gutes Glas „echtes“ vom Fasse gab.

Dort fand man zwar oft, daß Friedrich mit dem Kinde, das er seiner Frau abgenommen, in der Stube umhersprang, und es jedem Gaste zeigend, ausrief: „Sehen Sie nur! Ist das nicht ein strammer Junge? Das ist mein Junge. Nicht wahr, Hanne, das ist unser Kind!“

Die junge hübsche Frau nahm den dicken Bengel verächtlich ihrem Manne ab und hieß diesen „fleißig“ nach den Gästen sehen.

Dies Bild echten häuslichen Glückes heimelte um so mehr an, als die schmucke Wirthin alles reinlich und sauber im Hause erhielt. — Schon lebten sie zwei Jahre zufrieden, beglückt hier, als eines Tages zwei vornehme Fremde im Friedrich'schen Gasthause abstiegen und ein feines Zimmer verlangten. Sie waren Hanne bekannt vorgekommen, aber erst als Friedrich ihr zuflüsterte: „Das ist ja die Hofdame,“ da rief Hanne freudig aus: „Fräulein Blanka von Bergheim?“

„Nein, Frau Blanka von Bergheim heiße ich jetzt, und das ist mein Mann, Herr von Bergheim.“

„Ah!“ sagte Hanne. „Nun da freut es mich, daß ich Ihnen ein gut möbilitres Zimmer bieten kann. Kommen Sie.“

Hanne ging voran.

Indeß bedeutete Bergheim dem Wirth, daß ein Herr nach ihm fragen werde, diesen möge er hinauf schicken.

In diesem Augenblicke erschien auch schon ein in der Stadt bekannter Rechtsanwalt, der nach dem Herrn von Bergheim fragte; er wurde von diesem mit auf das Zimmer genommen.

Es handelte sich um das Antreten und Verwerthen einer Erbschaft.

Elly hatte in ihrer letzten Lebensstunde noch eingesehen, daß sie ihrem früheren Manne doch wohl unrecht gethan, und hatte ihm ihr mütterliches Erbe lehtwillig vermacht. Dazu gehörte das nachbarliche Herrenhaus, die prächtig klary'sche Villa.

Elly's Mutter, diese Hümnegestalt, war ihrer Tochter mit dem Tode vorangegangen. Sie hätte es auch nicht ertragen, jeht zur Nachbarin ihr früheres Dienstmädchen zu haben, die sie einst zum Hause hinausgeworfen.

Bergheim war nicht nur auf Kurathen seiner Waldsee persönlich hierher gereist, er wollte auch gerne zeigen, daß er keinem etwas schuldig sei, wohl aber noch Grund und Boden hier besäße, ihn jedoch verkaufe, weil er beschloffen habe, in die ihm liebgewordene Waldesfamkeit zurückzukehren.

Blanka wollte, dem Hofe zum Trost, nun erst recht einmal sich hier sehen lassen.

Man sollte erfahren, daß sie verheirathet, gnädige Frau wäre, nun doch einen altadeligen Namen, der viele Ahnen aufzuweisen habe, führe und zu der hochangesehenen Adelsstippe derer „von Bergheim“ gehöre. Sie fuhr daher nach Abwicklung der geschäftlichen Angelegenheiten ihres Mannes mit diesem im offenen Wagen bei einigen am Hofe angestellten Freundinnen vor.

Von Hanne verabschiedete sie sich, ohne ein Wort mit ihr über die Vergangenheit zu sprechen.

Hanne sah ihr schweigend nach und sagte wehmüthig dann zu Friedrich: „Was ist in der Zeit geschehen, seit ich diese stolze Dame zum ersten Male sah. Wie gern hätte ich etwas von ihr über Clotilde erfahren. Diese war immer so gut mit mir.“

„Ach ja,“ antwortete Friedrich, „auch zu mir sprach sie stets freundlich und leutselig. Clotilde thut mir leid. Sie ist ebenso unschuldig als wir und kann sich hier nicht

sehen lassen, sie verbirgt sich absichtlich, sonst hätte man doch einmal etwas von ihr gehört.“

„Ach, Friedrich, wenn ich wüßte, daß sie in Noth wäre, gern würde ich mit ihr theilen.“

„Das thäte ich auch mit tausend Freuden, Hanne, und Pathe müßte sie werden beim nächsten...“ Hanne hielt Friedrich den Mund zu — es trat eben ein Gast ein.

Friedrich ließ sich aber nicht stören, wehrte sie ab und sagte: wenn Du mir den Mund zuhältst, muß ich auch deinen zudrücken. Er küßte sein rundes Weibchen und eilte dann das Glas Bier zu holen, daß der Gast sehr aufgeregt und laut verlangte.

„Nun Euch scheint es ja gut zu gehen“, redete derselbe die zurückgebliebene Hanne an.

„O ja, sehr gut. Aber sehe ich recht, der Herr Assessor Händrich! Wie geht es denn Ihnen?“

„Ich bin gemüthskrank,“ erwiderte mit eigenthümlichen Geberden Händrich.

„O weh, Herr Assessor. Sie sollten heirathen.“

„Nichts da. Ich will niemand unglücklich machen, ich bin vom Amte abgegangen, ich ziehe von hier fort.“

„Wie? Herr Assessor, Sie wollen weg von hier?“

sagte Friedrich, indem er das Glas Bier hinsetzte.

„Ja,“ erwiderte Händrich, und leerte fast das Glas in einem Zuge.

„Fort von hier wollen Sie?“ „Das thut mir leid, wie kommt denn das?“ fragte Friedrich theilnehmend.

Der plötzliche Tod meines Freundes hat mich krank gemacht, Doktor Langenberg ist gestorben.“

„Ach!“ riefen erschreckt gleichzeitig Hanne und Friedrich, und Hanne setzte hinzu: „Dann ist ja Clotilde...“

„Wittwe“, ergänzte Händrich.

Hanne und Friedrich blickten sich erstaunt an. „Eben sprachen wir von ihr“, sagte Friedrich, „aber da s zu erfahren — hätten wir nicht erwartet.“

(Fortsetzung folgt.)

dessen Ressort diese Angelegenheit gehört, hatte die Arbeitskraft und Schaffensfreudigkeit des Hauses unterschätzt und nicht darauf gerechnet, daß der Etat schon nach kaum einständiger Beratung fertig war. Es blieb also nichts weiter übrig, als die Sitzung auf eine Stunde bis zum Erscheinen des Ministers zu vertagen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen und nach Begründung der Interpellation durch den Abg. Ring erklärte Hr. v. Hammerstein, daß die Regierung alles gethan habe, um die Einschleppung von Viehschäden zu verhindern. Seine Bemerkung, daß die Veterinärpolizei aufs strengste gehandhabt wird zum Zwecke der Immunhaltung der Viehbestände, aber nicht um die Konkurrenz des Auslandes zu beseitigen, wird den Agrariern, denen hiermit wieder eine Hoffnung entzogen ist, nicht gerade angenehm sein. Die Debatte, in der nur oft Gefagtes wiederholt wurde, kam noch nicht zu Ende. Am Sonnabend wird die dritte Beratung des Etats vorgenommen.

Die vorzeitige Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und amtlichen Mittheilungen hat nach einer Meldung des „Hann. Anz.“ den Reichskanzler veranlaßt, durch die zuständigen Behörden ein Disziplinar-Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt einzuleiten, um zu erfahren, von wo diese Indiskretionen herrühren. Wiederholte Vernehmungen von Redakteuren und Korrespondenten sollen bereits stattgefunden haben.

Das Disziplinarverfahren gegen Unbekannt scheint hiernach also nicht einmal eine bestimmte Veröffentlichung zum Ausgangspunkt zu nehmen, sondern ganz allgemein gehalten zu sein. Wir glauben kaum, daß sich das mit den bestehenden Gesetzen in Einklang bringen läßt, da schon die Rechtswidrigkeit eines solchen Disziplinarverfahrens gegen Unbekannt aus Anlaß eines bestimmten Falles Zweifel begegnet. Die bürgerlichen Blätter, die über den „Vorwärts“ geiztet haben, solange er nur allein zum Opfer solcher Untersuchungen auserkoren war, werden jetzt vielleicht zu der Erkenntniß kommen, daß sie sich in das eigene Fleisch geschnitten haben.

Zum sächsischen Wahlrechts-Attentat. Bei den Mitgliedern der ersten Kammer in Dresden ist der Unsturzseifer noch größer als bei denen der zweiten. Die Deputation der ersten Kammer, vor welche die Attentats-Vorlage gewiesen ward, hat ihren Bericht schon fertig gestellt und dieser Tage wird im Handumdrehen die Vorlage auch von der ersten Kammer angenommen sein.

Nun, die Entmündigten werden dafür sorgen, daß dem Attentat die verdiente Strafe folgt.

Die „Leipziger Volkszeitung“ läßt in ihrem Bericht über die letzte Leipziger Parteiverammlung den Chefredakteur Schoenlant sagen:

„Fast die ganze deutsche Parteipresse, der „Vorwärts“ an der Spitze, haben sich mit uns für sofortige Mandatsniederlegung beim Inkrafttreten des Gesetzes erklärt. Wir haben mit sachlichen Waffen für eine gute Sache gekämpft. Pöhllich aber schlug der Wind im „Vorwärts“ um und er organisierte gegen mich eine persönliche Hege u. s. w.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ thut uns vielleicht den Gefallen, eine Zeile des „Vorwärts“ anzuführen, aus der „ein Umschlagen des Windes“ zu folgern ist. Die Redaktion des „Vorwärts“ steht heute in der Mandatsniederlegungs-Frage genau auf demselben Standpunkt wie am ersten Tage. Sie ist für die Mandatsniederlegung und überläßt, wie das die Parteidisziplin erheischt, die Entscheidung der Frage der Sächsischen Landesversammlung.

Und da die Leipziger Genossen in ihrer letzten Parteiverammlung sich genau in unserm Sinne ausgesprochen haben, so sind wir mit ihnen ja einverstanden. Der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ aber rathen wir, ihr eigenes Blatt einmal zu lesen und mit dem „Vorwärts“ zu vergleichen — sie wird dann sehen, wo — um in ihrer nicht persönlichen Sprache zu reden — „tactisches Ungeschick“, „Direktionslosigkeit“, „läppische läppische Unsicherheit“ und so weiter zu finden sind, und wo „der Wind plötzlich umzuschlagen pflegt“ — im Rückwärts. — Im übrigen wollen wir mittheilen, daß nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ in der letzten Parteiverammlung 1500 Genossen anwesend gewesen sein sollen.

Die Zerrüttung der nationalliberalen Partei macht derartige Fortschritte, daß es schwer verständlich erscheint, wie so widerstrebende Elemente überhaupt noch zusammenhalten können. Lange Zeit hindurch die Partei des kaufmännisch und industriell thätigen Bürgertums, ist sie allgemach derartig mit agrarischen Elementen durchsetzt worden, daß diese bereits es auf eine Kraftprobe um die Oberhand ankommen lassen konnten. Ein bedenkliches Zeichen der Schwäche war es schon, daß die vier nationalliberalen Unterzeichner des Antrages Kanitz, der allen Traditionen der Partei direkt ins Gesicht schlug, noch nicht einmal ein Mißtrauensvotum von der Fraktion ausgestellt erhielten, trotzdem der nominelle Führer der Partei, Herr von Bennigsen, den Antrag für gemeingefährlich erklärt hatte. Ebenso agrarisch wie die vier Kanitzer haben sich nun aber auch die zum Theil aus den nämlichen Personen bestehenden Vertreter der nationalliberalen Fraktion in der Börjenseg-Kommission benommen. Dagegen haben die älteren auch-agrarischen Fraktionsmitglieder Front zu machen gesucht, aber mit täglichem Mißerfolg. Sie verlangten, daß die drei Mitglieder der Partei in der Börjenseg-Kommission, Oriola, Baasche und Plade, in der zweiten Lesung entweder die bisherige Haltung aufgeben oder aus der Kommission austreten sollten, blieben aber in der materiellen Diskussion über die bisherigen Beschlüsse in der Minderheit. Man bot den Herren Siegle und Hammacher zwar an, daß sie in die Kommission gehen könnten, wollte aber von einer Aenderung der bisherigen Beschlüsse nichts wissen. Es heißt, daß die Mehrheit beinahe 40 Stimmen betrug, sodaß also ziemlich die ganze Fraktion den agrarischen Standpunkt theilt. Trotzdem haben die feindlichen Brüder wieder einen faulen Kompromiß geschlossen, denn die „National-Zeitung“, die in gewundener Sprache sich über jene Vorgänge äußerte, theilt mit, die Minderheit werde ihre abweichenden Ansichten, die sich gegen die Beschlüsse über die Offenlegung der Geschäftsinterna der Emissionshäuser und das Verbot des Getreide-Terminhandels richten, im Plenum bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs darlegen.

Die Abgg. Baasche, Plade und Graf Oriola, heißt es weiter in der „National-Zeitung“, bleiben in der Börjenseg-Kommission und werden ihren Standpunkt bezüglich des Getreide-Terminhandels aus der ersten Lesung vertreten, mit der Modifikation, daß ihrerseits nach Ablehnung des Verbots des Getreide-Terminhandels — wofür eine Mehrheit gefordert ist — Anträge eingebracht werden, welche eine genauere Feststellung

der Lieferungsbedingungen für den Getreide-Terminhandel nach Qualität und Herkunft der Waare befürworten. Außerdem werden sie in einer großen Anzahl von Punkten, wo die Kommission in erster Lesung zu weit gegangen ist, für erhebliche Milderungen der bisher gefassten Beschlüsse eintreten.“

Mit einer Aussicht auf „Milderungen“ haben sich die Bennigsen, Hammacher und Konsorten augenscheinlich abgespielt lassen, damit nur ja der wässerige Parteibrei auch jetzt noch nicht auseinander fließt.

Zur Lage der Polen in Deutschen Reich. Der Amtsvorsteher über den schlesischen Bezirk Bogutschütz, Zawodzie sandte dem Vorstand des polnischen Gesangsvereins „Autnie“ in Bogutschütz unter dem 25. Februar d. J. folgende Verfügung:

„Wie wiederholt und namentlich bei dem am 16. d. Mts. abgehaltenen Vereinsvergügen amtlich festgestellt worden ist, treten in Ihrem Vereine Bestrebungen zu Tage, welche weit über den Rahmen des in den §§ 1 und 2 der eingereichten und genehmigten Vereinsordnung angegebenen Zweckes des Vereins hinausgehen. Es findet eine namentlich auch von auswärtigen Personen durch Ansprachen und dergl. unterhaltene Agitation für die polnische Sprache und das polnische Wesen gegenüber dem Deutschthum statt, es ist bei dem letzten Vergügen versucht worden, unter Leitung der Gesänge seitens eines Auswärtigen von dem eingereichten und genehmigten Programme abzuweichen, und es ist nach den letzten Vorversammlungen als feststehend anzunehmen, daß Ihr Verein mit anderen politischen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung steht.“

Nach den neuesten Erkenntnissen des königlichen Kammergerichts vom 7. März, 18. April und 10. Oktober 1895 ist aus vorstehenden Gründen Ihr Verein ein politischer geworden und als solcher zu betrachten, welcher das gesammte öffentliche Interesse berührt, und derselbe unterliegt daher, worauf ich hierdurch besonders aufmerksam mache, im besonderen den Bestimmungen der §§ 2 bis inkl. 8, außer sämtlichen übrigen zutreffenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 11. März 1860 (Ges.-Samml. 1860 Seite 277).“

Nachdem der Amtsvorsteher dann die Zustellung eines Mitgliedsverzeichnis zc. binnen 3 Tagen verlangt hat, heißt es in dem Schriftstück weiter:

Schließlich sind mir von allen im Vereine zur Uebung und zum Vortrage kommenden polnischen Gesängen, Deklamationen pp. beglaubigte deutsche Uebersetzungen einzureichen. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Vereinsgesetzes, namentlich gegen die Bestimmungen des § 8 a u. b. desselben, hat der Verein die sofortige Schließung zu gewärtigen.

Gleichzeitig erlaube ich noch am baldigste Einfindung der Rassenabrechnung über das am 16. d. Mts. abgehaltene Vereinsvergügen unter Bezugnahme auf die mir in dem Besuch vom 15. Februar 1896 gemachte Mittheilung.“

Nach dem Wortlaut dieser Verfügung ist es also den Polen verboten, in Privatvereinen ihre Sprache zu pflegen. Ein solcher Zustand ist unvereinbar mit den wirklichen Interessen des Deutschthums, und zwar nicht nur aus allgemeinem Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch schon deshalb, weil diese Behandlung eines nichtdeutschen Volksstammes den Regierungen nichtdeutscher Staaten als Vorbild dienen kann für die Behandlung der ihrer Botmäßigkeit unterworfenen Deutschen, worunter in erster Linie der deutsche Schulverein zu leiden hätte. Das „Deutschthum“ ist bekanntlich auf die Grenzen des Deutschen Reiches keineswegs beschränkt.

In Paris stehen jetzt die „Meistersinger“, die maitres chanteurs, das heißt die „vornehmen“ Revolverhelden der Presse vor Gericht. Wir erinnern die Leser an den Artikel unseres Gallus über das edle Paar Severine und Labrudyre. Die ganze Fäulniß der Bourgeoisie spiegelt und konzentriert sich in ihrer Presse. Nach Beendigung des Prozesses werden wir ihn zusammenfassend behandeln.

Zur italienischen Krise erfahren wir, daß Crispi nach Antritt der Diözesen aus Afrika, als er sah, daß ihm der Boden unter den Füßen entzogen, krampfhaft Anstrengungen machte, um die österreichische und die deutsche, namentlich die deutsche Regierung für sich diplomatisch zu mobilisieren und eine Intervention zu seinen Gunsten bei dem König zu erwirken. Der Gang der Ereignisse war aber zu geschwind. Ob die beiden genannten Mächte geneigt waren oder nicht, für Crispi einzutreten, das bleibt dahingestellt — jedenfalls äußerte die Empörung des italienischen Volks über die Crispi'sche Schandwirthschaft sich mit solcher Elementargewalt, daß nicht mehr daran zu denken war, Crispi, dessen Abdankung nur eine Komödie gewesen, wieder an die Spitze der Regierung zu berufen. Aus der Komödie mußte Ernst gemacht werden, und für Herrn Crispi handelt es sich nicht mehr darum, in seine Diktaturstellung zurückzukehren, sondern seinen Hals zu retten.

Selbst seine eigenen Organe müssen jetzt eingestehen, daß er Variatieri mit Depeschden bombardirt hat; sie geben auch zu, daß er zu entschiedenem Vorgehen gedrängt habe, aber sie behaupten, er habe auch zur Vorsicht aufgefordert. Variatieri selbst soll vor dem Angriff im Kriegsrath erklärt haben, der Angriff sei befohlen.

Eine Mittheilung der „Tribuna“, daß Variatieri die ganze Schuld und Verantwortung des Angriffs auf sich genommen habe, ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine Crispi'sche Lüge. Nun — Crispi ist nicht mehr im Stande, das Glück nach Art Riccaut de la Marliniere zu „korrigieren“.

Die Wahrheit wird sich nicht vertuschen lassen; und da der neue italienische Minister Rudini nach allgemeinem Urtheil ein Ehrenmann ist, der die Spitzbuben haßt, so sollte eigentlich Crispi nun sicher auch wegen seiner nicht politischen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Während Crispi stets mit kriegerischen Vorbeeren vor die Kammer treten wollte, scheint das Cabinet Rudini-Riccauti mit der Friedenspalme vor den Volkvertretern erscheinen zu wollen. Das ministerielle Depeschdenbureau meldet aus Massauah, daß mit dem Regus Renewil Friedensverhandlungen eingeleitet und daß die Abfahrt der letzten für Afrika bestimmten Truppen, welche sich heute einschiffen sollten, aufgeschoben worden ist.

Am vierzehnten März sind es dreizehn Jahre, daß Karl Marx und durch den Tod entziffen ward. Es hieß den großen Todten beleidigen, es hieß die Arbeiter beleidigen, wollten wir hier sagen, was er dem Proletariat gewesen ist. Der Verfasser des kommunistischen Manifestes — mit Engels zusammen —, der Gründer der „Internationalen Arbeiterassoziation“, der Schöpfer des „Kapital“, der Vater der modernen Arbeiterbewegung — das ist Karl Marx. Die Arbeiterwelt ist seine Gemeinde, und wo ein Proletarierherz schlägt und ein Proletarierhirn denkt — da wird morgen der Todestag von Karl Marx in erster Feier begangen werden. Nicht als Tag der Trauer — Trauertage kennen wir nicht — sondern als Tag, geweiht der Dankbarkeit und geweiht dem Entschluß, im Geiste des großen Todten thätig zu sein, und mit den Waffen, die er uns für die Befreiung der Arbeiter geschmiedet hat, seinen Willen zu vollstrecken.

Deutsches Reich.

— Der Bundesrath hat ferner in seiner gestrigen Sitzung den Reichstagsbeschluss betreffend die Nichtanstellung amtlicher Erhebungen über die Parteistellung der Reichstagskandidaten durch die Wahlkommissionen den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Vorlage betreffend die Ausprägung von Fünfspennigstücken wurde die Zustimmung erteilt. Außerdem wurde über die dem Kaiser für die Befestigung einer Mitgliedshalle beim Bundesamt für das Heimathwesen und einer Rathshalle beim Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschläge, sowie über die geschäftliche Behandlung von Eingaben Beschluss gefasst.

— Zur Einführung des zwölfstündigen Maximal-Arbeitstages im Wäckergerwerbe. Die Verh. Pol. Nachr.“ weisen auf die im Jahre 1886 erlassenen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Bleifarben- und Bleizuckerfabriken hin und geben die Stelle wörtlich an, die von der Arbeitszeit der in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiter handelt. Der § 9 dieser Vorschriften lautet wörtlich: „Arbeiter, welche bei ihrer Beschäftigung mit bleiischen Stoffen oder Produkten in Berührung kommen, dürfen innerhalb eines Zeitraums von 24 Stunden nicht länger als 12 Stunden beschäftigt werden.“ Die hier in Vergleich gestellten Vorschriften sind übrigens beide aufgrund des § 120 der Gewerbeordnung erlassen. Im Jahre 1886 war der § 120, welcher sich mit den Verpflichtungen der Arbeitgeber zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter befaßt, noch nicht so ausgestaltet und hatte noch nicht so ins Einzelne eingehende Bestimmungen erhalten, wie sie durch die Novelle vom 1. Juni 1891 geschaffen wurden, jedoch konnte auch damals schon auf Grund der allgemein gefassten Vorschrift die Arbeitszeit in bestimmten Betrieben durch den Bundesrath beschränkt werden. Wenn dies neuerdings auch für die in Wäckerereien beschäftigten Arbeiter und zwar im Interesse von deren Gesundheit gefahren ist, so ist damit nichts grundsätzlich Neues geschaffen, sondern nur ein früher schon gegebenes Beispiel erneuert worden.

So ganz richtig ist dies nicht; die frühere Verordnung bezog sich auf Fabriken, die gegenwärtige vornehmlich auf Handwerksbetriebe.

— Ein Nachklang der Debatte über das bürgerliche Gesetzbuch. Man schreibt uns:

Wie der Mensch sich doch ändert, wenn er bundesräthlicher Kommissar wird! Im Jahre 1883 erklärte Herr Professor Rudolf Sohm in einem Vortrage über die Gegensätze unserer Zeit die Entstehung des „vierten Standes“ wie folgt: „Das Kapital entwickelte die ihm angeborene Naturkraft. Es machte den Arbeiter zu seinem Knecht. Es schrieb ihm die Bedingungen vor, unter welchen die Arbeitskraft verkauft werden mußte. Es nahm ihm Gesundheit, Familienleben, menschenwürdiges Dasein. Ja, es nahm ihm das Letzte, die Hoffnung... Die ungeheure Masse der Nation sah sich entzweit zu Gunsten weniger Besitzenden“ und: „Da sind sie, die Glenden, die Hungerigen, die Frierenden, die Entzweiten. Sie sind der ungeheure Leib des Volkes, unfähig, seine eigene Blöße zu bedecken, ja, sie sind das Volk selbst — betrogen um die Welt durch die wenigen Besitzenden, Gebildeten, Herrschenden.“ Das ist derselbe Herr Professor, der kürzlich im Reichstage nicht begreifen konnte, weshalb unsere Redner das Recht dieser Gesellschaft, wie es im bürgerlichen Gesetzbuch für ein weiteres Jahrhundert befestigt werden soll, ein kodifiziertes Unrecht nannten, und der den vierten Stand, der sich im Interesse seiner Menschenrechte gegen den vierten Kapital erhebt, einladet, von der sozialdemokratischen Schulbank in die bürgerliche Freiheit (!) einzutreten. Der Herr Professor würde uns verbinden — mehr als durch sein verspätetes Eintreten in die sächsische Wahlrechtsbewegung —, wenn er uns diesen Zwiespalt seiner Mannesseele löste. Oder glaubt er wirklich, daß dieses Gesetzbuch den Glenden, den Hungerigen, den Frierenden, den Entzweiten zu ihrem Rechte verhilft?

— Der antiagrarische Schutzverband. In der am 11. d. M. hier abgehaltenen Versammlung zur Gründung eines „Schutzverbandes gegen agrarische Uebergriffe“ ist, wie schon berichtet, ein Komitee gewählt worden, zu dessen Mitgliedern auch der Reichstags-Abgeordnete Siegle gehört. Wie die „Nationallib. Korr.“ erzählt, war jedoch Herr Siegle verhindert gewesen, an der Versammlung theilzunehmen, sonst hätte er dort sofort erklärt, daß er nicht in der Lage sei, eine solche Wahl anzunehmen.

— Der Anspruch auf polizeiliche Genehmigung der Inserate, der durch das bekannte Lindenwalder Urtheil vermittellich werden sollte, verliert, wie das Hamburger „Echo“ ausführlich, gegen die bestehenden Gesetze. Das „Echo“ meint, deshalb müsse auch die Anfechtung des Urtheils notwendigem Erfolge haben: „Es bedarf dazu nur der Berufung auf § 1 des Reichsgesetzes über die Presse, welcher besagt: „Die Freiheit der Presse unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen sind.“ Beschränkungen, wie sie das Lindenwalder Gericht als zulässig erachtet, kennt das Pressgesetz aber nicht. Gestützt auf den § 1 des Reichs-Pressgesetzes wurde fernerzeit auch hier in Hamburg, und zwar von unserer Seite die Praxis der Polizei, eine in dem alten Hamburger Pressgesetz bestehende Bestimmung, welche die Zeitungen verpflichtete, vor der Aufnahme von Versammlungsanzeigen die Anmeldebescheinigung der Polizeibehörde sich vorlegen zu lassen, weiter anzuwenden, durchbrochen. Die Gerichte erkannten auf Unzulässigkeit des Verlangens auf Grund des Reichsgesetzes.“

— Vom Uebergriff eines Geistlichen theilen freisinnige Blätter folgendes mit: Bekanntlich sind die Geistlichen gesetzlich verpflichtet, Geburtsatteste auszustellen aus der Zeit vor Einführung der Zivilstandsregister. Ein aus Oberbergen nach Kiel übergesiedelter Katholik ersuchte demgemäß den Pfarrer um einen Taufschein zur Verheirathung. Darauf schrieb der Pfarrer am 8. Juli 1895: „Bevor ich gewünscht besorgen kann, muß ich wissen, wer die Braut ist, welcher Religion sie angehört, wenn katholisch, muß das vom katholischen Pfarrer dorten beglaubigt sein, wenn aber protestantisch, wie Sie sich trauen lassen wollen und wie die zu hoffenden Kinder getauft und erzogen, ob katholisch oder protestantisch. Die Fragen wollen Sie umgehend beantworten, dann folgt sofort gewünscht.“ Nachdem dann der Briefsteller geschrieben, daß er sich mit einem Mädchen evangelisch-lutherischer Konfession verheirathen wolle, erhielt er ein Schreiben vom 18. August 1895, in dem ihm unter Ausdrücken tiefen Schmerzes über seinen „Abfall vom Glauben“ durch eine lehrerliche Heirat der Pfarrer schließlich erklärt:

„Papiere kann ich Ihnen in diesem Falle selbstverständlich keine schicken. Ich werde mit Ihrer Schwester stets für Ihre Befreiung beten. Joseph Frey, Ihr ehemaliger Heimathspfarrer.“ — Der Adressat dieses Briefes, welcher in den Verhältnissen der Behörden und der Gesetzgebung nicht bewandert ist, ist bis jetzt durch die Vorenthaltung des Taufscheins an der Verheirathung verhindert worden und möchte nun, wie die „Freis. Bl.“ mittheilt, den Reichstag anrufen, eine Abhilfe zu verschaffen. Der Vorgang zeigt einmal wieder, wie dringend notwendig es war, den Geistlichen jedweden Einfluß auf die Beurteilung des Personenstandes zu nehmen.

Hamburg. Journalistische Sachverständige bei gerichtlichen Verhandlungen gegen die Presse. Der Journalisten- und Schriftsteller-Verein in Hamburg-Altona hatte im Auftrage der Hauptversammlung vom 30. Januar d. J. an den Senat eine Eingabe des Inhalts gerichtet, der Senat möge bei der Reichsregierung seinerseits dahin wirken, daß die Gerichte bei Verhandlungen,

die auf die Presse bezug haben, einen ständigen journalistischen Sachverständigen zur Bernehmung zuziehen. Mit Bezug hierauf hat der Senat jetzt die Antwort erteilt, daß er gegebenenfalls das Gesuch bei einer reichsgerichtlichen Ordnung in weitere Erwägung nehmen werde und es bereits jetzt den Hamburgischen Gerichten zur eventuellen Berücksichtigung mitgeteilt habe.

In Lippe weiß man noch immer nicht, wen man als angekauften Landesvater verehren muß; aber daß die Regentenschaft durch den Fürsten Adolf (den Schwager Kaiser Wilhelm II.) nicht zur ständigen Einrichtung werde, wünschen auch die loyalen Bürger, die im Landtage zu Detmold saßen. Am Mittwoch hat der lippsische Landtag sich mit der Thronfolgefrage beschäftigt und ziemlich einstimmig sich gegen die fernere Ausübung der Regentenschaft durch den Prinzen Adolf und den vorläufigen Beschluß des Bundesraths in dem Erbfolgestreit ausgesprochen. Die Debatte soll darüber fortgesetzt werden. Ob der Prinz Adolf wohl den Wink verstehen wird? —

München, 10. März. Der zweite Ausschuss der Reichsräthe erteilte dem Beschluß der Kammer der Abgeordneten betreffend thunlichst baldige Konvertierung der 4prozentigen bayerischen Staatsschuld in eine 3/2prozentige seine Zustimmung. Von allen Seiten wurde aber dabei betont, daß diese Zustimmung nur deshalb erfolge, weil ein bestimmter Termin für die Konvertierung nicht vorgesehen sei. Auch der Finanzminister erklärte, er könne nur aus diesem Grunde sich für den Beschluß der Kammer der Abgeordneten aussprechen. Eine sofort in Angriff zu nehmende Konvertierung erscheine ihm deshalb nicht ratsam, weil die gegenwärtige allgemeine politische Lage zur größten Vorsicht mahne. Im übrigen sei die Konvertierung nur in Uebereinstimmung mit den übrigen deutschen Bundesstaaten wie geplant durchführbar. —

Mürnberg, 12. März. (Frankf. Ztg.) Die freisinnige Partei Bayerns wird eine Petition an die Abgeordnetenkammer richten, worin die Regierung ersucht wird, im Bundesrath für den Antrag Ander, betreffend die Regelung des Vereinswesens, einzutreten. Die Petition soll bei allen freisinnigen Vereinen zirkuliren.

Aus Elsas-Lothringen. Gegen das Treiben der offiziellen Presse in den Reichslanden macht die „Elsas-Lothringische Volkspartei“, das Organ der gleichnamigen neuen Parteibildung entschiedene Front. Das Blatt schreibt: Ueberhaupt wird fast allen deutschen Blättern die Nahrung in elsas-lothringischen Dingen aus dem Futtertrog des literarischen Bureau's des kaiserlichen Ministeriums in der Allerheiligengasse (Straßburg) gereicht. Herr v. Hörmann schreibt für die „Kreuzzeitung“, Herr Friedemann für die „Norddeutsche“, „Kölnische“ und „Münchener Allgemeine“, Herr Jeppe für den „Schwabischen Merkur“, Herr Studt für die „Magdeburgerische“. Wir haben an sich nichts dagegen, daß diese Herren in ihren Museen sich nach Nebenerwerb umsehen. Wir legen nur Werth auf Betonung des charakteristischen Moments, daß die guten Leute in Altdeutschland glauben, sie bekämen Schilderungen aus unabhängiger Quelle, während in Wirklichkeit die Regierung es ist, welche — auf unsere Kosten! — in der ganzen deutschen Presse ihre eigenen Ansichten verbreitet. „Wirthschaft, Horatio, Wirthschaft!“

Die Sozialdemokratie auch in Altdeutschland hat jedenfalls das Geschick dieser offiziellen Federn nach Gebühr gewürdigt. Wenn sich in Deutschland überhaupt noch jemand im Publikum durch die offiziellen „Stimmen aus dem Reichslande“ hat täuschen lassen über die dortigen Zustände, so ist das nach der langjährigen Erfahrung, die man hierzulande mit dem Preßwesen gemacht hat, jedenfalls eine unverantwortliche Leichtgläubigkeit. Immerhin ist es von dem elasser Blatt verdienstvoll, einmal wieder in diesen dunkeln Winkel hineinzuleuchten. —

Schweiz.

Zürich, 11. März. (Eig. Bericht.) Die Zürcherische Regierung hat die Erneuerungs-Wahlen des Regierungsraths und Kantonsraths auf den 12. April angesetzt, so daß die Parteien sich wohl schon in den nächsten Tagen zu regen beginnen werden. Von Veränderungen im Regierungsrathe, der aus 4 demokratischen und 8 liberalen Mitgliedern besteht, hat man die Zeit her nichts vernommen, so daß sie wieder kandidiren und wohl auch gewählt werden.

Wehr beschäftigten wird die Parteien die Kantonsrathswahl, wozu die neuen Bestimmungen der Verfassung über die Bevölkerungszahl den ersten Anlaß giebt. Während nämlich bisher die Einwohnerzahl die stammrechtliche Grundlage für die Wahlen bildete, gilt nach der vom Volke beschlossenen Verfassungsänderung jetzt nur die schweizerische Bevölkerung, so daß die im Kanton Zürich wohnenden Ausländer außer Rechnung fallen. Ferner gilt nur die Zahl, welche bei der eidgenössischen Volkszählung ermittelt wurde, welche zuletzt im Jahre 1888 stattfand. Der Urheber dieser reaktionären Veränderung wollte sich damit einen Namen machen, in das Gespräch des Volkes kommen, um endlich als Nationalrath gewählt zu werden. Das Ziel erreichte er aber nicht, er fiel durch, dagegen ernannte ihn für seine Verdienste um das „Land“ gegenüber der Stadt der Bauernbund zu seinem Ehrenmitglied. Gerade jetzt ist wieder eine andere Initiative für Revision des Justizgesetzes anhängig, deren Urheber, wie man sagt, damit ebenfalls politische Aspirationen für seine Person verfolgt. So kann selbst die beste Demokratie zur bedenklichsten Demagogie für streberische Politiker werden.

Infolge der Verfassungsänderung sind nun in den Kantonsrath statt der bisherigen 225 nur noch 203 Abgeordnete zu wählen. Von dem Ausfall wird allein die Stadt Zürich mit 13 betroffen, indem sie statt 62 nur 49 und ferner Winterthur, das statt 11 nur 9 zu wählen hat und in beiden Städten wird grade unsere Partei davon berührt werden.

Hoffentlich ziehen trotzdem die sozialdemokratischen Vertreter in gleicher Zahl in den Kantonsrath wieder ein. —

Frankreich.

Madagaskar. Den Zeitungen zufolge hat der Minister Rath die Einbringung eines die Zollherhebung auf Madagaskar regelnden Gesetzes beschlossen. Danach sollen die französischen Produkte Zollfreiheit genießen und die ausländischen Produkte eine den Zolltarifen Frankreichs entsprechende Behandlung erfahren. —

Belgien.

Brüssel, 13. März. Repräsentanten-Kammer. De Vorgraven begründet eine Interpellation über die Währungsfrage und fragt, welches die Absichten der Regierung in dieser Beziehung seien. Ministerpräsident de Smet de Nayer erklärt, die Wichtigkeit, welche die Frage des internationalen Bimetallismus zur Zeit biete, sei un schwer zu erkennen. Er könne die Versicherung abgeben, daß die belgische Regierung jeder Maßregel zustimmen werde, die den Zweck hätte, die Stabilität des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber durch eine internationale Verständigung zu sichern. —

England.

London, 9. März. (Eig. Ver.) Welcher Umschwung der Ideen sich mit Bezug auf die Fragen der Sozialpolitik in England vollzogen, hat sich gestern wieder bei der Diskussion eines Gesetzentwurfes über Arbeiterwohnungen im Parlament gezeigt, wonach die Gemeindevortretungen ermächtigt werden sollen, Arbeiter, die sich ein eigenes Häuschen zu bauen wünschen, drei Viertel des Baugeldes bis zur Höhe von 150 Pfund Sterling (3000 Mark) vorzuschleßen. Antragsteller war ein konservativer

Fabrikant, und in der Begründungsrede hob er als eine der besonders wohlthätigen Voraussetzungen der Maßregel hervor, daß sie eine große Anzahl kleiner Grundeigentümer und damit eine treffliche Schutzwehr gegen den Sozialismus schaffen werde. Diese Weisheit ist nicht neu, und es ist noch nicht lange her, da war sie eines der Dogmen des Liberalismus. Gestern sprachen außer John Burns sechs Liberale zu dem Antrag, und von diesen erklärten sich vier — zwei Drittel — entschieden gegen das Prinzip desselben. Und ähnlich stellte sich das Verhältniß bei der Abstimmung über ein von Sir Charles Dille gestelltes Amendement, das zwar noch keinen antibürgerlichen, aber jedenfalls einen dem Privateigentum an Grund und Boden feindlichen Geist athmet. Es verlangte nämlich die Vorschrift, daß wo immer öffentliche Mittel in Anspruch genommen werden, um Arbeitern den Ankauf ihrer Wohnhäuser zu erleichtern, das Eigentum an dem betreffenden Grund und Boden nicht an die einzelnen Personen übergeben dürfe, sondern auf die in Frage kommenden öffentlichen Körper übergehen müsse. Für diesen, soweit er geht, einem sozialistischen Gedanken entsprechenden Antrag stimmten 91 Abgeordnete, d. h. mindestens drei Viertel der im Haus anwesenden Liberalen, darunter die früheren Minister Asquith, Bryce, Campbell Bannerman und Sir George Trevelyan. Nur Sir Henry Fowler und Herr John Morley stimmten von Mitgliedern der „vordersten Oppositionsbank“ (wo die gewesenen Minister saßen) für die Vermehrung der kleinen Bodeneigentümer. Die liberale Presse aber ist fast einstimmig in der Verurtheilung des Plans.

Neben Burns, der seinen sehr guten Tag hatte, ward die Idee, die Wohnungsfrage für die Arbeiter dadurch zu lösen, daß man ihnen die Wohnungen aufkaufe, sie gleich Säuereien an ihre Häuser bindet, mit großer kritischer Schärfe von dem Liberalen Goldane bedämpft. Burns, der wie immer ein großes Thatfachenmaterial aufmarschiren ließ, melute sehr treffend, die Vorlage wolle den unredlichen Leuten am unredlichen Ort helfen. Arbeiter, die 40 bis 50 Pfund (800 bis 1000 Mark) zur Verfügung haben, könnten, wenn sie Lust hätten, Häuser zu kaufen, das Baugeld ohne Schwierigkeit von Baugesellschaften, Pflanzungen &c. erhalten. Aber für die Inassen der großen Tenementhäuser (Miethshäuser mit lauter engen Wohnungen) müsse Abhilfe geschaffen werden, und gerade da schweige die Vorlage. Sie lenke die Thätigkeit der Municipalitäten gerade von denen ab, die ihrer am nöthigsten bedürfen. Sie sehe eine Steigerung der Beschäftigung bei den Arbeitern voraus, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sei. Aus Grund der amtlichen Listen habe er (Burns) festgestellt, daß in seinem eigenen Wahlkreis bei einer Gesamtzahl von 18000 Stimmberechtigten jährlich 8000 stimmberechtigte und 1000 nicht stimmberechtigte Miether die Wohnung wechseln. Er stimme von Anfang bis zu Ende gegen ein Gesetz, das den Arbeiter bei der Suche nach Arbeit von seiner Wohnung abhängig mache, einen nachgemachten Sozialismus ohne sozialistische Sicherstellung, einen Kommunismus der Hastbarkeit ohne einen solchen des Eigentums einrichten wolle. Herr Goldane wies an der Hand der Booth'schen Erhebungen nach, daß im günstigen Falle zwei bis drei Prozent der Arbeiterschaft in der Lage wären, das Gesetz in Anspruch zu nehmen, womit natürlich noch nicht gesagt ist, daß sie es eventuell thun würden.

Bei der großen Mehrheit, über welche die Konservativen im Parlament verfügen, wurde das Dille'sche Amendement mit erdrückender Mehrheit (276 gegen 91) abgelehnt und sobann beschloffen, in die zweite Lesung des Entwurfs einzutreten. Wie es auch da amendirt werden sollte, so ist doch soviel schon sicher, daß das erste soziale G. welches die Lorddemokratie in diesem Parlament gelegt, wie Herr Charles Dille spöttisch sich ausdrückte, ein Windel ist. —

London, 12. März. Unterhaus. Auf eine Anfrage Ashmead Bartlett's, ob die Venezuela-Frage thatsächlich gelöst sei, erwidert der Staatssekretär des Aeußeren Curzon, daß die Regierung keine Nachricht dieser Art erhalten habe. Der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain erklärt, insofern eingelaufener Klagen über schlechte Behandlung der Arbeiter im Kongo-Staat sei das Anwerben der Arbeiter für den letzteren in British West-Afrika nunmehr verboten. Im ferneren Verlaufe der Sitzung erklärt Curzon, die englische Regierung habe keine Kenntnis davon, daß China die Insel Yappa oder Quemoy an Deutschland abgetreten habe; die Regierung habe aber diesbezügliche telegraphische Anfragen nach Peking gerichtet. Walsour glaubt, es sei doctret, wenn er sage, die Ansicht, daß die neutrale Flagge Feindesgut mit Ausnahme von Kriegs-Kontrebande decke, habe die allgemeine Annahme seitens sämtlicher Mächte gefunden, wenn dies auch nicht durch einen formellen Vertrag geschehen sei. —

London, 13. März. Das Unterhaus nahm mit 228 gegen 48 Stimmen den Nachtragskredit zum Heeres-Etat und mit 178 gegen 26 Stimmen den Nachtragskredit zum Marine-Etat in Höhe von 1100 000 Pfund Sterling, sowie nach längerer Berathung den Posten über die Löhne im Marine-Etat an. —

Italien.

Rom, 11. März. (Eig. Bericht.) Die Stellung Italiens in A b e s s y n i e n. An der Niederlage der Italiener bei Adua trägt, neben anderen Umständen, die mangelhafte taktische Organisation des von ihnen in A b e s s y n i e n verwendeten Heeres die Hauptschuld. Es ist bereits früher hervorgehoben worden, daß man nach A b e s s y n i e n nicht ganze Regimenter, auch nicht ganze Bataillone oder ganze Kompagnien, sondern lauter einzelne, aus allen Regimentern ausgeloste Leute geschickt hat, die erst in Afrika, unmittelbar vor dem Kampfe, oberflächlich zu Bataillonen, Kompagnien u. s. w. vereinigt wurden. Die Auslagen von Offizieren, die aus der Schlacht entkommen sind, haben nun ergeben, daß die Offiziere, wenn sie im Gefechte von ihren Abtheilungen getrennt wurden, ihre Soldaten nicht wiederfinden konnten, weil sie sie kaum kannten. Nach der Niederlage brach dann auch das lockere Gefüge des italienischen Heeres völlig auseinander. Eine sehr bemerkenswerthe Thatsache ist es, daß von den in der Schlacht verwendeten gemeinen Soldaten sich jetzt nur 2000, also nur 15 pCt., sich nach den von den Italienern besetzt gehaltenen Orten gerettet haben, von den Offizieren aber 180, also 40 pCt. Das zeigt, mild ausgedrückt, jedenfalls, daß die Offiziere gleich nach der Niederlage jeden Zusammenhang mit den Truppen verloren haben.

An dem gleichen Mangel an Organisation wie das bei Adua geschlagene Heer leiden aber auch die etwa 25 000 Mann italienischer Truppen, welche jetzt zwischen Massaua und Memora stehen; denn auch die letzten Truppennachschübe sind aus lauter einzelnen ausgelosten Soldaten, nicht aus Bataillonen, Kompagnien u. s. w. gebildet worden. Die nächste Aufgabe des neuen Oberkommandanten Baldissera wird also die sein müssen, durch Schaffung fester taktischer Einheiten aus der ihm unterstellten Menge von einzelnen Soldaten erst ein wirkliches Heer herzustellen. Das wird ohne Zweifel viele Zeit erfordern. Das neue Ministerium (Ricotti di Rudini) denkt gar nicht an ein offenes Vorgehen gegen die A b e s s y n i e r; aber selbst wenn ein Ignorant wie Crispi noch am Ruder wäre, würde ein Revanchekrieg sich von selbst verbieten. Natürlich kann Italien unter dem Eindruck der Niederlage nicht sofort die ganze Kolonie aufgeben; räumen kann man nur, was man zu räumen gezwungen wird, etwa vorgeschobene Punkte wie Adigrat und Cassala. Aber der noch etwa zu führende Krieg kann für Italien, vielleicht um Jahre hinaus, nur ein Revanchekrieg sein, schon deshalb, weil man durch die Niederlagen von Amba Alagi und Adua fast alle schwarzen Truppen verloren hat, welche das Land und den Krieg kannten; diese werden sich schwerlich wieder ersetzen lassen. Es ist ganz thöricht und zeugt von großer Un-

kenntniß der Verhältnisse, wenn deutsche Journale, wie die „Kölnische Zeitung“ und die „National-Zeitung“ Italien um jeden Preis in einen Revanchekrieg hineinzutreiben suchen. Diese Treiberzeiten können nur den Erfolg haben, dem neuen Ministerium, dessen Aufgabe es ist, geordnete politische und finanzielle Zustände in Italien wieder herzustellen, Stöße zwischen die Radspeichen zu werfen und damit die Konsolidierung Italiens zu erschweren, an der man vor allem in Deutschland ein Interesse haben sollte. —

Desertionen. Wie die Pariser Zeitung der „Soleil“ erfährt, sind die über den Mont-Genis ankommenden Züge von Italienern immer noch dicht besetzt und bringen hauptsächlich viele italienische Deserteur mit. In Guloz, der Kreuzungstation der Linien Mont-Genis-Paris und Lyon-Genf trafen gestern mehrere Verfolger in Uniform ein, die desertirt waren und sich nach der Schweiz begeben wollten. —

Spanien.

Madrid, 13. März. Im gestrigen Kabinettsrathe, bei welchem die Königin den Vorsitz führte, sprach sich Canovas in sehr optimistischer Weise bezüglich des Resultates der Debatte über die Anerkennungs-Beschlüsse im Senat der Vereinigten Staaten aus. Spanien werde jedoch trotzdem fortfahren, Vorlesungen für die Zukunft zu treffen.

Aus Washington wird hierzu telegraphirt: Trotz der wachsenden Opposition wird der Senat die kubanischen Beschlüsse annehmen. —

Rußland.

... 26. Februar/9. März. (Eigener Bericht.) In der letzten Zeit sind wiederum mehrere Verhaftungen unter Arbeitern und „Gebildeten“ in Petersburg, Kasan, Iwanowo-Wosnesensk, Kineshma vorgenommen worden. Eine große Anzahl der früheren Verhaftungen wird — mit ziemlich großer Sicherheit — auf die Demuntation eines Zahnarztes, namens Michailow, zurückgeführt. Dieser Herr wurde vor kurzem in demonstrativer Weise verhaftet. —

Der Kalender in Rußland. Es wird versichert, daß die russische Regierung sich mit der Absicht trägt, vom Jahre 1900 an den Gregorianischen Kalender anzunehmen. Die Differenz gegen die heutige Zeitrechnung in Rußland, die gegen die unsere bekanntlich um 12 Tage zurück ist, soll entweder auf einmal oder durch Auslassung des 29. Februar in den nächsten 12 Schaltjahren erfolgen, in letzterem Falle würde die Regulirung also im Jahre 1918 vollendet sein.

Eine solche schrittweise Aenderung erscheint recht unpraktisch, da sie einmal die notwendige Reform um 48 Jahre hinauschiebt, dann aber auch alle vier Jahre die Nothwendigkeit eines neuen Umrüchungs-Schemas bei Vergleichen mit westeuropäischer Zeit bedingt. Wird trotzdem dieser umständliche Weg gewählt, so schlägt ihn die russische Regierung ein — auf Angst vor den Bauern. Der russische Bauer ist nämlich gewohnt, seine wirtschaftlichen Angelegenheiten nach Maßgabe der Heiligentage im bisherigen „rechtgläubigen“ Kalender zu erledigen. Er säet, mäht, pflanzt am Tage bestimmter Kalendertage. Wird nun das Datum um zwölf Tage verschoben, so geräth seine Wirthschaft in Unordnung, da der neue Namenstag des Heiligen nicht mehr mit dem Tage zusammenfällt, der den natürlichen Zeitbedingungen für bestimmte Wirthschaftsarbeiten entspricht. Wenn irgend etwas, könnte aber das die passivste Natur des russischen Bauern zu Butschen reizen. Deshalb scheint jetzt die Petersburger Bureaokratie auf den Ausweg der schrittweisen Aenderung des Kalenders verfallen zu sein, weil die der Bauer nicht merkt. —

Türkei.

Uruhen auf Kreta. Nach in Wien eingetroffenen Meldungen aus Salonichi herrscht auf Kreta wachsende Unruhe. In Istananos ermordeten Christen einige Türken. Der Staatsanwalt begab sich dorthin und nahm mit Unterstützung von einem halben Bataillon vierzig Verhaftungen vor. Das Verhör ergab die Unschuld der Verhafteten, Offiziere verhinderten aber die Freilassung, bedrohten den Staatsanwalt und vernichteten das Protokoll. Ueberall finden Versammlungen statt, besonders in Sfakia und Methyma. Der neuernannte Wali von Kreta, Turkhan Pascha, welcher nach seinem Bestimmungsort abgereist ist, dürfte eine schwierige Lage finden. —

Afrika.

Kairo, 12. März. (Times.) Man glaubt, daß sogleich ägyptische Truppen auf dem Nil nach Dongola vorrücken werden. Schon seit einiger Zeit hatte man das Gefühl, daß es auf Grund des unruhigen Verhaltens der Dermische wünschenswerth sei, eine Rundgebung über die Grenze hinüber ins Werk zu setzen. Vorstellungen in diesem Sinne seien der englischen Regierung auch gemacht worden, die Niederlage der Italiener habe die Sache beschleunigt. —

Kapstadt, 12. März. Die Regierung ordnete Nachsuchungen nach Waffen in den Debeers-Minen an. Ueber das Ergebnis der Nachsuchungen ist nichts bekannt. —

Der Südafrikanischen Handelsgesellschaft (Chartered Company) sieht die englische Regierung ernstlicher Weise jetzt schärfer auf die Finger. Die Erneuerung des Obersten Martin zum Befehlshaber der Schutztruppen in Betschuanaland, Natal und Maschonaland und zum Vizeminister für Südafrika ist ein erster Schritt gegen die Chartered Company. Oberst Martin ist nur der Reichsregierung verantwortlich. Durch seine Thätigkeit wird die Gesellschaft, wie der „Standard“ versichert, auf die Stellung einer bloßen Handelsgesellschaft herabgesetzt; sie behalte wohl ihre sehr beträchtlichen Machtbefugnisse in der Zivilverwaltung, aber sie bestimme nicht länger militärische Streitkräfte zur Ausführung ihrer Politik oder zur gewaltsamen Beseitigung von Hindernissen, die sich ihren Plänen entgegenstellen. Wie wenig bislang die Erfahrungen, die die Gründung des Herrn Rhodes mit dem Zuge Jameson's gemacht hat, ausreichten, sie von ähnlichen Uebergriffen abzuhalten, geht aus der folgenden Mittheilung eines portugiesischen Blattes, des „Correio da Beira“ hervor:

Vor einiger Zeit hat ein Deutscher namens J. Bobbert im Lande des selbst von England als unabhängig anerkannten und niemandem tributpflichtigen Königs Macombie eine Minen- und Handelsgesellschaft errichtet, die das Minen- und Handelsrecht über ein ziemlich ausgedehntes Gebiet erworben hat. Die Gesellschaft errichtete in Macombiesland am Jambezi zwei Stationen, sowie nach Ausdehnung ihrer Berechtigung auf portugiesisches Gebiet eine dritte nördlich der portugiesischen Zollstation Senua, und vergeblich versuchte die Chartered Company, der alles Nichtenglische, namentlich aber alles Deutsche in Südafrika verhaft ist, die Verträge des Königs anzusehen. Als dies nichts half, ward dem König Macombie endlich durch einige bestochene Großen seines Landes die Meinung beigebracht, die deutsche Gesellschaft beabsichtige, ihn mit Gewalt zu vertreiben. Das wirkte denn auch bei dem mißtrauischen Despoten und er ließ im Dezember vorigen Jahres einen nach der Küste gehenden Transport von Gold und Eisenblei der Bobbert-Gesellschaft überfallen. Glücklicherweise gelang es den Deutschen, die Räuber zu schlagen und nach der Station zurückzuführen. In einem nunmehr mit Macombie abgehaltenen Schauri kamen die Jettelungen der Chartered-Gesellschaft zu tage. Macombie ließ die von den Engländern bestochenen Häuptlinge hinrichten und die Bobbert-Gesellschaft hat wenigstens vorerst wieder Frieden.

Wenn auch das portugiesische Blatt dem Treiben der Chartered Company keineswegs unparteiisch gegenübersteht, so ist diese Geschichte doch ein neuer Beweis dafür, wie kulturwidrig die europäische „Zivilisationsströme“ in Afrika wirken. Sie haben nur ihren Vortheil im Auge und scheuen sich nicht, auch die Eingebornen gegen ihre Konkurrenten anzuspielen. Das nennt man dann Zivilisation!

Die Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie.

Einigungsamt des Gewerbegerichts. Unter den gestern vernommenen Zwischenmeistern der Hosen- und Westenbranche waren wiederum solche, die theils irrtümlich, theils absichtlich ihren Arbeiterinnen immer noch nicht den vollen Lohnzuschlag zahlen. Der Zwischenmeister Madol, der sich bisher als einer der hartnäckigsten weigerte, den vollen Zuschlag zu gewähren, wollte sich auch in dieser Sitzung nicht belehren lassen, daß er mehr zu zahlen hat, als bisher, und erklärte auf das entschiedenste, daß er sich über die Löhne, die er seinen Arbeiterinnen zahlt, keine Vorschriften machen lasse. Erst nach vielem Hin- und Herreden, und nachdem ihm der die Verhandlungen leitende Herr Weigert angedroht hatte, daß er, wenn Madol auf seinem Standpunkt beharre, die sämtlichen Konfektionsfirmen von Berlin davon benachrichtigen werde, die ihm dann, auf Grund der Abmachungen vom 19. Februar, keine Arbeit mehr geben dürften, erklärte sich der Herr endlich bereit, seinen Verpflichtungen den Arbeiterinnen gegenüber nachzukommen. In ähnlicher Weise verhielt sich ein anderer Zwischenmeister, namens Blumenthal, der sogar Mitglied der Zwischenmeister-Kommission ist. Er erklärte zu Protokoll, daß er sich den Vereinbarungen vom 19. Februar nicht unterwerfe, und benahm sich, als Herr Weigert versuchte, ihn eines Besseren zu belehren, ziemlich rabiat. Er wollte es auf die Arbeitsentziehung durch die Konfektionsfirmen ankommen lassen. Nach zwei Stunden erschien er jedoch wieder, hatte sich augenscheinlich die Sache überlegt, widerrief seine vorher abgegebene Erklärung und wird sich dem Abkommen unterwerfen.

Die Einundzwanziger-Kommission der Schneidermeister in der Damen- und Kindermantel-Branche Berlin hat bekanntlich in ihrer letzten Versammlung den Lohnzuschlag abgelehnt. Eine Berechtigung hierzu lag, wie man uns schreibt, allerdings insoweit vor, als aus redaktionellem Versehen in der Preisabelle die Löhne und Prozentschläge, welche die Meister von den Geschäften auf Grund der Vereinbarungen zu fordern hatten, zu niedrig normirt waren. In einer Sitzung am Donnerstag Vormittag ist nun jede Meinungsverschiedenheit über den Lohnsatz der Arbeiter sowie über den Preistarif der Meister der Damen- und Kindermantel-Branche beseitigt worden. Der Wortlaut des Sitzungsprotokolls lautet: „Nachdem infolge einiger Druck- und Redaktionsfehler der von den Kommissionen

1. der Konfektionsfirmen der Damen- und Kindermantelbranchen,
2. der Meister dieser Branchen,
3. der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branchen

entworfenen Lohnsatz der Arbeiter sowie der Preistarif der Meister nochmals durchgesehen und in allen Theilen richtig gestellt worden ist, richten wir an alle Meister und Inhaberinnen von Arbeitsstuben dieser Branchen die Aufforderung, diese oben bezeichneten Tarife nunmehr unverzüglich von den Empfangsstellen abholen zu wollen und in ihren Arbeitsräumen auszuhängen.

Berlin, den 12. März 1896.

Für die Konfektionsfirmen:

Ferdinand Manheimer, Vorsitzender.

Für die Meister:

H. Hehl, Vorsitzender.

A. Witte, Innungs-Obermeister.

Paul Stolzmann, Schriftführer.

Für die Arbeiter:

J. Timm.

Die Empfangsstellen für die Plakate werden an den Verkaufsstellen bekannt gemacht.

Aufgabe der Arbeiter ist es jetzt, dahin zu wirken, daß die Tarife überall ausgehängt werden.

In Stettin ist der Stand des Streiks, wie uns berichtet wird, unverändert.

Der Rauchklub „Diana“, Moabit, hat eine Sendung für die streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen nur an das Gewerkschaftskartell, nicht an eine Person adressirt. Das Kartell in der Kottbuser Straße liefert daher die Sendung nicht an Genossen Millarg aus. Da auch die Wohnung des Abenders nicht angegeben ist, so lagert die Sendung schon 8 Tage auf dem genannten Postamt. Der Abender wird daher ersucht, die Sendung schleunigst zu reklamieren und dann an H. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16, zu adressieren.

Partei-Nachrichten.

Zum Solinger Streit. Die Elberfelder „Freie Presse“ mißbilligt es, daß die Reichstagsfraktion in ihrem Beschluß die Solinger „Arbeiterstimme“ hineingezogen hat und scheint an der Kompetenz zu zweifeln. Daß die letzte Instanz in allen Partei-Angelegenheiten der Partei tag ist, das versteht sich von selbst und wird von niemand bestritten. Aber das Recht der Fraktion, zu Partei-Angelegenheiten Stellung zu nehmen, versteht sich ebenfalls von selbst. Und da sie in dieser Sache zur Stellungnahme aufgefordert war, so mußte sie ihre Meinung auch ehrlich aussprechen.

Eine Parteikonferenz für die Provinz Schleswig-Holstein, für das Herzogthum Lauenburg, das Fürstenthum Lübeck und für die Hansestadt Hamburg wird am 19. April, nachmittags 4 Uhr, im Kaiserhof in Neumünster zusammenzutreten, um über folgende Tagesordnung zu verhandeln: 1. Besichtigung des für Juli d. J. nach London einberufenen internationalen Arbeiterkongresses. 2. Herausgabe eines landlichen Kalenders für das Jahr 1896. 3. Beschlüsse der Referentenkommission.

Die Ausichtslosigkeit der Bestrebungen, den Sozialismus todzumachen, geht so recht hervor aus folgender Historie, die wir in der Parteipresse fanden. Der Bürgermeister Hülsmann, der vor dreißig Jahren in Jserlohn das Regiment hatte, operirte gegen die Kotte zwar nicht mit Säbel, Flinte und Gummischläuchen. Letztere Ordnungswaffe war damals noch nicht mode. Aber was zu jener Zeit in der Macht eines Gemeinde-Oberhauptes sonst stand, das that der Bürgermeister Hülsmann, um die aufgehende Saat des Sozialismus zu vernichten. So erließ er z. B. folgende Verfügung:

„Personen, welche Gast- und Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Getränken betreiben, wird der Erlaubnißschein zum Gewerbebetrieb überhaupt nur unter folgender Bedingung vom 1. Januar l. J. ab verlängert: Die Erlaubniß zum Gewerbebetrieb erteilt sofort, sobald in den Räumlichkeiten des Gewerbetreibenden der frühere Privatschreiber, jegliche gewerbslose Wirth, Karl Töcke geduldet, oder demselben in irgend welcher Art Speise oder Getränke verabreicht wird. Etwasige Entschuldigungen wegen Unbekanntheit mit der Person des Töcke werde nicht berücksichtigt. — Gegen diese Verfügung steht der Beschwerdeweg offen. — Denjenigen, welche sich durch diese Verfügung beschwert fühlen, bezw. sich über dieselbe beschweren, wird als Persönlichkeiten, welche nicht genügend Bürgschaft für einen ordnungsmäßigen Gewerbebetrieb gewähren, vom 1. Januar 1886 ab überhaupt die Erlaubniß zum ferneren Gewerbebetrieb unterlagt. Denjenigen, welcher den Töcke von jetzt ab in seinen Räumlichkeiten duldet, oder Speisen oder Getränke verabreicht, wird mit dem 1. Januar l. J. die Konzession nicht verlängert.“

Jserlohn, 14. September 1885.

Der Bürgermeister: Hülsmann.

Dreißig Jahre später hat die Sozialdemokratie, deren erste Regungen jener Bürgermeister in der Person unseres wackeren Töcke bekämpfte, 47 Abgeordnete im Parlament des Deutschen

Reichs, zahlreiche Abgeordnete in verschiedenen Landtagen und Gemeinderathen und auf der ganzen Erde viele Millionen Befolger. Nebenbei bemerkt, war Herr Hülsmann Anhänger der Fortschrittspartei.

Von der Agitation. In Nauen und Drossen i. d. M. wurden kürzlich zwei gut besuchte Volksversammlungen abgehalten, wo Fabn aus Berlin referirte. Letztere Versammlung veranstaltete eine Sammlung für die streikenden Kottbuser Textilarbeiter.

Todtenliste der Partei. In Frankfurt a. M. ist dieser Tage ein braver Genosse, Mathias Steurer, aus dem Leben geschieden. Er war einer der eifrigsten, aufopferungsfähigsten Anhänger der Partei und besonders unter dem Sozialistengesetz sehr thätig. In jener Zeit hatte er 6 Monate wegen Zeugnissverweigerung im Gefängnis zuzubringen, weil er nicht angeben wollte, von wem er das Exemplar des „Sozialdemokrat“, das die Polizei bei ihm fand, erhalten hatte.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der Redakteur der „Thüringer Tribüne“, Genosse Viertelberg in Erfurt, hatte sich vor dem dortigen Landgericht wegen Beleidigung des Pastors J. Strauß zu verantworten. Er wurde wegen formeller Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe verurtheilt. In einem zweiten Falle hatte sich Viertelberg wegen Beleidigung des Königs Stumm zu verantworten. Die Verhandlung endete mit der Verurtheilung unseres Genossen zu 1 Monat Gefängnis.

— Genosse Schönwald in Dortmund hat vor einigen Tagen das Gefängnis verlassen, wo er zwei Monate wegen der Broschüre: „Was rettet uns?“ eingekerkert war. — Genosse Bunte wird dieser Tage ebenfalls in Freiheit gesetzt werden.

— In Pegau i. S. war eine zum 18. Januar angefaßt gewesene Protestversammlung vom Bürgermeister Hebdemann verboten worden, weil man auf der Tagesordnung die bekannte Wahlrechtungsverordnung als „Attentat“ gegen das sächsische Landtagswahlrecht bezeichnet hatte. Die gegen das Verbot eingereichte Beschwerde ist jetzt von der Leipziger Kreisgerichtspräsidenten mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß unter Attentat unter allen Umständen ein verbrecherischer Angriff zu verstehen sei.

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter. Unter den Berliner Firmen, die bisher die Forderungen der Holzarbeiter nicht bewilligt haben, wurde auch die Firma C. Ahl, Schützenstr. 68, genannt. Wie uns berichtigend mitgeteilt wird, ist diese Angabe unzutreffend, da Herr Ahl schon seit dem 18. Februar die von den Arbeitern gestellten Forderungen anerkannt hat. Um ähnlichen Unrichtigkeiten vorzubeugen, ersuchen wir dringend darum, daß die Arbeiter der betreffenden Werkstätten die Lohnkommission besser informieren.

Die Ansichten des Streiks in Kottbus stehen nicht schlecht. So wagt in verschiedenen Blättern, darunter der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, eine Fabrikantenstimme: „Eine im „Forster Anzeiger“ erschienene Mittheilung, die Fabrikanten hätten beschlossen, ihre Fabriken ein volles Vierteljahr stillsetzen zu lassen, falls der Streik nicht binnen vierzehn Tagen beendet wird, wäre als Beweis für die „brutale Gewaltthätigkeit der Kapitalisten“ von der sozialdemokratischen Agitation ausgebeutet. In Wirklichkeit ist von einem derartigen Beschlusse keine Rede. Wohl aber kann die Sache sich praktisch so und noch schlimmer gestalten, wenn die Hartnäckigkeit der Ausständigen andauert. Denn in nächster Zeit müssen die Abschlässe in Winterstoffen gemacht werden, und bevor der Ausstand beendet ist, kann natürlich niemand einen festen Abschluß machen. Selbst das Geschäft in Sommerstoffen für 1897 wird schon wesentlich beeinträchtigt, da jetzt die Muster für diese Stoffe angefertigt und den Großhändlern vorgelegt werden müssen. Den Fabriken droht also eine Zeit schwerer Arbeitslosigkeit, und die Fabrikanten würden sicher diese Gefahr nicht auf sich nehmen, wenn nicht das thörichte Vorgehen der Streikenden eine Einigung unmöglich gemacht hätte. Die Fabrikanten sind sich allerdings darüber klar geworden, daß es richtiger ist, einmal gründlich anzuräumen und dazu jedes Risiko zu tragen, als fortdauernd unter der Unzuverlässigkeit der Arbeiter zu leiden. Sie wollen wieder Herr in ihrem Hause sein und sich nicht von einigen Unruhstiftern immer von neuem Bedingungen diktiren lassen, unter denen die Arbeiter noch zum arbeiten bereit sind. Die Rundschaft ist ihnen bis jetzt in konstantester Weise entgegengekommen, indem sie weitestgehenden Spielraum betreffs der Lieferungsfristen zubilligte. Andererseits haben die kapitalkräftigen Mitglieder des „Ringes“ einen beträchtlichen Fonds gezeichnet, aus dem die schwächeren zinsfreie Darlehne erhalten. Die Streikenden, wohl wissend, daß gerade die Vereinigung es ist, an der ihr Unternehmen scheitern wird, suchen alles Mögliche heraus, um Zwietracht in die Vereinigung zu bringen. Dazu gehört auch die Behauptung, daß der Ring nur dazu gemacht sei, um die Kleinen zu Grunde zu richten.“

Dieses Klagebild steht in auffälligem Kontrast zu den Kampfgefühlen, die die Fabrikanten bisher hören ließen. Nicht oft hat eine Unternehmervereinbarung so leichtherzig die Brücken abgebrochen, die die Kapitalisten mit der Proletarierwelt verbinden. Nun, da sie rings die Fluth umtobt, wehklagen die Herren. Es ist das Verhängnis der Macht, daß sie den, der sie hat, blind macht gegen die eigenen Fehler. Anstatt die Ursache ihrer unangenehmen Lage in ihrer eigenen Thorheit zu erkennen, klagen die Fabrikanten die Arbeiter an, die doch nichts weiter gethan haben als zu verlangen, daß ihre Waare, die Arbeitskraft, etwas besser bezahlt werde und daß man zu dem Zweck gemeinsam verhandeln solle. Die Fabrikanten stellen die Preise für ihre Waare selbstverständlich so hoch wie möglich, das halten sie gewiß für ihr unbestrittenes Recht. Wenn aber der Arbeiter dasselbe Recht bezüglich seiner Waare, der Arbeitskraft, in Anspruch nimmt, so soll das ein Eingriff in das Hausrecht der Fabrikanten sein! Man sieht, wie notwendig in Kottbus ein Gewerbe-Inspektor ist, der besser als der jegliche es offenbar versteht, den Fabrikanten etwas Logik beibringen.

Aus Kottbus selbst wird nicht geschrieben: „Ueber den Stand des Streiks können wir nichts Neues berichten. Der Muth der Masse ist ungebrochen. Trotz der geringen Unterstützungsfähigkeit, die wir zahlen können, erklären die Streikenden auszuhalten und wenn die Sache noch acht Wochen dauern sollte.“

Betreffs der Notiz im Berliner Lokal-Anzeiger: Können wir mittheilen, daß ein Beschluß, die Fabrikanten wollten die Fabriken auf drei Monate schließen, wenn die Arbeit nicht binnen 14 Tagen wieder aufgenommen wird, nach eingeholten Informationen nicht vorliegen soll. Es ist diese Nachricht jedenfalls nur als Schreckensschuß anzunehmen, wenn auch vielleicht der Wunsch eines einzelnen Fabrikanten la Stumm der Vater dieses Gedankens ist. Was die weitere Mittheilung des „Lokal-Anzeigers“ betrifft, einzelne Lohn-Webereien resp. deren Weber hätten zur Abarbeitung der ausgegangenen Lohnketten die Arbeit wieder aufgenommen, so können wir mittheilen, daß diese Webereien überhaupt nicht stillgestanden haben; es handelt sich dabei um Betriebe, die im ganzen nur circa 30 Webstühle gehen haben. Allgemeines Lamento ist unter der hiesigen Geschäftswelt. In kurzer Zeit wird es Meilen über Meilen geben. Die Behörden können sich aber immer noch nicht aufpassen, vermittelnd einzugreifen. Eingegriffen haben sie bis jetzt nur in soweit, als eine ganze Anzahl Streikender hinter Schloß und Riegel gebracht sind, wovon mehrere zu den höchsten zulässigen Strafen verurtheilt wurden.“

Inzwischen nehmen in der Arbeiterkassette Deutschlands die Sammlungen für die kämpfenden Klassenkassen in Kottbus

ihren Fortgang. Die Berliner Gewerkschaftskommission konnte gestern wieder 1000 Mk. nach Kottbus abgeben; weiter hat sie Nachricht aus London empfangen, daß die Textilarbeitergewerkschaft Englands 4000 Mk. (200 Pf. Sterl.) für den gleichen Zweck bewilligt hat. Daß der Internationalismus der Arbeiterbewegung also auch seine klingenden Vortheile hat, dafür ist die englische Unterstützungssumme ein neuer Beweis.

Die Berliner Gewerkschaftskommission bittet die Arbeiterkassette, der Kottbuser Klassengenossen fortgesetzt zu gedenken. Die Gelder sind nicht zu adressiren an H. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16 (Gewerkschaftsbureau).

Kottbus, 13. März. (Privatmitth. des Vorr.) Der Verein der Tuchfabrikanten veröffentlichte gestern ein Pamphlet, worin die Streikenden auf ihre Führer und die sozialdemokratische Partei gehetzt werden. Eine gestern von 5000 Personen besuchte Versammlung nahm hierzu Stellung und es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heutige Volksversammlung erklärt die Veröffentlichung der Fabrikanten für ein von Bedrohungen und Unwahrheiten strotzendes „Pamphlet“, dazu berechnet und verfaßt, das übermüthige und total ablehnende Verhalten der Fabrikanten in ein besseres Licht zu stellen und die Verantwortung für die durch den Ausstand über das gesammte Erwerbsleben unserer Stadt gebrachte Schädigung auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Versammlung erklärt, nach wie vor zu Unterhandlungen mit den Fabrikanten bereit zu sein, bis dahin aber die Arbeitseinstellung aufrecht zu erhalten.“

Die Bureaokratie und das Sammelwesen. Auf das am 27. Februar beim Polizeipräsidium in Magdeburg eingereichte Gesuch des Agitationskomitees der Arbeiter und Arbeiterinnen Magdeburgs, man möge ihm die Veranstaltung einer Sammlung für die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie gestatten, ging folgende Antwort ein:

Königl. Polizeipräsidium. Magdeburg, 7. März 1896.

Journal-Nr. III A 489.

Auf das Gesuch vom 27. Februar 1896 um die polizeiliche Genehmigung zur Veranstaltung von Sammlungen für Konfektionsarbeiter werden Sie abschlägig beschieden. Kessler.“

In der Sache ebenso, nur höflicher in der Form lautete die Antwort, die Genosse Feldmann in Langenbielau in Schlesien auf ein gleichartiges Gesuch erhielt. In Schlesien dürfen öffentliche Geldsammlungen nur mit Genehmigung des Oberpräsidenten vorgenommen werden. Feldmann wandte sich deshalb an diesen, um die Erlaubniß zu einer Sammlung für die streikenden Konfektionsarbeiter und für die streikenden Kottbuser Textilarbeiter zu bekommen. Darauf erhielt er folgenden Bescheid:

Ober-Präsidium Breslau, 4. März 1896.

J. No. O. P. I. 2287.

Euer Wohlgeboren erwidere ich auf die gefällige Eingabe vom 3. d. Mts. ergebenst, daß ich die Genehmigung zu der von Ihnen mittels eines Aufrufs im „Proletarier“ beabsichtigten Geldsammlung für die streikenden Textilarbeiter in Kottbus und für die noch streikenden Konfektionsarbeiter Deutschlands nicht zu erteilen vermag, da die Zwecke dieser Sammlung außerhalb der Provinz liegen und von mir nicht geprüft werden können.

Der Ober-Präsident. J. B. Baurtschmid.“

Auf diese behördlichen Er schwerungen der Unterfertigung streikender Arbeiter wäre die beste Antwort ein Massenanschluß an die Gewerkschaften. Die Geldsammlung im Wege regelmäßiger Beitragszahlung macht die Gewerkschaften von der Gunst oder Ungunst der Bureaokratie unabhängig.

Die Arbeiter der Stuhlfabrik von Terlingen in Oberhausen i. W. legten die Arbeit nieder, weil ihre Forderungen nicht bewilligt wurden. Das Verlangen der Arbeiter beschränkte sich auf eine mäßige Lohnerhöhung, Ventilation der Arbeitsräume, Errichtung von Bedürfnisanstalten und Einsetzung eines Arbeiterausschusses.

Zum Streik der Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. Zwischen der Streikkommission und der Leitung der Maschinenbau-Gesellschaft haben am Dienstag Verhandlungen stattgefunden, zu denen auch der dortige Fabrikinspektor zugezogen war. Die Einigungsversuche zerklüfteten sich, weil die Direktion nur 28 Pf. Minimallohn pro Stunde bewilligen will, während die Streikenden bekanntlich 30 Pf. verlangen.

Der Streik im Karlsruher Kohlenrevier dauert ungeschwächt fort. Die Nachrichten der bürgerlichen Blätter von einem Zurückgeben der Ausstandsbedingung sind nur insofern richtig, als in einzelnen Gruben die Belegschaften zum theil angefahren sind; dafür aber traten andere neu in den Streik ein. Die Unternehmer bleiben bei ihrer proklamirten ablehnenden Haltung. Das Gesuch der Streikenden, mit ihrem Komitee direkt, anstatt durch Vermittelung des Ober-Bergkommissars zu verhandeln, haben sie abgelehnt. Dagegen haben sie sich gnädigst bereit erklärt, daß jeder Betriebsleiter mit seinen Arbeitern selbst unterhandeln wolle. Die anlässlich des Streiks entlassenen, insbesondere die der Organisation angehörenden Arbeiter wollen sie keinesfalls wieder einstellen. Ob die Streikenden von dem Anerbieten der Unternehmer, einzeln zu unterhandeln, Gebrauch machen wollen, hängt von den Beschlüssen einer zu diesem Zwecke noch einzuberufenden Versammlung der Bergleute ab.

Das Schweizerische Fabrikinspektorat hat im Jahre 1895 bei 4998 Betrieben, die unter dem Fabrikgesetz stehen, 5401 Inspektionen ausgeführt. Um 205 Betriebe mit 2590 Arbeitern hat sich die Zahl der Fabriken vermehrt. Das Fabrikinspektorat besteht aus 3 Inspektoren, 2 Adjunkten und 3 Assistenten. Mit der Revisionskommission hat bekanntlich das Schweizerische Fabrikinspektorat nichts zu thun.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Leipzig, 13. März. (W. Z. B.) Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Dr. Förster, Redakteurs der „Ethischen Kultur“ in Berlin, gegen das Urtheil des Landgerichts 1 Berlin, durch welches Dr. Förster wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einem Artikel seines Blattes, zu drei Monaten Festung verurtheilt worden war.

Köln, 13. März. (W. Z. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Auf englische Anregung hin plant die Porte eine Kuleibe durch Umwandlung der in den Jahren 1854 und 1855 mit Verpfändung des ägyptischen Tributs abgeschlossenen Anleihen.

Karwin, 13. März. (W. Z. B.) Seit gestern hat sich die Lage im Gabrielen-Schacht stark verschlimmert; heute sind nur noch 19 Prozent der Arbeiter angefahren. Der Betrieb in dem Schachte wird morgen anlässlich der Auszahlung eingestellt werden.

London, 13. März. (G. N. of G.) In einer Versammlung des British Iron and Coal-Institut wurden die Frachtermäßigungen, welche das preussische Eisenbahn-Ministerium unlängst auf sächsische Kohlen-Lieferungen nach Häfen der Ostsee gewährt hat, zum Gegenstande einer Besprechung gemacht. Die großen Kohlengruben-Besitzer erklärten, es sei ihnen dadurch unmöglich gemacht worden, nach Stettin und anderen Ostseehäfen gemachte Kohlen zu verschiffen, da nach der Frachtreduktion auf einen um 3 Schilling niedrigeren Satz als der jegliche, jede Konkurrenz englischerseits aufhören müsse. Bei einem Transporttarif, welcher dem speziellen Export-Tarif gleichkomme, werde es den schlesischen Kohlengruben leicht werden, England ganz von den bisherigen Ostseehäfen zu verdrängen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 63.

Sonntag, den 14. März 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

59. Sitzung vom 13. März 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Marschall, Direktor Kaiser.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1896/97, und zwar beim Etat des auswärtigen Amtes: Kolonialabteilung und Etat der Schutzgebiete.

Die Budgetkommission beantragt zu diesem Etat folgende Resolutionen: 1. Den Herrn Reichszugler zu ersuchen, alsbald und, wo möglich, noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung, dem Reichstag eine Gesetzentwurf vorzulegen, welche die strafrechtliche Verfolgung des Mißbrauchs der Amtsgewalt in den Schutzgebieten außer Zweifel stellt;

2. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Militärdienstpflicht in den Schutzgebieten, dem Reichstage noch in dieser Session vorzulegen;

3. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei Regelung der in den Schutzgebieten seitens der Reichsangehörigen abzuleistenden Wehrpflicht deutschen Missionare der in den Schutzgebieten thätigen Missionsgesellschaften während der Dauer ihrer in einer deutschen Mission anstalt erforderten Vorbereitung für den Missionsberuf, sofern sie demnach in die deutschen Schutzgebiete gehen, sowie für die Dauer ihrer Thätigkeit in diesen Gebieten von der Ableistung der aktiven Dienstpflicht und der noch Maßgabe der Reichsgesetze vorgeschriebenen militärischen Übungen zu befreien.

Bei den Ausgaben für die Kolonialabteilung, Direktor 20000 M., bemerkt der Referent Prinz Arnberg, daß die Etatsaufstellung den Wünschen des Hauses entsprechend erfolgt sei. Der Berichterstatter erinnert dann an die einzelnen Themen, welche in der Kommission besprochen sind: an den Dualismus in der Kolonialverwaltung, die Verhältnisse der Schutztruppen, den Fall Wehlan, der Anlaß gab zu der Frage, weshalb auf sein Vergehen nicht die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches angewendet worden sind und er nur mit einer kleinen Disziplinarstrafe wegkommen ist; und die darauf bezügliche Resolution Nr. 1 wurde einstimmig angenommen. Inzwischen ist ja auch bereits eine Kabinettsordre über diese Angelegenheit ergangen. Ferner wurde behandelt die Vorbildung der Kolonialbeamten.

Abg. Schall (L.): Ich muß noch einmal unsere sittliche Entrüstung ausdrücken nicht bloß über den Fall Wehlan selbst, sondern darüber, daß, nachdem der Fall Leist dunkle Seiten des Koloniallebens aufgedeckt hatte, noch einmal ein solcher Fall möglich war. Wie konnte ein deutscher Beamter sich so vergessen und nicht einmal sondern wiederholt zu solchen Grausamkeiten sich hinreißen lassen! Wir müssen daran erinnern, daß in Afrika, so gut wie in Deutschland, die Gesetze der christlichen Moral gelten; wir können es nicht dulden, daß die Regier anders behandelt werden als andere Menschen. In dem Buche von Passarge ist es direkt ausgesprochen, daß die Missionäre die Religion in den Hintergründen treten lassen müssen, wenn sie etwas erreichen wollen. Die Missionäre mit ihren unverständlichen Lehren von Brüderlichkeit und Gleichheit können nichts erreichen bei den Negern; lächerlich sei es, wenn man sich in Deutschland aufhalte über die Mißhandlungen. Durch solche Äußerungen muß das christliche Gefühl verletzt werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Einführung des Branntweins in die Schutzgebiete sollte die Regierung entgegengetreten. In Kamerun allein ist für fünf Millionen Mark Branntwein eingeführt worden; Branntwein ist der Haupthandelsartikel. Wenn an diesem Gewinn auch die Landwirtschaft beteiligt ist, aus einem solchen Handel, der die Sittlichkeit schädigt, wollen wir keinen Gewinn. Redner fragt schließlich, ob es wahr sei, daß in den Kolonien der Muhammedanismus in der Schule berücksichtigt werden solle.

Direktor Kaiser: Die kaiserliche Regierung theilt durchaus den Standpunkt des Vorredners. Der Fall Leist hat bereits seine Erledigung gefunden in der Abfertigung; der Fall Wehlan schwebt vor den Gerichten und angesichts dieses Umstandes glauben wir uns verhindert, in eine materielle Erörterung einzutreten. Die Stellung des auswärtigen Amtes ist klar geworden durch die Stellung der Staatsanwaltschaft in diesem Falle. Die Sache vor die ordentlichen Gerichte zu bringen, ist nicht möglich gewesen, weil die Staatsanwaltschaft und das Justizministerium die Anwendung des Strafgesetzbuches für ausgeschlossen halten und zwar nach erneuter eingehender Prüfung der Akten.

Es ist eine Verfügung erlassen, wonach zur Erzielung von Geständnissen andere als die Mittel des Strafgesetzbuches nicht angewendet werden dürfen; insbesondere sind die Verdachtsstrafen ausgeschlossen. Wir sind außerordentlich vorsichtig in der Auswahl der Beamten. Es wird keiner hinausgeschickt, der nicht längere Zeit in der Kolonialabteilung gearbeitet hat. Im großen und ganzen haben die Offiziere und Beamten ihren schweren Dienst in aller Pflichttreue geleistet. (Beifall rechts.) Herr Passarge steht in gar keinem Verhältnis zur Kolonialabteilung; er ist bei einer Privatexpedition betheiligt gewesen. Ich habe Herrn Passarge gar kein Hehl daraus gemacht, daß ich sein Urtheil über den Muhammedanismus und die christlichen Missionen für durchaus unzutreffend halte. Es wäre vom politischen Standpunkt nichts verkehrter, als wenn die deutsche Regierung, irgendwie den Plan unterstützen wollte; denn der Islam ist nicht bloß der Feind der Christen, sondern auch der Deutschen; die Regierung würde ihre eigene Herrschaft untergraben. Es ist allerdings der Wunsch ausgesprochen worden, um die Schulen zu fördern, einen mohamedanischen Religionslehrer von Staats wegen anzustellen. Der Kolonialrath hat sich dagegen ausgesprochen und damit war die Sache erledigt; ich habe geglaubt, daß der Vertreter der Missionsgesellschaften davon die Betheiligten in Kenntniß gesetzt hat.

Eine schwierige Frage ist die der Einfuhr von Branntwein in die Schutzgebiete. Bereits 1885-87, ehe noch eine internationale Verpflichtung für Deutschland bestand, haben wir in der Südsee die Branntweinpest fern zu halten versucht. Das ist auch in Ostafrika geschehen. Südwestafrika ist geradezu ein Heerd der Branntweinpest gewesen. Es geschieht alles, um die Ausbreitung des Branntweins zu erschweren. Es bleibt nur Kamerun und Togo übrig, wo die Jolle für Branntwein wiederholt erhöht worden sind. Es wurde früher behauptet, daß minderwertige Qualitäten Branntwein in die Kolonien eingeführt worden sind. Die Untersuchungen haben das Gegentheil ergeben. Ohne die deutsche Einfuhr von Branntwein würden die Eingeborenen ihre eigenen berauschenden Getränke, Palmwein u. s. w. genießen. Der Branntwein wird nach den Mittheilungen der Reisenden eigentlich nur an der Küste genossen. Weiter im Innern wird er nur in sehr starker Verdünnung getrunken und es nimmt mit der Entfernung von der Küste der Genuß des Palmweins zu. Auch die englischen Vertreter erklären, daß die Branntweinpest nicht so groß sei, daß es schwer sei, einen Negern zu berauschen; man könne in einer europäischen Stadt an einem Tage mehr be-

rauschte Menschen sehen, als in Afrika im ganzen Jahre. Unsere Gouverneure sind beauftragt worden, sich genau über die Vermehrung des Verbrauchs von Spiritus zu unterrichten. Die Ausfuhr ist nicht gestiegen in den letzten Jahren. Wir werden alles thun, was das Missionswerk fördert.

Abg. Veith (sf. Sp.): Wohin die Kolonialschwärmereien führen, das zeigen zu unserem Bedauern die Niederlagen der Italiener in Afrika. Ich hoffe, daß diese Ereignisse nicht dazu führen werden, das Bundesverhältnis auch nur im geringsten zu lockern. Sie sind aber ein warnendes Beispiel gegen alle große Expansionsgelüste. Wir dürfen den Spuren des Herrn Peters nicht folgen. Gegenüber allen Versuchen des Reichstages, in der Kolonialpolitik eine Besserung herbeizuführen, haben wir bisher immer nur schöne Versprechungen erhalten. In der Verwaltung der Kolonien hat ein steter Wechsel stattgefunden, ohne daß man ein Prinzip dabei erkennen konnte. Welches Maßwerk haben wir gehabt mit den Herren von der Schneidigkeit des Herrn Leist. Auch über Herrn Wehlan können wir uns ein Urtheil bilden, unbeschadet der Thatfache, daß die Berufung noch schwebt. Der Gouverneur Zimmerer war auch nicht der rechte Mann; Rittmeister von Stetten ging weg, weil er sich mit ihm nicht stellen konnte. Die Eingeborenen zündeten einen Speicher von Janghen und Thormahlen an und plünderten was sie konnten. Der Gouverneur lehnte es ab, Hilfe zuzusagen, wegen eines Kaufmanns könne er nicht gegen die Bevölkerung vorgehen. Es entstand eine Prägelei und die gestohlenen Gegenstände wurden den Räubern abgenommen. Da beschwerte sich die Bevölkerung und der Kaufmann, dessen Faktorei verbrannt wurde, mußte dieselbe noch entschädigen! Das war auch kein richtiges Verhalten; denn die Bevölkerung wurde trotzdem rebellisch. Herr von Stetten hat den Feldzug geführt. Er ist aber durchaus nicht in vorläufiger Weise durch einen anderen Beamten ersetzt worden. Redner bemängelt schließlich die Lazaretheinrichtungen in Kamerun.

Direktor Kaiser: Der Ersahmann für Herrn von Stetten ist nicht unerfahren in den Dingen; er hat sich längere Zeit in Westafrika aufgehalten zur Zeit des Dahomekrieges. Die Frage eines Sanatoriums in Kamerun wird seit Jahren erwogen.

Abg. Veith: Den Wunsch, daß wir von den Kolonien, die wir nun einmal haben und die uns soviel Geld gekostet haben, einen Vortheil haben, theilen sehr viele, ich habe aber die Auffassung, daß je länger wir mit den Kolonien zu thun haben, unsere Geschäfte dort immer schlechter werden. (Zustimmung links.) Wir können weder in moralischer noch in materieller Beziehung auf unsere Kolonien stolz sein. (Zustimmung links.) Es ist endlich auch denjenigen zu arg geworden, die sich immer mit der Hoffnung trösten, es würde einmal besser werden. Millionen und abermals Millionen haben wir in ein Faß geworfen, das keinen Boden hat, während zu Hause wichtige Kulturaufgaben unerfüllt bleiben. Die Geschichte der Kolonialpolitik ist mit Blut und Thränen geschrieben, auch die unfrühe. Wir haben keine Ehre von unserer Kolonialpolitik. Der Kolonialdirektor hat gesagt, daß abgesehen von Leist und Wehlan die deutschen Beamten dort ihre volle Pflicht und Schuldigkeit thun. Nun, wenn sie nur annähernd solche Subjekte wären wie Leist und Wehlan, dann hätten wir alle Ursache unsere Kolonien im Stiche zu lassen und nach Hause zu ziehen. Zu schämen haben wir uns jetzt schon. Nachahmer giebt es genug, wenn auch in kleinerem Maßstabe. Die Mißhandlungen sind dort das Hauptkulturmittel. Ich muß hier einen Fall zur Sprache bringen, der in seinen Einzelheiten dem Hause noch nicht bekannt und von der Reichsregierung nicht aufgeklärt ist. Bekanntlich ist zwischen der deutschen und der englischen Regierung eine Vereinbarung getroffen worden, wonach durch ein Schiedsgericht in Sansibar die Beschwerden der Gebrüder Dehardt in Bezug auf die Vorgänge in Witu geprüft werden sollen. Durch die Gebr. Dehardt veranlaßt, haben sich ein gewisser Herr Künzler und andere Deutsche veranlaßt 1890 nach Witu zu gehen, um große Partien Holz zu fällen. Die deutschen Eingewanderten wurden durch den Sultan von Witu nach Witu selbst gelockt, alsdann überfallen und getödtet. Aus dem uns zugegangenen Aktenstück ergibt sich, daß nach der Aussage eines gewissen Menasch, des einzigen Ueberlebenden, die ausschließliche Schuld an dem Ueberfall den Sultan von Witu trifft, der in heimtückischer Weise die Deutschen in seine Residenz gelockt haben soll. Im Widerspruch damit trifft nach der Aussage des bekannten Kurt Töppen, damals Kaufmann in Witu, die ganze Schuld den Künzler, der durch sein provokatorisches Auftreten den Sultan von Witu gereizt hat. Der Sultan hat später bestritten, daß er zu dem Ueberfall seine Zustimmung gegeben habe. Seine Leute seien durch Schimpereien so gereizt worden, daß sie sich nicht mehr zurückhalten ließen. Charakteristisch ist auch, daß in dem Aktenstück der Regierung steht: in Bezug auf die Aussagen des Töppen sind verschiedene Unklarheiten vorhanden, welche sich nicht beseitigen ließen. Worin diese Unklarheiten bestehen, weiß man nicht. Die Gewaltthatigkeit wurde später von den Engländern durch die Niederbrennung Witus gerächt. Um dieselbe Zeit hat der deutsche Lieutenant Ernst v. Carnap-Duerenheim eine Anklageschrift verfaßt und dem Grafen Caprivi zugeschickt, in welcher er darauf hinweist, daß der eine der Hauptbetheiligten, der zum Morde gegen die Deutschen aufgereizt habe, einer dort angehörenden Familie angehöre und im Dienste des genannten Töppen stehe. Als Herr v. Carnap nach einer Reihe von Monaten vom Reichskanzleramt keine Antwort erhalten, reichte er ein zweites Exemplar ein. Es wurde ihm dieses zurückgeschickt mit dem Bemerkung, das erste sei eingetroffen, über die Sache selbst kein Wort. Der Herr steht noch heute in Amt und Würden und gegen seine persönliche Ehrenhaftigkeit liegt nichts vor. Ich bin begierig, ob die Reichsregierung die Sache untersucht und was sie an den Behauptungen des Herrn v. Carnap als wahr befunden hat. Aber ich muß noch eine andere Persönlichkeit erwähnen, die in den kolonialen Angelegenheiten eine viel größere und einflussreichere Rolle gespielt hat und noch spielt, den bekannten Herrn Dr. Peters, der ein Ruhegehalt von 6000 Mark bezieht und seine Mühe denugt, um für die Flottenvermehrung nach Kräften thätig zu sein. Es ist doch eigentümlich, daß ein Mann, der bestimmt war, ein höheres Amt in Ostafrika anzutreten, sein Amt nicht antritt, weil er ärgerlich darüber ist, daß Wisman ihm vorgezogen sei. (Zuruf des Grafen Limburg: Woher wissen Sie denn das?) Herr Graf Limburg! Sie werden wissen, daß manches an der Sache eine größere Bedeutung hat als die sicherste Wahrheit. Ich habe über Herrn Peters Vorleben nachgeforscht und wundere mich, daß ihn die Regierung überhaupt im Amte behält; denn die Sachen sind gedruckt und veröffentlicht. Hätte er sein Amt angetreten, so hätte er wahrscheinlich abel gewirkt. Was Herr Peters beschreibt in seinem Buche „Die deutsche Emin-Pascha-Expedition“ sollte geeignet sein, einen solchen Mann überhaupt nicht in Reichsdienste kommen zu lassen. Er selbst erkennt an, daß er rigoros die Körperstrafe angewendet habe; was das bei Peters bedeutet, wird man wissen. Alle Augenblicke spricht er dabei von der Vorsehung. Die Träger, welche Peters angeworben hatte, haben

ihn vielfach in Stich gelassen. Er hat die Völkerschaft der Galla, in deren Gebiet er sich befand, beauftragt, die entwichenen Träger einfach niederzumachen! Ist das vereinbar mit christlicher Gesinnung? Die Dörfer anderer Völkerschaften, welche ihm nicht willfährig waren, brannte er einfach nieder. Eine weitere Völkerschaft griff er ohne weiteres mit Repetirgewehren an. Redner zitiert weitere Stellen aus dem Buche von Peters. Der Zug gegen die Massai wäre ohne Gefahr für die kleine Expedition gewesen, wenn nicht Peters, wie immer, in der brutalsten Weise aufgetreten wäre. Es ist unerhört, daß ein Vertreter des Christenthums solche Dinge schreiben kann, wie sie in diesem Buche stehen, und wenn man darüber lachen kann, so beweist das, daß es auch in Deutschland ähnliche Leute giebt. (Zuruf links: Frechheit!)

Vizepräsident Schmidt-Eberfeld: Ich habe hier den Zuruf Frechheit auf der Linken gehört; ein solcher Zwischenruf schickt sich nicht und verletzt die Würde des Hauses.

Abg. Veith fortfahrend: 1891 befand sich Peters auf einer Expedition nach dem Kilimandscharo. Das erste, was er that neben der Errichtung seiner Hütte, war die Errichtung eines Galgens. Er hatte sich ein hübsches Mädchen als Beischläferin erworben. Dieses Mädchen hatte ein Verhältnis mit einem Diener Peters angeknüpft; Peters befahl sofort das Mädchen an den Diener an den Galgen zu hängen. Der Lazarethgehilfe wurde kommandirt und die beiden jungen Leute wurden aufgehängt. Peters beschuldigte die Aufgehängten der Spionendienste. Wäre dafür ein Beweis vorhanden gewesen, so hätte der Lieutenant sich wohl nicht geweigert, das Urtheil zu vollziehen. Als Peters in Moshi der englischen Mission einen Besuch machen wollte, lehnte Bischof Tucker den Besuch eines Mörders ab. (Bravo links.) Herr Peters entschuldigte sich mit den afrikanischen Gebräuchen gegenüber den Gelehrten, er, der Vertreter europäischer Kultur! Ein Ehebruch in Afrika aber würde für die Frau nur eine Tracht Prügel zur Folge haben, weil der Mann bei der Tödtung der Frau ein wertvolles Arbeitsinstrument verlieren würde. Solche Dinge müssen genau untersucht werden; Redner benennt als Zeugen die Angehörigen der englischen Missionen und der katholischen Missionen, die Offiziere der Expedition und andere Theilnehmer derselben. Die Ermordung des Mädchens hatte allerlei Unruhen gegen die Deutschen zur Folge, in denen zwei deutsche Offiziere und zwei Ärzte fielen. Herr Schall hat vorhin auf Peters verwiesen, aber er hat nicht gesagt, um was es sich handelt. Der Fall Leist mag für die Regierung abgethan sein, aber für mich und für die Welt nicht. Die öffentliche Entrüstung ist laut geworden darüber, daß die Richter nach allen den Brutalitäten, die sich Herr Wehlan hatte zu schulden kommen lassen, zu einem so milden Urtheil kommen konnten! (Sehr richtig! links.) Redner geht auf den Fall Leist näher ein. Wenn die Strafgesetze des Reiches nicht angewendet werden konnten auf Leist, warum hat denn die Regierung auch nur einen Tag gezögert das zu thun, was sie erst jetzt gethan hat, im Wege der Verordnung vorzugehen! So schlimm wie die Fälle Leist und Wehlan seien nicht viele gewesen; aber ähnliches ist oft passiert. Sogar Geistliche haben sich gemüthigt gesehen, zu protestieren gegen das Verhalten der deutschen Beamten in den Kolonien, für welche die Fälle Leist und Wehlan typisch gewesen seien. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Mißbrauch der Amtsgewalt und Mißhandlungen gelten doch nicht bloß bei Vergehen der Deutschen gegen Deutsche, sondern auch der Deutschen gegen die Eingeborenen. Jedemfalls müßte in Bezug auf die Pfandweiber gegen Leist der § 174 Nr. 3 des Strafgesetzbuches angewendet werden. Hier würde eine Bestrafung sogar nach den afrikanischen Sitten und Gebräuchen notwendig sein. Redner zählt ferner die einzelnen Vergehen von Wehlan auf und bezeichnet das Urtheil der Disziplinarcommission als sehr mildes. Einige Geistliche haben allerdings Wehlan in Schutz genommen und seine erzieherische Wirksamkeit gelobt. Wenn Wehlan ein tüchtiger Beamter ist, dann möchte ich erst einmal die untüchtigen Beamten sehen! Nach einer eingehenden Kritik des Urtheils gegen Wehlan fragt Redner, warum das Strafgesetzbuch nicht angewendet sei. Da falle ihm der Spruch des Justizministers ein: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe! (Sehr richtig! links.) Ein einfacher Arbeiter, wenn er das gethan hätte, was der höchste Reichsbeamte that, ich sehe meinen Kopf zum Paube, er wäre sicherlich in der Kolonie angeklagt worden.

Ich entsinne mich noch, daß auf einer ostafrikanischen Kolonie wegen Mißhandlung eines Eingeborenen der Aufseher, ein Deutscher, zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist. Wenn ein Aufseher bei einem Bahnbau oder auf der Kolonie wegen schwerer Mißhandlung der Schwarzen bestimmte Paragraphen des Strafgesetzbuches verletzt hat, dann ist er fahndbar. Der von mir vor 2-3 Jahren hier erwähnte Fall ist durch die Zeitungen gegangen und hat sich als wahr erwiesen. Aber wenn deutsche Beamte, Vertreter des deutschen Kaisers und deutschen Reiches, 20-100fach schwerere Grausamkeiten und Barbareien begehen, dann giebt es in der ganzen weiten Welt keinen Richter, keinen Gerichtshof, der sie entsprechend zur Verantwortung zieht. Wenn solche Folgen Ihre Kolonialpolitik gebiert, dann haben Sie alle Ursache, so rasch als möglich mit derselben aufzuräumen, dem ganzen Afrika den Rücken zu kehren und Ihre Zivilisations- und Kulturarbeit hier in Deutschland zu machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor Kaiser: Der Vorredner hat sich als Vertreter des Rechtes hingestellt und das Urtheil des Potsdamer Disziplinargerichtes verurtheilt. Was kann das für einen Eindruck machen, wenn er gegen einen Gerichtshof hier auftritt, ohne daß ihm die Akten zu Gebote stehen. Er geht von der Voraussetzung aus, daß das, was in den Valentin'schen Tagebüchern steht, alles wahr ist, weil es ihm Gelegenheit giebt, gegen die Regierung vorzugehen. Aber es hat sich ergeben, daß nur ein kleiner Theil des Tagebuches wahr ist, freilich immer noch genug, während der Vorredner alles als wahr annimmt und danach das Urtheil kritisiert. Wir haben gegen das Urtheil Berufung eingelegt. Der Reichstag ist doch keine Appellinstanz. Auf den Fall Wehlan will ich nicht näher eingehen. Das Tagebuch enthält zum größten Theil Nennungen und Küstentatsachen. Wenn gegen Leist nicht auf Grund des § 174 eingeschritten ist, so geschah das deshalb, weil die Voraussetzungen dafür fehlten. Es hat sich herausgestellt, daß § 174 ein gesetzliches Verhältnis zwischen dem Aufseher und den ihm Anvertrauten voraussetzt, und wir können doch die Pfandweiber als ein legales Institut hinstellen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Als Mensch können wir ihn nicht bestrafen, als Richter hat er sich keine Mißhandlung zu schulden kommen lassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Urtheil der Geistlichen über die Vorgänge in den Kolonien ist uns nicht entgangen. Aber während in der Generalsynode davon gesprochen wurde, daß die Sitten der Europäer in den überseeischen Ländern zu wünschen übrig lassen, macht Herr

Webel darauf Beamte und Kolonien. In Bezug auf Witu scheint Herr Webel der kaiserlichen Regierung einen Vorwurf daraus zu machen, daß für die Ermordung des Herrn Kühnel Herr Töppen verantwortlich sei. Ich weiß nicht, woher das Interesse für Herrn Töppen kommt. Ich habe mir sagen lassen, daß er früher seiner Partei angehörte (Anruhe bei den Sozialdemokraten. Juruf: Und wenn schon!) Herr Töppen ist für uns unerreichbar. Es wird schwer sein, über diese Dinge die Wahrheit zu ermitteln. Herr Webel hat sich auf Herrn v. Carnap berufen. Er war vor einem halben Jahre hier und hat keinerlei Beschwerde darüber erhoben, daß seine Anklageschrift, die er vor mehreren Jahren eingereicht hat, keine Erledigung gefunden hat. Was das Buch des Herrn Peters betrifft, so muß ich sagen, daß dieses Buch schon seit fünf Jahren publiziert worden ist und irgend eine Kritik nach Art des Herrn Webel ist mir nicht bekannt geworden. Ueber den Fall vom Kilimandscharo möchte ich mir einige allgemeine Bemerkungen erlauben. Wenn man eine Reihe von Jahren amtlich und außeramtlich mit den bekannteren Afrikanern verkehrt, findet man es erklärlich, wie in früheren Jahrhunderten die ersten Entdecker Christoph Kolumbus, Amerigo Vespucci allmählich in einen Gegenstand zu ihrer Regierung gekommen sind. Denn alle Leute, die in der Wildnis lebten, die den größten Gefahren ausgesetzt waren und für ihr Leben zu sorgen hatten, saßen als Recht der Nothwehr auf, was die zu Hause sitzenden Leute als Grausamkeit betrachteten. (Sehr gut! recht! Widerspruch links.) Heute sind wir noch nicht in der Lage zu sagen, ob in jenen Zeiten das Verfahren der Entdecker berechtigt war. Die Verhältnisse in Afrika können wir nicht beurtheilen von der Wilhelmstraße 76 aus und auch nicht vom Tische dieses Hauses. Von der That am Kilimandscharo wurden wir unterrichtet durch einen Bericht des Gouverneurs v. Soden 1892, dem die Nachricht zugegangen ist von zwei englischen Missionären. Schon damals ist eine Untersuchung vorgenommen und es wurden damals zwei Leute vernommen, die sich in Europa befanden, die in Diensten Peters's gestanden hatten. Wir haben nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß hier ein schuldbares Verhalten vorliegt. (Juruf links: Weßhalb nicht?) Wir haben die Sache weiter ruhen lassen, bis Herr v. Vollmar in der vorigen Session den Fall vorbrachte. Mir ist es aufgefallen, woher Herr v. Vollmar die Kenntnisse hatte: Nachher ist mir das Räthsel gelöst worden; es ist eine Broschüre von Hofmeister erschienen, in welcher die Zeugen benannt sind. Vielleicht hat Herr v. Vollmar schon vorher Kenntnis von der Broschüre gehabt. Der Staatssekretär v. Marschall hat damals angeordnet, daß neue Ermittlungen angestellt werden sollen. Das ist geschehen und die Akten sind vor wenigen Wochen hierher zurückgekommen. Also seitens der kaiserlichen Regierung ist nichts geschehen, die Sache zu vertuschen. Was hat sich ergeben? Ich muß bemerken, daß die Angaben des Herrn Webel nicht richtig sind. Peters war 1891 Kommissar auf der Kilimandscharo-Station. Dort war Jander dauernd und abwechselnd der Lieutenant Bronsart von Schellendorff u. s. m. anwesend. Es waren drei schwarze Mädchen vorhanden, welche mit den Europäern in intimen Verkehr standen. Die Situation war eine sehr gefährliche; die Einwohner der Umgegend waren noch nicht der deutschen Herrschaft unterworfen, sie sollten es erst werden. Man konnte jeden Augenblick auf einen Ueberfall der Station gefaßt sein. Es sind mehrfach Diebstähle vorgekommen. Peters hat, da es schwer war, die Thäter zu ermitteln, verkündet, daß bei dem nächsten Diebstahl der Thäter gehängt werden würde. Es kam wieder ein Einbruch vor; der Thäter meldete sich nicht; die Untersuchung war erfolglos. Endlich wurde ein Diener des Herrn Peters als Thäter ermittelt. Daraufhin erklärt Herr Peters, daß er, um seine Autorität aufrecht zu erhalten, genöthigt gewesen sei, das Todesurtheil zu vollstrecken. (Juruf: Unerhört!) Darauf sind dann die drei Mädchen von der Station gelassen. Sie wurden aber wieder herausgegeben und sehr hart bestraft. Es wurde ihnen gesagt, daß sie dem Fluchtversuch mit dem Tode bestraft würden. Trotzdem gelang ein Fluchtversuch des einen Mädchens, und es wurde das Todesurtheil vollstreckt. (Große Unruhe links. Rufe: Das ist unerhört! Das ist eine Schande! Räuber und Mörder!) Ich muß bemerken, daß ich Thatfachen referire. (Große Unruhe links: Schandthaten!) Wir beklagen diese Thatfachen ganz außerordentlich (Große Unruhe links. Rufe: Gemeiner Mörder!), auch im Interesse der Kolonialpolitik und endlich im Interesse der Menschlichkeit; denn ich kann Ihnen hier erklären im Namen des Reichskanzlers, daß in unseren Schutzgebieten das Leben eines Schwarzen nicht minderwerthig ist. (Lachen links, Juruf links: Söhnen Sie doch die Verbrechen!) Es muß doch schließlich das subjektive Verschulden nachgewiesen werden (Große Unruhe links), und dieses ist nicht nachgewiesen worden. Wenn Dr. Peters erklärt, wir haben es thun müssen, weil nicht bloß unsere Autorität, sondern auch unser Leben und dasjenige der mir anvertrauten Untergebenen, die ganze Station, gefährdet war, wenn wir nicht mit unerbittlicher Strenge verfahren (Große, fortdauernde Unruhe links; Abg. Webel ruft: es ist ein Skandal!) Wie können wir denn das widerlegen? (Beifallstöße Entrüstungsrufe links, welche zum Theil die Worte des Redners überdönen). Wir können uns also, wenn wir objektiv und gerecht sein und uns nicht bloß vom Affekt hinreißen lassen wollen, nur an das halten, was uns von dort berichtet wird. Wir können von hier aus nicht einmal die Verhältnisse von Dar-es-Salaam beurtheilen. Wir können von hier aus nicht den Nachweis führen, daß das, was Dr. Peters sagt, nicht wahr ist. (Beifallstöße Widerspruch links.) Die Zeugen, die Herr Webel genannt hat, können meiner Meinung nach nicht in betracht kommen. Was nun die Beschwerde darüber betrifft, daß wir den Dr. Peters nach Tanganika geschickt haben, so haben wir geglaubt, daß wir das um so mehr thun konnten, weil wir von vorne herein überzeugt waren, daß unter der Leitung eines solchen Mannes wie des Major Wischmann die Dinge ihren guten Gang gehen würden und daß ein Zusammenwirken dieser beiden Männer möglich sei. Später erhielten wir von dort Nachrichten, wonach die Stimmung gegen Peters keine günstige gewesen ist, und aus diesem Grunde haben wir es vorgezogen, von dem Rechte Gebrauch zu machen, welches das Gesetz uns giebt; wir haben Peters abgerufen und ihn zur Disposition gestellt. Es ist auch eine Anweisung des Reichskanzlers an die leitenden Persönlichkeiten ergangen, daß sie ihre Untergebenen von Ausschreitungen fern halten; jeder Beamte und Offizier soll auch an seinem Theil berufen sein, an der Erziehung der Eingeborenen zum Christenthum mitzuwirken; er wird dabei Milde und Rücksicht üben müssen, wie als zivilisierter Mann in der Heimath. Zuwiderhandlungen sollen nicht vertuscht werden, sondern unumschlichtlich gemeldet werden. Das ist der Standpunkt der Kolonialverwaltung und wir hoffen, daß diese Mahnung nicht ohne Nachwirkung bleiben wird.

Abg. Lieber (S.): Nur der Erlaß des Reichskanzlers war in der Rede des Herrn Direktors ein heller Punkt. Alles andere, was er vortragen hat, kann ich nur aus tiefster Bedauern. Wenn der Herr Direktor die Frage aufgeworfen hat, warum man sich das Peters'sche Buch erst jetzt angesehen hat, trotzdem es schon 5 Jahre vorliegt, so ist der Grund dafür doch sehr leicht zu finden. Herr Peters selbst ist schuld daran, daß die Aufmerksamkeit des Reichstages sich auf ihn konzentriert hat, Herr Peters, der die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat dadurch, daß er gegen eine Politik des Reichskanzlers großartige Agitationen eingeleitet hat, obgleich er Reichsbeamter auf Wartegeld ist. In den letzten Wochen ist das Peters'sche Buch das meistbegehrteste Buch gewesen. Wie

kann man sich also über die Rede des Herrn Webel wundern. Es sind noch mehr im Besitze solcher Lesefrüchte. Für mich schlägt der Fall am Kilimandscharo alles andere zu Boden. Nur nach den Grundsätzen der Sittlichkeit können alle diese Männer beurtheilt werden und die deutsche Kolonialverwaltung sollte auf einer anderen Stufe stehen, als daß sie heute noch solche Geben entschuldigen sollte (Sehr richtig! links). Ich will die sichere Erwartung aussprechen, daß die heute von Herrn Webel angebotenen neuen Beweismittel die Regierung veranlassen werden, den Gegenstand abermals neu untersuchen zu lassen. Es würde genügen, den Brief des Herrn Peters an Herrn Zucker von der englischen Mission herbeizuschaffen, um auf Herrn Peters das Wort anzuwenden: habemus confidentem roum. Denn seine Entschuldigung wird in den Augen jedes Christen nur seine Schuld bestätigen. Denn wenn wir erst so weit wären, daß wir in Afrika nach mohamedanischen Grundsätzen leben, dann wird sich niemand mehr finden, der auch nur einen Pfennig für Kolonialzwecke giebt. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Darstellung des Herrn Direktors machte Herrn Peters Stellung für uns noch entwürdigender als die Darstellung Webel's. (Sehr richtig! links.) Die Regierung hat kein Wort der Mißbilligung ausgesprochen. Wenn sie uns im Stiche läßt, dann muß Herr Peters sich vor der Öffentlichkeit rein waschen. Er steht als Angeklagter da. Wenn ich mich lediglich auf den Standpunkt der europäischen Sitte stelle, so muß ich sagen: wenn Herr Peters ein junges Mädchen, mit welchem er ein intimes Verhältnis hatte, auf diese Weise vom Leben zum Tode brachte, so hat er das schimpflichste Verbrechen begangen, welches er begehen konnte. (Beifallstöße Weifall links; Juruf: er gehört an den Galgen!) Es giebt nichts Schmerzlicheres und widerwärtigeres als aus dem Munde des Herrn Webel in jedem Jahre hören zu müssen: Ihr wollt Christenthum und Kultur in den dunklen Erdtheil tragen und Ihr schickt Menschen hinaus, die das Christenthum und jede Gesittung in den Augen auch des geringsten Afrikaners in Grund und Boden ruinieren. Was nützt das Bewilligen von Millionen, wenn ein Dr. phil. in dem dunklen Erdtheil umherzieht und Mordthaten verübt. (Zustimmung links.) Dem Herrn Abg. Dr. Peters... (Große Heiterkeit.) Er hat sehr danach geegelt, unser Kollege zu werden und sein Verdienst ist es nicht, daß er es nicht geworden ist — dem Herrn Peters wird das Verständnis dafür ausdämmern, daß er die unverdiente Ehre abgelehnt hat, unter Wischmann Landesoberhauptmann zu werden. Auf den Fall in Witu will ich nicht eingehen; ich will die Dinge nicht vermengen. Wir hoffen, daß diese Verhandlungen uns in den Stand setzen werden, dem Herrn Direktor wieder zur Seite stehen zu können, wenn er wieder einmal behauptet, daß die deutschen Beamten in den Kolonien ohne Ausnahme ihr Amt mit Pflichttreue verwalten. (Beifall.)

Am 5/2 Uhr wird die weitere Berathung bis Sonnabend 1 Uhr vertagt.

Parlamentariliches.

Die Justiznovellen-Kommission beschloß in ihrer Sitzung am Freitag zunächst, die bislang nur einwöchige Revisionsrechtsfertigungsfrist auf zwei Wochen auszuweiten. Ferner sagte sie noch einen die Urtheils-Fassung betreffenden Beschluß, der die Stellung des Angeklagten im Revisionsverfahren etwas zu bessern geeignet ist. Damit hörte ihre bessere Thätigkeit auf. Sie schenken sich dann darauf zu besinnen, daß unsere Genossen Frohme und Stadthagen durch die gleichzeitige Tagung der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch behindert waren, ständig der Sitzung beizuwohnen. Sie lehnte mündlich zunächst mit 11 gegen 8 Stimmen den sog. Brausewetter-Antrag Munkel ab, der bewirken soll, daß Angeklagte ein Urtheil deshalb angreifen dürfen, daß ein Verräther als Richter theilgenommen hat. Die Mehrheit der Kommission scheint demnach der Ansicht nicht fern zu stehen, daß zur Ausübung des Richteramtes gesunder Verstand nicht von nöthen sei. Ferner hob die Kommission mit 11 gegen 5 Stimmen den zu § 999 Nr. 5 in erster Lesung gefaßten Beschluß auf und nahm den Regierungsvorschlag an, der das Wiederaufnahme-Verfahren auf die Fälle beschränkt, in denen die volle Unschuld im Wiederaufnahme-Verfahren sich herausstellt. Hätten annähernd dieselben Mitglieder wie bei der ersten Lesung der Kommission noch angehört, so wäre ein solcher, für einen Rechtsstaat beschämender Beschluß kaum möglich gewesen. Es bleibt abzuwarten, ob das Plenum dieser Beschränkung der Vertheidigung des Angeklagten beitreten wird. Die nächste Sitzung findet am Sonnabend statt.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik trat gestern unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Lohmann zu einer Sitzung zusammen. Zur Berathung standen ausschließlich die vorzunehmenden Erhebungen über soziale Zustände in der Konfektions- und Wäsche-Industrie. Zu diesem Zwecke waren mehrere Sachverständige aus den Kreisen der Konfektionäre, Zwischenmeister und Arbeiter vorgeladen. Den Mitgliedern der Kommission war eine umfangreiche Denkschrift zugegangen, in welcher das Verfahren der vorzunehmenden Enquete in eingehender Weise geschildert ist. Zur möglichsten Beschleunigung sollen sofort mündliche Vernehmungen durch Kunstverständigen der einzelnen Berufsgruppen stattfinden. Soweit Organisationen vorhanden sind, sollen diese die betreffenden Kunstverständigen bezeichnen. Die gestrige Sitzung diente ausschließlich zur Information über die Art der vorzunehmenden Erhebungen. Die Bewegung in der Konfektions-Industrie hat den Anstoß zu sozialgesetzgeberischen Maßnahmen gegeben. Zu wünschen ist nur, daß recht bald etwas Durchgreifendes dabei herauskommt.

Tokales.

Magistrat und Militärstaat. Die in der städtischen Verwaltung für den Bureaudienst frei gewordenen Stellen sind in letzter Zeit vom Magistrat ausschließlich mit zivilverordnungsberechtigten Militärämtern besetzt worden. Dem Vernehmen nach soll dies auch künftig geschehen, so daß die Beschäftigung sogenannter Bureau-Hilfsarbeiter hinfällig werden wird. Gesuche an den Magistrat von solchen Personen, welche nicht zivilverordnungsrechtlich sind, bleiben ohne Erfolg, und mögen die betreffenden sich daher Mühe und Zeit sparen!

Herr Stadtrath de Rëve hat dieser Tage im Bureau der Waisenverwaltung, Alte Jakobstraße, einen Schlaganfall erlitten. Einseitig gelähmt und der Sprache beraubt, wurde der Bedauerwerthe durch zwei Bureaudiener nach seiner in der Potsdamerstraße gelegenen Wohnung gebracht. Gestern ist in dem Befinden desselben erfreulicherweise eine merkliche Besserung eingetreten.

Statistisches Bureau, „Vorwärts“ und „Reichs-Anzeiger“. Im „Reichs-Anzeiger“ vom Freitag Abend steht zu lesen: Der „Vorwärts“ erklärt in der ersten Beilage seiner Nummer 59 vom 10. d. M., eine Zuschrift erhalten zu haben, wonach das „Statistische Amt“ für die Ausfüllung der Karten, welche der Berufszählung dienen, 0,80 M. für das Hundert zähle, von den Leuten jedoch, welchen das Arbeitsmaterial übergeben sei, vielfach Hilfskräfte herangezogen würden, welche von jenen „Arbeitgebern“ nur 50 bis 40 Pf. für das Hundert erhielten. Wir werden mit Bezug hierauf zu der Erklärung ermächtigt, daß es bis zum 3. März d. J. den Hilfsarbeitern im königlich preussischen Statistischen Bureau überhaupt verboten war, andere Personen als ihre Familienangehörigen bei den ihnen übertragenen Arbeiten zu beschäftigen. Seitdem ist dies vorübergehend gestattet; doch ist den Hilfsarbeitern abgegeben worden, in solchen Fällen zu melden, wie viele Familienangehörige, sowie wie viel fremde Hilfskräfte sie beschäf-

tigen und welche Entschädigung sie den letzteren zugesichert oder gezahlt haben. Sollte trotzdem ein Fall von der im „Vorwärts“ erwähnten Art vorgekommen sein, so hätte das einfachste und sicherste Mittel zur Abhilfe in der Beschwerde bei dem königlichen Statistischen Bureau gelegen.

Besteres ist vielleicht schon möglich, doch hat die Erfahrung gelehrt, daß die Veröffentlichung von Beschwerden im „Vorwärts“ gar oft besser gewirkt hat, als das Beschreiten des bürokratischen Instanzenweges. Dies mag denn auch wohl in diesem Falle das Motiv gewesen sein, daß nicht das vom „Reichs-Anzeiger“ empfohlene „einfachste und sicherste Mittel“ angewendet wurde.

Straßenbahn-Automat. Ein hiesiger Bürger hat der städtischen Verkehrsdeputation unter Vorlegung von Zeichnungen nebst Beschreibung seiner Erfindung eine Neuerung für Personenfahrzeuge zur Kenntnismahme unterbreitet. Als besondere Vortheile dieser Neuerung, welche vorzugsweise für elektrische Bahnen und deren Anhängewagen bestimmt ist, sollen bestehen: in Ersparrung der Kosten für Schaffner (Zahlkastensystem oder Fahrkarten-Automat), in Erleichterung für das Publikum durch schnelle Orientierung über die Zahl der freien Plätze, in schnellerer Abfertigung der Wagen an den Haltestellen, in Verhütung von Unglücksfällen durch Ueberfahren etc. Nach dem System des Erfinders müssen die Wagen mit beweglichen einzelnen Sitzplätzen versehen werden, die, sobald sie frei sind, nach außen hin durch den Sitzplatzanzeiger markirt werden. Durch diese Vorrichtungen soll sowohl das unnöthige „Auf- und Absteigen“ sowie das „Räuten“ vermieden werden.

Ein heftiger Kampf tobt gegenwärtig zwischen den bürgerlichen Parteien im benachbarten Rixdorf wegen der Errichtung einer Haltestelle der Stadt- und Ringbahn an der Hermannstraße. Im Verkehrsinteresse wäre diese Anlage sehr erwünscht, sie würde auch den Gemeinden Brüg, Budow, Rudow etc. zu gute kommen und dabei gleichzeitig zur Entlastung des schon jetzt zu kleinen neuen Rixdorfer Bahnhofes dienen. Die Eisenbahnverwaltung steht dem Projekt wohlwollend gegenüber, fordert aber von der Gemeinde einen Kostenaufschlag von 50 000 M. Amtsvorsteher Woddi machte nun der Gemeindevertretung eine diesbezügliche Vorlage und beantragte, 25 000 M. aus Gemeindemitteln zu bewilligen, den Rest aber von den interessierten Grundbesitzern einzuziehen. Es war diese Bewilligung um so weniger bedenklich, als durch die Errichtung der Haltestelle die dortigen Grundstücke im Werthe erheblich steigen würden und die Gemeinde die Auslagen schon aus einem Theil der erhöhten Grundwerthsteuer zu decken vermöchte. Außerdem wäre aber dadurch zur Hebung des oberen Ortstheils, der von jeher stiefmütterlich behandelt worden ist, wesentlich beigetragen worden. Man hatte jedoch die Rechnung ohne die der Gemeindevertretung angehörenden Grundbesitzer des unteren Ortstheils gemacht, welche von jeher als Majorität ihre eigenen Interessen gut zu vertreten wissen. Da diese Herren befürchten, daß sie Wohnungen leer behalten, wenn der obere Ortstheil sich entwickelt, lehnten sie jeden Beitrag ab und die Vorlage scheiterte. Jetzt hat sich nun in den verschiedenen Kommunalvereinen wegen dieser Ablehnung ein heftiger Kampf entpinnen, wobei einzelnen Gemeindevorretretern die unverblümteste Interessenpolitik vorgeworfen wird. Namentlich wird scharf kritisiert, daß eine Reihe der Vertreter an der Spitze des Grundbesitzervereins, des Rixdorfer Vorfuß-Vereins und sonstiger Korporationen sind, wodurch ihnen eine freie Meinungsäußerung von vornherein unmöglich gemacht wurde. Bei der bevorstehenden Gemeindevahl sollen „unabhängige“ Männer gewählt werden. Wer in dem Kampfe Sieger bleiben wird, ist noch ungewiß; die Arbeiterschaft sieht dem Interessenstreit schmerzlos zu.

Von den 22 Morden, die in Berlin und Umgegend in den letzten acht Jahren vorgekommen, sind in 14 Fällen die Thäter unentdeckt geblieben und nur in 8 Fällen konnten die Urheber dieser schweren Verbrechen durch die Kriminalpolizei ermittelt werden. Der erste unauferfäßt gebliebene Mord — abgesehen von dem noch immer nicht ganz geklärten Verbrechen an dem im Invalidenpark umgebrachten Nachwächter Braun — war die grausige That, welcher der Militärinvalide Möse am 24. Dezember 1888 zum Opfer fiel. Im darauffolgenden Frühjahr wurde bei Pöhlensee im Spandauer Schiffahrtskanal die Leiche des Rutschers Bergeler gefunden unter Umständen, die auf Mord schließen ließen. Im Juli desselben Jahres fand man in der Oberspree die Leiche des Vergolders Regli, die zahlreiche Messerstiche aufwies. Im Juli 1890 wurde in der Johanniterstraße die Leiche eines Tischlerlehrlings aufgefunden, der so lange als Selbstmörder bei der Polizei galt, bis sich der Thäter, ein Arbeitskollege des Toten, der Behörde selbst stellte. Die am 7. Dezember 1890 erfolgte Tödtung des Bauwärters Weisner in der Eberswalderstraße ist noch heute nicht geklärt. Nicht entdeckt wurden ferner die Morde, begangen an den Prostituirten Hedwig Nische und Anna Winkler; die erstere wurde in grauigster Weise in ihrer Wohnung in der Holzmarktstraße umgebracht, die zweite in der Vorfigstraße ermordet. Ebenso wenig konnte der zweite Mörder des Koffathen Mülberg, der flüchtige Arbeiter Gahn, gefaßt werden. Ungefaßt blieben bis jetzt die Thaten, begangen an der Posthofsweibersstraße Wende, die im Thiergarten umgebracht wurde, ferner an der Restaurateurs-Wittwe Niesel, die durch Beilohbe in ihrem Etablissement gemordet wurde. In der Erinnerung aller ist der räthselhafte Mordmord in der Kaiser Wilhelmstraße im Hause der Polizeiwache und der Krankenpflegerin Schweichel in Wilmersdorf. In diesem Jahre sind es die bis jetzt unentdeckt gebliebenen Morde, begangen an dem Knaben Burr und an der Klara Gasse, die noch der Sühne harren. Zu den zur Kenntniß der Polizei gelangten detartigen Verbrechen gehört auch dasjenige, welches ohne Wissen der Kriminalpolizei durch einen Untersuchungsrichter in Moabit entdeckt wurde — es war dies der Mord, begangen an der Posthofsweibersstraße Wenzel in der Gartenstraße. Auch den Urheber des angeblichen Attentatsversuchs an dem Polizeiobersten Krause konnte die Polizei, was nebenher erwähnt sei, nicht entdecken. Summa Summarum in acht Jahren 14 ungesühnte Kapitalverbrechen.

Zur richterlichen Sühne brachte die Polizei aber mit theilweise unglücklicher Findigkeit alle Beleidigungen, mit welchen die unabhängige Presse gelegentlich der ruhmvollen Gummischlauchthaten am Friedrichshain und ähnlicher Vorfälle, die Schutzmannschaft und deren Vorgesetzte getränkt hatte.

Die außerordentliche Sitzung des Berliner Anwaltsvereins aus Anlaß des Konflikts zwischen dem Rechtsanwalt Klibanaki und dem Amtsgericht-Rath Niemir. Rixdorf tagte gestern unter dem Vorsitz des Justizraths Lerz und war von mehr als 300 Mitgliedern des Vereins besucht. Rechtsanwalt Breschner gab als Referent eine altentworfene Darstellung des Falles. Erwähnt sei, daß der Konflikt veranlaßt wurde durch eine Sitzung des Schöffengerichts zu Rixdorf, welche im Oktober 1894 stattfand, und in der es sich um eine Anklage wegen Verbreitung und Verkauf unächtiger Darstellungen handelte. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrath Niemir, hatte in dem Urtheile einen von dem Vertheidiger Rechtsanwalt Klibanaki gestellten Antrag als nahezu frivol bezeichnet. Neu an den Ausführungen des Rechtsanwalts Breschner war, daß Amtsgerichtsrath Niemir, nachdem Rechtsanwalt Klibanaki den Beschwerdeweg beschritten hatte, diesen wegen seines Verhaltens um Entschädigung bat bitten lassen. Rechtsanwalt Klibanaki wollte jedoch diese Entschädigung nur dann acceptiren, wenn ein entsprechender Vermerk den Beschwerdeweg beigefügt würde. Hierauf ging Amtsgerichtsrath Niemir jedoch nicht ein. Die Rechtsanwalts-Breschner weiterhin privatim erfahren hat, ist Amtsgerichtsrath Niemir wegen seines Verhaltens eine Klage ertheilt worden, von dieser Klage hat jedoch Rechtsanwalt Klibanaki keine Mittheilung erhalten. — In der Debatte, welche sich an die Ausführungen des Rechts-

anwalts-Breschner Knipfle, wurde, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, besonders betont, daß man streng zwischen der an dem Auftreten des Rechtsanwalts Ribanski geübten Kritik und den Beleidigungen, die gegen den gesamten Anwaltsstand gefaßt seien, scheiden müsse. Besonders bedauert wurde das Verhalten des Justizministers, der eine gegen den Präsidenten und Oberstaatsanwalt am Kammergericht gerichtete Beschwerde diesen selbst zur Beantwortung übergab. Darüber, ob das Verhalten des Rechtsanwalts Ribanski geeignet sei, als Anlaß einer umfangreichen Aktion zu gunsten der Anwaltschaft zu dienen, waren die Ansichten getheilt. Bedauert wurde ferner die Reserve des Vorstandes der Anwaltskammer, der nicht bloß Disziplinarbefugnisse habe, sondern auch im geeigneten Falle für die Anwaltschaft eintreten müsse. Zur Annahme gelangte schließlich folgende Resolution: „Der Anwaltsverein ersucht den Vorstand der Anwaltskammer wegen folgender in der amtlichen Erklärung des Amtsgerichtsraths Niemir zu Rixdorf auf die Beschwerde des Rechtsanwalts Ribanski zu Berlin enthaltenen Äußerungen: 1. Das Auftreten des Rechtsanwalts Ribanski in der Verhandlung war ein so frivoles, wie es selbst bei den jungen Berliner Rechtsanwältinnen selten vorkommt. 2. Sein ganzes Verhalten war dasjenige der sogenannten Revolververteidiger und hat in hohem Grade Anstoß erregt, welche geeignet sind, das Ansehen des gesammten Berliner Anwaltsstandes auf das schwerste zu schädigen, die erforderlichen Schritte zur Wahrung der Würde des Anwaltsstandes zu thun und über den Erfolg derselben dem Vorstand des Anwaltsvereins Mitteilung zu machen.“

Die Große Berliner Omnibus-Gesellschaft will ihre Wagen elektrisch beleuchten lassen.

Die durch den Tod des Polizeiraths v. Manderode zur Erledigung gelangte Stelle des Vorstehers der Exekutive der politischen Polizei soll nunmehr in diesen Tagen zur Wiederbesetzung gelangen. Für diese Stelle ist, wie die „Post“ hört, der Kriminalkommissar Graf v. Stillfried-Rattonitz in Aussicht genommen. Eine schöne Poststelle wird dies für andere Beamte, die auf diese Stelle rechnen mochten, nicht gewesen sein.

In dem antisemitischen Nabaublat, der „Staatsbürger-Zeitung“, erhebt sich jezt unausgesetzt ein Jammer über den Rückgang der „Bewegung“. Jezt soll ein Verzweiflungsversuch geplant werden, um noch einmal Leben in die ausgestorbene Sube und zahlende Leser in die Zeitung zu bringen. Die um ihren Abonnentenstand mit recht äußerst besorgten Herausgeber des Blattes wollen es mit „Protestversammlungen“ riskieren; als Angriffsobjekt hat man sich die Vorstellung des Magistrats gegen die von der Regierung beliebte Zurücksetzung der jüdischen Lehrkräfte auserkoren. Der Abwardimonteur schreibt in seiner Heftensangst: „Schon neulich haben wir darauf hingewiesen, daß die antisemitische Bewegung hier in Berlin einzuschultern scheint. Unbegreiflich muß es erscheinen, daß diese „Vorstellung“ des Magistrats noch keinen Anlaß zur Veranstaltung von Protestversammlungen der christlich-deutschen Bürgerschaft gegeben hat.“ Das ist hübsch gesagt, aber zum Glück ist Berlin in der Kultur denn doch so weit fortgeschritten, daß in seiner Millionenbevölkerung von einer „Christlich-deutschen Bürgerschaft“ in einem zu Protestversammlungen geeigneten Umfang doch nicht mehr ernsthaft die Rede sein kann. Das Glas würde zu groß sein, und man sollte sich daher mit der einem Christenmenschen zukommenden Ergebenheit in das Unvermeidliche fügen.

Widerlich ist die Nektare, welche gegenwärtig der artistische Direktor des Leipziger Kristallpalastes, Herr Siegmund Nohn für die in diesem Lokal als Chantuse aufzutretende Frau des Rechtsanwalts Dr. Friedmann macht. In einem Rundschreiben des Direktors heißt es: „Ew. Hochwohlgeborenen gestattet sich die ganz ergebenst unterzeichnete Direktion darauf aufmerksam zu machen, daß von Sonntag, 8. März ab, an acht Abenden eine Dame im Kristall-Palast auftritt, der das Leben allerdings keinen Platz auf der Spezialitätenbühne zugebacht hatte, die vielmehr durch fürchtbare Schicksalsschläge und infolge davon durch einen heroischen Entschluß, bewogen durch die edelste aller Tugenden, die Mutterliebe, den Schritt aus einem hochgeachteten bürgerlichen Stande zum Varietés-Theater gethan hat. Doch wozu entschließt sich nicht eine unglückliche, von ihrem Manne verrathene und verlassen Frau, wenn ihre, von dem Vater der Noth und dem Glend preisgegebenen Kinder über Hunger klagen. Sie überwindet jeden Skrupel, jezt alle Nüchternheit auf Rang und Stand hintan, wenn ihr Gelegenheit geboten ist, durch ehrliche Arbeit den Lebensunterhalt für ihre Kleinen zu gewinnen! In diesem Falle ist die eheliche Mutter keine andere als die Frau des früheren Rechtsanwalts Dr. Friz Friedmann aus Berlin. Sie wird, wie gesagt, an acht Abenden dieses Monats im Kristall-Palast hier selbst auftreten. Sie wird um so schneller wieder von der Bühne in das Familienleben zurückkehren können, je größere Sympathien der hartgeprüften Frau und Mutter auf ihrer Tournee entgegengebracht werden. Die Vorstellungen, in denen Frau Dr. Friz Friedmann auftreten wird, dem Besuche Ew. Hochwohlgeborenen empfehlend, zeichnet hochachtungsvoll die Direktion des Leipziger Kristall-Palastes.“

Lebensliche Veschalle in Charlottenburg. Wir erhalten folgende Zuschrift: „In Charlottenburg hat sich ein Komitee gebildet, um nach dem Vorbilde der seit einem Jahre in Berlin bestehenden sehr stark besuchten öffentlichen Veschalle ein gleiches Institut ins Leben zu rufen. Das Komitee, dem namhafte Persönlichkeiten aus allen Gesellschafts-, Berufs- und Parteitreiben angehören, die durch die Gesamtheit ihrer Unterschriften für die völlige Parteilosigkeit des Unternehmens Gewähr geben, beabsichtigt noch einen Schritt weiterzugehen und mit der Veschalle, zunächst in bescheidenen Grenzen, ein Volksheim zu verbinden, wie es u. a. in Dresden seit Jahren unter der Leitung des Geh. Regierungsraths Prof. Dr. Wagnert besteht. Zur Annahme von Beiträgen hat sich außer den Komiteemitgliedern die Deutsche Bank in ihren sämtlichen Berliner und Charlottenburger Depostitenklassen bereit erklärt. Das Unternehmen wird zweifellos auch einer großen Zahl tagsüber in Berlin thätigen Personen nutzbar werden.“

Direktor Adolph Ernst, den bereits der Herzog von Koburg-Gotha von wegen „Charley's Lante“ mit der Medaille für Kunst und Wissenschaft beglückt hat, ist dieser Tage mit einem neuen Pispak beehrt worden. Der Sultan hat dem Direktor eine Verdienstmedaille verliehen, die am Bande (doch nicht an einer selbstnen Schnur?) zu tragen ist. Jezt ist die Bestien, daß der berühmte Theaterdirektor die Dekoration wegen etwaiger Verdienste um den Harem des Sultans erhalten habe; die Medaille ist ihm vielmehr überreicht worden für eine Wohlthätigkeitsvorstellung, die er zum besten der in Konstantinopel vom Erdbeben Heimgesuchten veranstaltet hat.

Auf die von Aerzten in Berlin Süd-Ost gebrachten Mittheilungen resp. Warnungen, betreffend den „Sanitären Verein“ geht uns folgende Erklärung zu: „Es ist unrichtig, daß der Verein größtentheils aus gutwilligen Leuten besteht, das Gegenteil ist der Fall. Es ist ferner unrichtig, daß das Honorar 60 Pf. per Monat ein unwürdiges ist, denn der seit Bestehen des Vereins amtierende Arzt Dr. Thorswirth, auf dessen Wunsch Anfang 1891 der Verein gegründet wurde, hat im Jahre 1895 1088,60 M. Honorar erhalten, also nahezu das Honorar 1200 M. eines Bezirks-Armenarztes. Die Warnung der Aerzte, das Amt bei uns anzunehmen, kann nur der Furcht vor einer neuen Konkurrenz entsprossen sein.“ R. Weiter, Vorsitzender, Sorauerstraße 4.

Ueber die Konfiskation des „Sozialist“, die am Freitag erfolgte, wird uns geschrieben: Die letzte Nummer des „Sozialist“

eine Märzjubiläum-Nummer zur Feier der Pariser Kommune, versiel eine Stunde, nachdem sie ausgegeben war, der Konfiskation. Aus dem Postamt 84 wurden alle ausgegebenen Pakete und Kreuzbänder beschlagnahmt. In der Expedition des „Sozialist“ waren noch 20 Nummern vorräthig. Auf einer Expedition Berliner Zeitungspediteure wurden 900 Exemplare konfiskirt. Der Expedient des „Sozialist“, Wilhelm Spohr, wurde in der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag bis Freitag Nachmittag 8 1/2 Uhr auf dem Polizeipräsidium festgehalten. — Gehausucht wurde am Freitag früh in Spohr's Wohnung in Friedrichshagen, bei dem Schriftsteller Landauer in Pankow, bei dem Tischler Richard Weiß in Berlin und voraussichtlich auch noch bei anderen Berliner Anarchisten. Bei den Genannten ist nichts die Nummer betreffenden gefunden worden.

Der heftige Sturm, der seit einigen Tagen wüthet, hat am Donnerstag von einem an der Front des Central-Hotels in der Friedrichstraße angebrachten Leitergerüst zwei Bretter herabgeschleudert, welche die vorübergehende unvorbereitete Marie K. trafen und am Fuße erheblich verletzten. Ferner wurde durch den Sturm der Jaun eines dem Gärtner S. gehörigen Grundstücks in der Schleiermaderstraße in einer Länge von acht Metern umgeworfen. Hierbei wurde der Vergolder Ludwig S. so schwer getroffen, daß er benennungslos zu Boden stürzte.

Ein Fernsprecher ist mit Darnstadt, sowie mit Delitzsch und Culenburg eröffnet worden.

Eiferjucht hat am Freitag Vormittag die 34jährige Arbeiterfrau Julie Willenroth aus der Birkenstraße 66 in den Tod getrieben. Die Frau war erst seit elf Monaten mit dem Arbeiter Willenroth, der aus erster Ehe ein vierjähriges Töchterchen besitzt, verheiratet. Der 42jährige Mann gab seiner Frau dadurch Grund zur Eiferjucht, daß er mit einer in demselben Hause wohnenden 61 Jahre alten Wittwe verkehrte und vor vier Wochen sogar ganz zu dieser hinzog. Wiederholt bat Frau Willenroth ihren Mann brieflich, zu ihr zurückzukehren. Als ihre Bitten keinen Erfolg hatten, beschloß sie, sich das Leben zu nehmen. Gestern Vormittag um 9 Uhr gab sie ihrem Stieftöchterchen den Stubenschlüssel und einen Zettel mit dem Auftrage, beides der eine Treppe höher wohnenden Klempnerfrau Behte zu überbringen. In dem Zettel theilte sie Frau Behte ihren Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, mit, und bat, sich ihres Hundes anzunehmen. Frau Behte theilte die Angelegenheit dem Hauswirth mit und dieser berichtete weiter an die Polizei, die sofort Beamte in die Wohnung schickte. Immerhin war aber inzwischen eine halbe Stunde vergangen, und als man nun das Zimmer betrat, war Frau Willenroth bereits eine Leiche. Sie hatte sich an einem Spiegelhaken erhängt. Um 1 Uhr Nachmittags kam ein Polizeiwagen, um die Leiche abzuholen.

Der Vorstand des Medizinal-Vereins (früheren Sanitäts-Vereins) ersucht uns mitzutheilen, daß er seinen Kerzen pro Kopf und Jahr 3 M. Honorar gewährt und daß er mit dem Sanitätsverein des Sächsischen, welcher den Kerzen im Köpenicker Viertel 60 Pf. Honorar bot, nicht identisch sei.

Der flüchtig gewordene Schwammhändler Kantorowitsch hat durch seine Betrügereien mehrere angesehenen Geschäftsleute total ruiniert. In Geldangelegenheiten selbst gefällig, fand er, als er in Verlegenheit gerieth, bei vielen Droguenhändlern, mit denen er in Geschäftsverbindung stand, unbeschränkten Kredit. Da man R. für sehr reich hielt, streckten ihm Geschäftsfreunde große Summen vor, und bei einigen gelang es ihm sogar, Blanko-Akzente zu erzwindeln, welche R. mit hohen Summen ankäufte und weiter gab. Nach dem Verschwinden des R. gelangten derartige Wechsel in Höhe von 20, 30, ja 50 000 M. zur Präsentation; einige der Wechsel lief eine hiesige Bank protestiren, und die vertrauensseligen Aussteller derselben wurden verurtheilt. So erging es sechs angesehenen Geschäftsinhabern, darunter zwei altrenommirten Kaufleuten R. und B., welche durch R. vollständig ruiniert sind. Ein dem R. präsentirter Wechsel lautet auf 50 000 M.!

Ein 83 jähriger Greis, der Tischler Adolf Hone aus der Eichendorfsstraße Nr. 16, ist am Donnerstag Abend durch den Pferdebahnbetrieb schwer zu Schaden gekommen. Er glitt gegen 8 Uhr an der Ecke der Eisaffner- und der Borghstraße aus und wurde von einem Pferdebahnwagen überfahren. Eine schwere Armverletzung nöthigte ihn, sich von einem Schuttmann des 7. Regiments in ein Krankenhaus bringen zu lassen.

Die eigenliche Todesursache ist bezüglich der im Krankenhaus Bethanien ermordeten Diakonissin Christine Dettling bei der Leichenschau, die am Mittwoch in Verbindung mit der richterlichen Inaugensichtnahme stattfand, noch nicht — wenigstens vom Standpunkte der forensischen Medizin aus betrachtet — genau festgestellt. Der Gerichtsarzt Medizinalrath Dr. Long erklärte, daß sich ohne Obduktion nicht genau feststellen lasse, ob die an der Leiche vorhandenen Verletzungen vor oder nach dem Tode entstanden sind. Es sind bei der Leichenschau auch Anzeichen gefunden worden, welche den Schluß zulassen, daß Revolverschüsse auf die Ermordete abgegeben worden sind und die Kugeln in dem Körper stecken. Sicher erscheint nur, daß ein Stillschleichenverbrechen nicht verübt worden ist. Eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft, ob eine Obduktion stattfinden soll oder nicht, steht momentan noch aus, eine solche dürfte auch keinen sonderlichen Zweck haben, da der Mörder nicht mehr am Leben ist.

Ein Einsiedler. In Spandau ist in der vergangenen Woche ein Original, der 78 Jahre alte Gerichtsassen-Mendant A. D. Simon Volke gestorben. Er lebte seit vielen Jahren völlig zurückgezogen für sich allein; seine Hauptnahrung bestand in Kerpeln. Er ging, da er menschenscheu war, nur abends aus; seit dreißig Jahren sah man ihn in ein und derselben Kleidung. Am bekanntesten war sein Hut, der eine selbstsams Form hatte und vielleicht fünfzig Jahre alt war. Absonderliche Gewohnheiten trug Volke schon in früheren Jahren zur Schau; in seinem Stammlokal, das er früher noch besuchte, spülte er sein Bierglas stets selber aus, und schänkte sich das Bier auch selbst ein. Bei seiner kaum glaublichen Bedürfnislosigkeit hat er ein beträchtliches Vermögen — man schätzt es auf 150 000 M. — hinterlassen; dasselbe fällt entfernten Verwandten zu.

Gegen einen hiesigen Kassenarzt ist, wie uns mitgetheilt wird, eine Untersuchung wegen Fahrlässigkeit eingeleitet worden. Ein Arbeiter war vor Wochenfrist erkrankt und nahm zur Hebung seines Leidens den betreffenden Arzt in Anspruch, welcher dem Patienten ein Medikament verschrieb, das in Zwischenzeiten von demselben tropfenweise eingenommen werden sollte. Der Kranke jedoch trank zur Stillung seiner Schmerzen vor einigen Tagen den gesammten Inhalt der Flasche, über 100 Gramm, und ließ sich dann das Medikament erneuern, nachdem der betr. Arzt hierzu durch Unterschrift des Rezeptes die Erlaubniß dazu gegeben. Am selben Tage aber verschlimmerte sich das Leiden des Patienten so, daß ein zweiter Arzt — der Kassenarzt folgte einer Aufforderung, am Krankenbett zu erscheinen, nicht sofort — zu Hilfe gerufen wurde. Der zweite Arzt konstatierte Vergiftung durch übermäßigen Genuß der Medizin, vermochte jedoch den Kranken nicht mehr zu retten, der alsbald verstarb. Die Fahrlässigkeit des Kassenarztes wird nun darin gefunden, daß er das Medikament zum zweiten Mal verschrieb, obwohl er wissen mußte, daß die erste Flasche Medizin, falls diese nach Vorschrift eingenommen, unmöglich in der kurzen Zeit verbraucht sein konnte. Ferner wird ein weiteres Moment der Fahrlässigkeit darin gefunden, daß der Kassenarzt erst nach zweimaliger Aufforderung am Bett des schwer erkrankten Patienten erschien.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 14. März 1896. Hieltlich heiterer Wetter mit mäßigen nordöstlichen Winden, Nachtfrost und etwas höherer Tagestemperatur; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Neue Herausgabe der Werke Kant's. Die Kommission der kgl. preussischen Akademie der Wissenschaften für die Veröffentlichung der Werke Kant's, unterzeichnet Dilthey, Diels, Stump, Bahlen, Weinhold, erläßt folgenden Aufruf: „Die kgl. preussische Akademie der Wissenschaften hat beschlossen, eine vollständige, kritische Ausgabe der Werke Kant's zu veranstalten. Sie möchte hierdurch eine Ehrenschuld der Nation gegenüber ihrem großen Philosophen abtragen. Daher glaubt sie für die Herstellung der Vollständigkeit dieser Ausgabe auf die Unterstützung aller rechnen zu dürfen, welche irgend eine Kenntniß über bisher nicht veröffentlichte Handschriften Kant's besitzen. Außer zusammenhängenden Manuskripten oder einzelnen Zetteln, die sehr zerstreut worden sind, gehören zu diesen Handschriften Briefe von ihm und an ihn, die einzeln oder in Sammlungen sich finden können, ferner Kompendien, Handexemplare oder andere einst seiner Bibliothek angehörige Bücher, soweit er in diese nach seiner Gewohnheit Eintragungen gemacht hat, Nachschriften seiner Vorlesungen, deren viele zerstückelt haben und die nicht immer durch seinen Namen bezeichnet sind, endlich bibliographische Nachrichten über ihn. Jede öffentliche Anstalt und jeder Privatmann, der dergleichen besitzt, wird gebeten, dem nationalen Unternehmen durch Mittheilungen der bezeichneten Art hilfreich zu sein. Auch bloße Nachweisungen, wo etwa solche Hilfsmittel für die Ausgabe zu finden seien, werden sehr erwünscht sein. Die Akademie hat eine Kommission zur Leitung des Unternehmens eingesezt; diese ersucht, die gewünschten Mittheilungen an das Sekretariat der kgl. Akademie der Wissenschaften Berlin NW., Universitätsstraße 8, gelangen zu lassen. Berlin, im Februar 1896.“

Gerichts-Zeitung.

Die Angelegenheit des Freiherrn von Hammerstein ist nunmehr so weit gediehen, daß die Ansetzung des Termins zur Hauptverhandlung unmittelbar bevorsteht. Dem Vernehmen nach lautet die Anklage auf Unterschlagung, Betrug und einfache Urkundenfälschung. Da das Moment der schweren Urkundenfälschung hiernach weggelassen ist, so ist die Strafsache auch der Zuständigkeit des Schwurgerichts entzogen und wird vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung kommen. Der Termin zur Hauptverhandlung wird voraussichtlich im ersten Drittel des Monats April, wahrscheinlich am 8. April, anberaumt werden. Den Vorsitz in der Strafkammer wird Landgerichtsdirektor Rieck führen, die Anklage durch Oberstaatsanwalt Drescher vertreten sein. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Rähel L.

Gegen die Aufschuldigung, die Polizeistunde übertreten zu haben, war von dem Gastwirth Kühn geltend gemacht worden, daß er am betreffenden Abend im Kreise der Stammgäste seinen Geburtstag gefeiert habe und daß nur Freibier getrunken worden sei. Von einer Ausübung des Schanbetriebtes könnte hier nicht geredet werden, weil er keine Aufschuldigung für die verkonsumirten Genußmittel erhielt. Schöffengericht und Landgericht verurtheilten aber Kühn dennoch, letzteres aus der Erwägung heraus, daß er auf seinen Fall ganz selbstlos gehandelt habe, als er die Stammgäste an seinem Geburtstage unentgeltlich traktierte. Er hätte dies offenbar in der Absicht gethan, die Gäste an sein Lokal zu fesseln. Dem Rechtsanwalt Leopold Meyer, welcher für Kühn beim Kammergericht Revision einlegte, gelang es nicht, eine dem Angeeschuldigten günstige Entscheidung durch seine Rechtsaufführungen zu erzielen. Der Strafsenat des Kammergerichts vermochte in der Vorentscheidung keinen Rechtsirrtum zu erblicken und ein Mangel des Verfahrens lag nicht vor.

Zu der Untersuchungssache gegen die des Gattenmordes beschuldigte Wittve Scheidner ist ergänzend nachzutragen, daß bereits jezt, obwohl das Gutachten des Gerichts-Schreibers noch aussteht, alle Anzeichen dafür sprechen, daß ein Giftmord vorliegt. Bei der Erhumirung der Leiche des Tischlermeisters Scheidner, des vor zwei Jahren plötzlich verstorbenen Gatten der Beschuldigten, wurde konstatiert, daß die Leiche, die neben seinem Grabe liegt, bereits vollständig in Bewegung übergegangen waren, dagegen die Leiche des Scheidner noch sehr wohl erhalten war. Diefelbe zeigte die pergamentartige Beschaffenheit, die stets bei Arsenitvergiftungen beobachtet wird. Es sind daher nicht allein die Eingeweide der Leiche an den Gerichtschemiker Dr. Wein zum Zweck der chemischen Analyse übergeben worden, sondern auch der Sargdeckel und Theile der umgebenden Erde. Da es aber auch arsenithaltige Erde giebt, die ihren giftigen Bestand an Leichen abgiebt, so sind auch weitere Erprobungen aus einer Entfernung von 10 Metern an den Chemiker gelangt, um festzustellen, ob der Erdboden des Kirchhofes im allgemeinen arsenithaltig ist, oder nur an der einen Grabstelle.

Verksammlungen.

Die selbständigen Bildhauermeister Verliud, etwa 50 an der Zahl, hielten am Donnerstag im Busträum des Noell'schen Lokals eine öffentliche Versammlung ab, um zu den Beschlüssen, welche von den Gehilfen in letzter Versammlung gefaßt wurden, Stellung zu nehmen.

Meister Franz bemerkte einleitend, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen lange nicht so traurige seien, als von diesen bei jeder Gelegenheit hervorgehoben werde, weiter sei die Behauptung, daß Bildhauergewerbe erstens sich momentan einer guten Konjunktur, nicht zutreffend; gebe doch selbst ein Theil der Gehilfen zu, daß, würden sie streiken, sie sofort durch andere, eventuell gar durch Kleinmeister ersetzt werden könnten. Auf den Beschluß der Gehilfen vom 10. D. M. eingehend, nach welchem in allen Bildhauerwerkstätten die Einführung der Lohnarbeit (Minimallohn 21 M.) bei einer Arbeitszeit von 51 Stunden pro Woche gefordert wird, erent, am Mittwoch sofort die Arbeit niederzulegen ist, bemerkt Redner, daß die Gehilfen hier mit zweierlei Maß gemessen haben, indem sie den Tischlermeistern, die Bildhauer beschäftigten, günstigere Konzeptionen machten. Es sei bei diesen von Einführung der Lohnarbeit Abstand genommen und nicht, wie für die Bildhauermeister beschlossen, schon am Mittwoch, sondern erst am Sonnabend die Arbeit niederzulegen, werde der projektuale Ausschlag auf Akkordarbeiten nicht bewilligt. Obwohl sich die Bildhauermeister für die Forderungen der Gehilfen ausgesprochen und dem Hinweis des einseitlichen Vorgehens in sämtlichen Werkstätten, könne er nicht umhin, nach dem Verhalten der Gehilfen den Anwesenden zu empfehlen, ihr gegebenes Wort zurückzuziehen, da die Gehilfen die ihnen dargebotene Hand nunmehr schüde zurückweisen. Donath rüth den Anwesenden, einen derartigen Schritt zu unterlassen, der Schaden der Meister liege klar auf der Hand, handeln sie nach dem Vorschlage des Meisters Franz. Meyer, Gehilfe, vertritt in längerer Ausführungen das Verhalten der Gehilfen, am Schlusse ebenfalls der Warnung Donath's zustimmend. Zu der weiteren Diskussion erklärten sich einige Redner mit den Ausführungen des Referenten im Einverständnis, da sie das Verhalten der Gehilfen nicht billigen können. Die Versammlung nimmt hierauf folgende Resolution an: Die Versammlung der Bildhauermeister hält sich an die am 2. März gefaßte Resolution nicht mehr für gebunden, da die am 10. März tagende Versammlung der Gehilfen die Resolution vollständig außer acht gelassen hat; es bleibt unter diesen Verhältnissen jedem Meister und Gehilfen überlassen, gegen Lohn- oder Akkordfab zu arbeiten resp. arbeiten zu lassen. Gegen die Resolution stimmten sechs anwesende Meister, ein weiterer Theil enthielt sich der Abstimmung.

Der allgemeine Verein der Töpfer hielt am 8. März eine Generalversammlung ab. Nach einem eingehenden Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit vollzog die Versammlung die Neuwahl des Vorstandes, die folgendes Resultat ergab: Ziele, erster Vorsitzender; Kahmann, Kassierer; Müller, Schriftführer. Bei Besprechung gewerkschaftlicher Angelegenheiten wurde von Kaulich und den nachfolgenden Rednern über die fortwährenden Lohnherabsetzungen Klage geführt und den Anwesenden empfohlen, recht rege für die Organisation zu wirken, damit diese Lohnrückgang und eine Reihe anderer Uebelstände im Beruf beseitigt werden können.

Zu unserem Bericht über die Versammlung der Tischlermeister in Nr. 160 des "Vorwärts" erhalten wir folgende Richtigstellung: Aus einem Bericht über die am Montag, den 9. März cr. im Saale des Böhmischen Brauhauses hier abgehaltene Versammlung von Tischlermeistern erhebe ich, daß der Tischler Lindemann von meiner Firma behauptet hat: „ich scheue mich nicht, in meiner gedruckten Melame anzuzeigen, daß ich trotz des Streikes in der Lage sei, Rußbaum-Kleider- spinden mit 45 M. zu veräußern.“ Demgegenüber erkläre ich: Diese Behauptung des p. Lindemann ist von Anfang bis Ende unwahr. Meine Firma hat noch niemals Rußbaum-Kleider- spinden zu 45 M. veräußert und gestatte ich jedermann, sich von der Wahrheit durch Einsichtnahme in meine Geschäftsbücher zu überzeugen. Am allerwenigsten habe ich nach dem Tischlerstreik eine derartige Melame gemacht. Gleichzeitig erkläre ich hier- durch, daß ich wohl der erste von den hiesigen Möbelfabrikanten war, welcher sofort am Morgen des Tages, an welchem der Streik proklamiert wurde, seinen Tischlern die geforderte Lohn- erhöhung bewilligt hat. E. Eberhardt.

Arbeiter-Bildungsschule. Unterricht am Sonnabend, Südost-Schule, Waldowstr. 14: Nationalökonomie. — Nordische, Wäckerstr. 179a: Vede- bildung. Beginn am 8. März, 8 Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Band der gefälligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Buchstaben, den Band der gefälligen Arbeitervereine betreffend sind zu richten an: P. Gent, Trebbenerstr. 107/108. Sonnabend: Bergnützlichkeitsverein "Helgoland", Berliner Weg 20 bei Rudolph (während des Winters alle 14 Tage Sonntags.)

Städtische Gesellschaft. Sonntag, den 16. März cr., abends 8 Uhr, bei Hofmann Alexanderstr. Nr. 27c. Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Paul Bernheim über "Stoffwechsel". Nachher: Gefälliges Besinnungs- und Tanz.

Freie Vereinigung der Kaufleute. Sonntag Vormittag 10 Uhr: Große öffentliche Versammlung der Adressenrevisor in den Andreas- Gasse (Kaufhäuser), Andreasstr. 21.

Vergnügungs-Verein "Luftige Seelen". Sonnabend, den 14. März, 9 Uhr: Sitzung mit Damen bei Graf, Weipertstr. 22.

Verband der Vorwachen und verwandter Arbeiter. Berlin II. Sonnabend, den 14. März, 8 1/2 Uhr, bei Hof, Adalbertstr. 21: Versamm- lung. Vortrag des Genossen Widarg; "Fortschritt und Armut".

Theater-Verein "Humor". Jeden Sonnabend 8 1/2 Uhr Schwedterstr. 17.

Vermischtes.

In Hamburg hat am Donnerstag die Beerdigung der neun Opfer des Baueinsturzes stattgefunden. Sie gestaltete sich zu einer imponierenden sozialdemokratischen Kund- gebung; trotz des heftigen Sturmes nahmen selbst nach Schätzung arbeitervindliche Blätter über 10 000 Personen an ihr teil. Man sah viele Kränze mit roten Schleifen und viele Abordnungen parteigenösslicher Organisationen im Leichenzug, der auf längere Zeit den Straßenverkehr gänzlich hemmte.

Vom Hochwasser liegen heute die folgenden telegraphischen Meldungen vor: Köln, 13. März. Amtlich wird bekannt gemacht: Der Trajekt-Betrieb zwischen Spyd und Welle, Strecke Cleve-Jevenar, ist wegen Hochwassers gesperrt. Der Wasserstand des Rheines ist 7,52 Meter. Das Wasser fällt langsam. — Radebeim, 12. März. Wegen Hochwassers des Rheines haben die Köln-Düsseldorfer und die Niederländische Dampfschiffahrts-Gesellschaften die Dampferfahrten eingestellt. — Mainz, 13. März. Der Wasserstand des Rheines beträgt 4,51 Meter. Bei Worms und Mannheim steigt das Wasser langsam. In Sodenheim fand heute früh 6 Uhr ein Dammbrech statt: die Felder stehen unter Wasser.

Aus Baku wird berichtet: Durch eine in den Petroleum- quellen des Besitzers Melikow entdeckte Feuersbrunst wurden am Donnerstag 8 Quellen- sowie 2 Fabrikanlagen zerstört. 2 Arbeiter sind verbrannt, 5 wurden schwer verletzt.

Schiffunglück im Marmarameere. Aus Konstan- tinopel meldet ein Telegramm vom Freitag: Das zweite englische Stationschiff "Dryad" ist heute Vormittag bei einem Auslaufmanöver nach dem Marmarameere von dem aus dem Bosporus kommenden Handelsschiff "Walter Raleigh", welches statt rechts nach links auswich, angekratzt worden, sodaß in den Kohlenraum der "Dryad" Wasser eindrang. Das Stations- schiff fuhr darauf gegen die Rüste, warf Anker, schloß die wasser- dichten Schotten und setzte Rettungsarbeiten. Das Schiff liegt gegen Nordost geneigt. Eine durch Taucher vorgenommene Untersuchung des Deckes läßt die Gefahr des Sinkens aus- geschlossen erscheinen. Ueber Wasser hat das Schiff nur kleine Havarien erlitten.

Für den Inhalt der Inserate über- nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 14. März. Opernhaus. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Schauspielhaus. Die trankte Zeit. Deutsches Theater. Liebeslei. Vor- her: Der zerbrochene Krug. Lessing-Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld. Berliner Theater. König Heinrich. Neues Theater. Winterschlaf. Vor- her: Ihre erste Liebe. Residenz-Theater. Hotel zum Frei- hofen. Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater. Der Hungerleider. Schiller-Theater. Der Graf von Hammerstein. Theater Unter den Linden. Der Obersteiger. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Central-Theater. Eine tolle Nacht. Belle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Kämmer. Vorher: Pitts. National-Theater. Muttersegen oder: Die neue Fançon. American-Theater. Spezialitäten- Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten- Vor- stellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten- Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten- Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Graf von Hammerstein. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Romeo und Julia. Abends 8 Uhr: Der Haub der Sabinerinnen.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Direktion: Max Samst. Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Muttersegen oder: Die neue Fançon.

Die neue Fançon.

Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von B. Friedrich. Regie: Max Samst. Nachmittags 4 Uhr: Grosse Kinder- Vorstellung. Eneewitthen und die sieben Zwerge. Zaubermärchen in 8 Bildern von Georg Zimmermann. Regie: Max Samst. Morgen, nachm. 3 Uhr: Der Rattenjäger v. Hameln. Abends: Die Grille.

I. Rennen in Carlshorst

Jeden Abend das urkomische Purzelbaum-Zoddy-Rennen Kaufmann's Variété-Theater Königstraße, Colonnaden. Das neue Programm hat gelacht. Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen von Stephanio & Behrens. Hokus, Pokus von Joe Marro. Charley's Tante v. Max Menzel. Das Unikum Schindler. 1000 Köpfe hat Räuschie.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30. Donnerstag, den 12. März 1896: Emil Thomas als Gast. Zum 191. Male: Eine tolle Nacht. Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern, von Jul. Fround und Wilh. Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.

Letzte Woche. Zum 146. Male: Die kleinen Kämmer. Vaudeville in 2 Akten v. R. Varney. Vorher: Pitts. Operette von Hans Löwenfeld. Dienstag, 17. März: Benefiz für Frau Ilka Paulot.



Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Rühl und Sohrader) Neu! Neu! Cavalleria schufficana. (Die Ehre des Schubbejacks.) Romantisch diabolisch infernalische Oper von Ferd. Meysellino. Sonntag: Sanssouci. Montag: Victoria-Brauerei. Dienstag: Böhmisches Brau- haus. Mittwoch: Moabiter Stadt- Theater. Donnerstag: Sanssouci. Grosses Doppel-Konzert.

Circus Renz

Karlstrasse. Sonnabend, den 14. März 1896, Anfang präzis abends 7 1/2 Uhr: Novität! Novität! Kolossaler Erfolg! Lustige Blätter!

Eigend vom Direktor Franz Renz und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballmeister August Siems für Berlin komponiert, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Bes- leuchtungs-Einrichtung, inszenierte Original-Vorstellung in 2 Ab- theilungen mit den Ausstattungs- Divertissements

Weltstadtbilder!

Aus dem equestrischen Theil des Programms sind hervorzuheben: Prinz Carneval und sein Gefolge, komisch equestrisches Arrangement vom Direktor Fr. Renz. Der aner- kannt beste Schutzeiter der Welt Mr. James Phillis mit seinem Voll- blutpferde Povero. Auftreten der Amerikanerin Miss Ella del Erido mit ihrem Schulpferde Agir. Sonntag, den 15. März: 2 Vor- stellungen. Nachmittags 4 Uhr (ermäßigte Preise) und 1 Kind unter 10 Jahren frei: 1870-71. Abends 7 1/2 Uhr: Novität! Lustige Blätter. Fr. Renz, Direktor, Königl. Kommissionsrath.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante. Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe- Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Vorher: Die Bajazzi. Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Eden-Theater.

Welt-Restaurant 97. Dresdenerstr. 97. Im vorderen Saal täglich: Welterbühnte Tyroler-Sänger-Gesellschaft Almenrausch u. Edelweiss. Direktion: Alois Ebner. Entree vollständig frei! Im Theater-Saal: Sensationelles März-Programm! Bestes Ensemble Berlins! Auftreten Gänzlichlicher neu engagierter Spezialitäten. Nur hochkomische Nummern! Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

Feen-Palast

Direktion: Winkler & Fröbel. Sonnabend, den 14. März cr.: Wegen Privat-Festlichkeit geschlossen. Sonntag, den 15. März: Große Extra-Vorstellung mit neuem Programm. Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage). Neu! Neu! Familie Schenk — (5 Personen). Trappe Marvelli — (6 Personen), darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt — Alexis — Geschw. Stazky — sächs. Orig.-Jug-Duett. Neu! Neu! Schnapphahn, Fink u. Schraube! Posse in 1 Akt v. H. Anno. Wochent. 10 Pf., Anf. 8 u. 6 1/2. Entree: Sonntag 80 Pf., 6 1/2.

Neuer Circus.

Circus Busch (Bahnhof Börse). Sonnabend, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr: Grosse Gala-Vorstellung. Sensationeller Erfolg. Die Jagd nach d. Glück. 3. Schluß: Ein wirklicher Schiffs- Untergang in 20 Fuß Wasser. Außerdem: Equestr. Arrangement v. 100 Hengsten, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Konkurrenz der Spring- pferde La Folie u. Royalist (Reiter: Herren Dehlschlagel u. Möwes); zum Schluß: Der phänomenale Sprung über 3 große lebende Pferde. Bator, ung. Hengst, dress. u. ger. v. Herrn Footlit-Burgardt. The Rudolfs, die besten Heddturner d. Welt. Austr. der beliebtesten Clowns. Sonntag, nachm. 4 Uhr (Gewöhnliche Preise): Auf nummerierten Plätzen Kinder halbe Preise; auf unnummerierten ein Kind unter 10 Jahren frei: Zschoens, das Waldmädchen, Abends 7 1/2 Uhr: Die Jags nach dem Glück. Empfehle meinen Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, S. Liebchenfelz, Mariannostr. 48.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde. Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof). Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaft- lichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.

Letzte Woche! Affentheater und Circus. Ohne Extra-Entree. Soldaten und Kinder 25 Pf. Vorst. 5 1/2 und 8, Sonntags 4, 6, 8 Uhr

Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!! Neu!! Die 3 getigerten Grazien!! aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

Parodie-Theater.

Oranienstrasse No. 52 am Moritzplatz. Sonnabend, den 14. März: 1. König Heinrich. Bildromant. Schauspiel von Ernst v. Sanftenbruch. 2. Gräfin Ilse, Was wisse oder der Trompeter von Bilse. Nach Dr. Fritz Friedmann's Kriminal-Roman. 3. Zschoens, das Waldmädchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück. Neu! Sensationell! Neu! Servais Le Roy die räthselhafte Illusion. Eugenie Fougère die unerreichte franz. Excentrique. Fritz Ferry die pikante Wiener Soubrette. Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Th. Boltz' Festsäle,

S., Alte Jakob-Strasse 75. Amt I, 1082. 4501L* Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen. Kleiderjügend, Wäschejügend, Schlaf- tranten, Küchensachen sofort billig (399 Reichendergerstr. 160, v. I., Behring. Wo speisen Sie? Barrefstr. 1a, an der Linienstraße. Suppe, Gemüse, Braten 35 Pf.

Für Vogelzüchter!

Maigens-Bisquit, prima, ist zu haben bei Künzel, Wangelstr. 30, nahe Eisenbahnstraße. 1806

Todesanzeige.

Allen Parteigenossen hiermit die traurige Nachricht, daß unser lang- jähriger treuer Mitkämpfer, der Gärtler Max Herfort am 7. d. M. seinem Leben freiwillig ein Ende bereitet hat. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen alle Zeit braven Genossen. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirch- hofes in Britz aus statt, und ersucht um zahlreiche Beteiligung. Der sozialdemokratische Vertrauensmann des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Todesanzeige.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser thätiges Mitglied Max Herfort am 7. März 1896 freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Friedhofes aus statt. Der Vorstand des Les- und Diskussions-Clubs Friedrich Engels II.

Todesanzeige.

Allen Freunden zur Nachricht, daß der Schraubendreher Georg Pietak verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Krankenhaus Am Urban statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Rixdorf).

Todes-Anzeige. Am Donnerstag verstarb unser Kollege, der Schraubendreher 121/9 Joseph Pflaum, Bergstr. 18, in seinem 32. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr statt. Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Treff- punkt b. Schulze, Bergstr., vis-à-vis b. Rosenstr. Die Ortsverwaltung.

„Zum Bruder Heinrich“

14 Blumenstraße 14. Weiss-, Bairisch-, Kulmbacher Bier. Auswahl in kalten u. warmen Speisen. Sonntags: Humorist. Unterhaltung.

Restaurant zum Eichbusch

Neue Krag-Allee 4. Treptow Allee 4. 3 Minuten hinter dem Paradiesgarten. Großer Tanzsaal. Jeden Sonntag: Großer Ball. Zimmer für Vereine und Gesell- schaften unentgeltlich. 45709 Georg Schulmeister.

Paster's Festsäle

Neue Königstr. 7. Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. (4289L* Empfehle Freunden und Bekannten mein neu eröffnetes Bierhaus nebst geräumigem Vereinszimmer. * Dresdenerstr. 19 (a. Oranienplatz). Herm. Werner, früher Brunnenstr. 12.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 13. März, 11 Uhr.

Am Ministerische: Eisenbahnminister Thielen, Finanzminister Dr. Miquel und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung stehen die in zweiter Lesung noch unerledigten Reste des Etats.

Der an die Kommission zurückgewiesene Einnahmetitel des Bau-Etats: Baupolizei-Gebühren 800 000 M. wird von dieser zur Genehmigung empfohlen und zwar indem dabei die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Gebäuhrentarife dem Landtage vorgelegt und Bauprojekte für einfache ländliche Gebäude einer technischen Vorprüfung vor Ertheilung der Baugenehmigung nicht unterworfen werden.

Das Haus beschließt debattelos nach diesem Antrage.

Es folgt die zweite Lesung des Nachtrags-Etats (Eingehung einer pensionsfähigen Zulage von 4000 M. für einen zweiten Direktor der Staatsarchive). Die Budgetkommission beantragt Ablehnung des Nachtrags-Etats. Von den Abgg. Bodelberg u. Gen. (L.) liegt ein Antrag vor, wonach der zweite Direktor auf die Zahl der Geh. Staatsarchive eingerechnet, diese also von 7 auf 8 vermindert werden soll, wodurch sich eine über die im Nachtrags-Etats geforderte Summe um 400 M. hinausgehende Ausgabe ergibt.

Der Antrag v. Bodelberg wird angenommen.

Es folgt der der Budgetkommission überwiesene Antrag Richter (fr. Sp.) um statistische Angaben über Arbeitszeit und Wohlfahrts-Einrichtungen für Eisenbahn-Beamte, Diätarier und Arbeiter. Die Kommission beantragt: in Erwägung, daß die Regierung sich bereit erklärt hat, über Ruhetage, Löhne und tägliche Arbeitsdauer künftig Auskunft zu geben, ebenso über Wohlfahrts-Einrichtungen, und da die Mittheilungen über die Verhältnisse wegen der Schwierigkeit der Ermittlungen nicht erforderlich erscheinen, den Antrag Richter für erledigt zu erklären.

Das Haus beschließt debattelos nach diesem Antrage.

Der Antrag v. Strombeck (Z.) wegen Anrechnung der Dienstzeit an den Privatschulen bei der Dienstzeitberechnung der Volksschullehrer wird, dem Antrage der Budgetkommission gemäß, abgelehnt.

Das Etatsgesetz und die allgemeinen Bemerkungen werden debattelos bewilligt.

Damit ist die zweite Etatsberatung beendet.

Es folgt die Verlesung der Interpellation Ring (L.), welche unter Hinweis auf die Fleisch- und Vieh-Einfuhr aus Dänemark, Schweden und Rußland und nachdem sich herausgestellt hat, daß in den letzten Monaten durch diese Einfuhr fast sämtliche Quarantäne-Anstalten verfehlt sind und daß durch russische Schweine und Gänse neuerdings wiederholt Verseuchungen stattgefunden haben, die Anfrage an die Regierung richtet: welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen, um weitere Seucheneinführungen zu verhindern.

Die Frage des Präsidenten, ob und wann die Regierung diese Interpellation zu beantworten gedenkt, bleibt anfangs ohne Antwort vom Regierungstisch, da der Landwirtschaftsminister nicht anwesend ist.

Finanzminister Miquel erklärt, daß der Landwirtschaftsminister sich nach Verständigung mit dem Staatsministerium zur Beantwortung bereit erklärt hatte; er habe aber wohl die rasche Erledigung der Etatsreste nicht vorausgesehen.

Das Haus vertagt sich darauf bis um 1 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 1 Uhr erklärt sich der inzwischen erschienene Landwirtschaftsminister bereit, die Interpellation sofort zu beantworten und entschuldigt sein Fehlen damit, daß er einer Kommissions-Sitzung im Reichstage habe beiwohnen müssen.

Abg. Ring (L.) begründet seine Interpellation. Die Regierung scheint über den Umfang der Viehaufzucht, wie früher bereits mitgetheilte Ziffern ergeben, nicht genügend unterrichtet zu sein. Redner geht dann auf den Nothstand der Landwirtschaft ein; zahlreiche alte Bauernfamilien zehren von ihrem Kapital; unter diesen Umständen ist es nöthig, die letzte Einnahmequelle der Landwirtschaft, die Viehzucht zu sichern. Der Berliner Viehhof ist wieder gesperrt, in Folge davon nehmen die Händler im Lande das gelaufte Vieh nicht ab, den Schaden trägt der Landmann. Nach meiner Schätzung kostet uns die Seuche monatlich 5 Millionen; rechnet man dazu die Einfuhr vom Auslande, so kann man den Betrag von 317 Millionen jährlich nachrechnen, der der heimischen Landwirtschaft bei zweckmäßigen Sperreinrichtungen erhalten werden könnte. (Sehr richtig! Hört, hört.) Der Viehsmuggel an der russischen und österreichischen Grenze fördert im höchsten Maße die Seuchengefahr; die russische Gänse-Einfuhr verbreitet bei uns die Geflügelcholera. Die Quarantäne-Anstalten befinden sich vielfach in Händen von Gemeinden und Privaten, die nur ein Interesse an hartem Verkehr, aber nicht an der Gesunderhaltung unseres Viehbestandes haben; das sollte überhaupt nicht zugelassen werden. Zehntägige Quarantäne ist nicht genügend; es muß mindestens eine solche von vier Wochen gefordert werden. Unser Zolltarif, der auf die Einfuhr von Schlachtvieh zugeschnitten ist, schädigt uns ebenfalls, denn wir bekommen schlechtes Fleisch, Vieh, Bullen und Kühe hierher, weil sie als Quattiere billigeren Zoll haben. Gegen die Einfuhr tuberkulösen Viehes sollten ebenfalls Maßregeln getroffen werden, die im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege nöthig sind. In der Fleischfrage kann die Regierung sicher helfen, wenn sie will; wir werden unsere Klagen deshalb so lange vordringen, bis Abhilfe erfolgt. (Beifall rechts.)

Minister Frhr. v. Hammerstein verliest eine im Einverständnis mit dem Staatsministerium festgestellte längere Erklärung, in welcher zunächst die Dauer der Quarantäne (10 Tage gewöhnlich, 4 Wochen bei bestehendem Seuchverdacht) festgestellt ist; die See-Quarantäne-Stationen waren größtentheils unverfehlt, in einzelnen Fällen so in Rostock, war die Krankheit aus dem Inlande eingeschleppt. (Lachen rechts.) An der russischen Grenze sind Seucheneinführungen konstatirt, es sind dagegen strengste Maßregeln getroffen, der Schmuggel wird möglichst unterdrückt, auch die Fleischzufuhr ist verboten und die Einfuhr von Schlachtvieh nur insoweit zugelassen, als dies zur sofortigen Abschachtung in den Schlachthäusern an der Grenze bestimmt ist. Das ist für die Industriebezirke nicht zu umgehen; doch ist auch dort die Zahl der zu schlachtenden Stücke von 2500 auf 1000 herabgesetzt. Verbreitung der Geflügelcholera durch die Gänsetransporte ist nachgewiesen; es werden daher strenge Vorkehrungen getroffen; aber ganz verbieten lassen sie sich nicht; denn es werden jährlich 8 Millionen russische Gänse bei uns eingeführt, gemäht und verzehrt. Was die Tuberkulose des Rindviehes anbelangt, so wollen wir doch nicht Verschuldigungen gegen das Ausland erheben, bevor wir nicht wissen, wie diese Dinge bei uns stehen. Die Veterinär-Polizei ist kein Mittel, um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen; soweit ich hier mitwirken habe, wird die Veterinär-Polizei stets nur streng ihrer Bestimmung gemäß gehandhabt werden.

Auf Antrag des Abg. Graf Limburg (L.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Grothe (nall.): Eine Verschärfung der Quarantäne-Vorschriften ist nicht nöthig, wenigstens für die Seehäfen nicht. Schweine überleben keine längere als 10tägige Quarantäne.

Abg. Graf Doensbroech (Z.): Für die rheinische Viehzucht ist die Vieh- und Fleischzufuhr von größter Bedeutung. Dänemark entledigt sich seines tuberkulösen Viehes, indem es dasselbe als Schlachtvieh ins Ausland schickt. Gesundheitschädlich sind auch vielfach die Fleisch- und Schmalz-Importe aus Amerika und das gefrorene Fleisch aus Australien. Strenge Kontrollmaßregeln sind auch gegen die heimischen Viehhändler, die zu 90 pCt. Juden sind, erforderlich.

Reg.-Komm. Geh. Rath Meyer giebt eine Uebersicht über die Vertheilung der einzelnen Gegenden. In den Quarantäne-Anstalten ist die Verseuchungsgefahr nicht groß. Die Tuberkulin-Impfung hat sich als Mittel zur Feststellung der Tuberkulose durchaus beim Rindvieh bewährt und es ist möglich gewesen, auf größeren Gütern einen durchaus gesunden Viehbestand zu erlangen, indem die verdächtigen Stücke ausgefördert werden. Die Föhrung von Büchern könnte den Viehhändlern vielleicht an der Hand der Gewerbe-Ordnungs-Novelle, die jetzt dem Reichstage vorliegt, zur Pflicht gemacht werden. Die Schweine-Einfuhr ist von 800 000 im Jahre 1891 auf 245 000 im Jahre 1895 zurückgegangen.

Abg. Moor (nall.) hält eine Quarantäne-Verlängerung für entbehrlich.

Abg. Frhr. v. Loß (Z.) verlangt längere Quarantäne für dänisches Vieh; bei vierwöchiger Quarantäne würde man auch Tuberkulose erkennen. Man habe die Grenze gegen Westen gesperrt; warum nicht auch gegen Norden?

Abg. Daniels (L.) verlangt strengere Instruktionen für die Grenzaufsäher, um den Vieh-Schmuggel zu unterdrücken.

Regierungskommissar Geh. Rath Meyer: Gegen den Schmuggel sind bereits die nöthigen Maßnahmen getroffen. Hieran vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen (Sonnabend) 11 Uhr: Dritte Etatsberatung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Soziale Uebersicht.

Aufruf

an die Besitzer der deutschen Gewerbegerichte.

Um unseren unter der Gesinde-Ordnung stehenden Mitbrüdern und Schwestern eine gleiche Stellung mit den gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen schaffen zu helfen, ersuchen wir alle gleichgesinnten Gewerbegerichts-Besitzer Deutschlands, die Einberufung einer Gesamtsitzung ihres Gewerbegerichts zu beantragen, in welcher eine gleichlautende (und noch von uns vorzuschlagende) Resolution für Abschaffung der vorsintfluthlichen Gesinde-Ordnungen einzubringen ist, die dem Reichstage unterbreitet werden soll.

Außerdem bitten wir, nach dem Wunsch der organisirten Handlungsangestellten mit zu unterthun, indem man in diese Resolution einen Passus einfügt, der die Stellung der im Handelsgewerbe Angestellten unter die Gewerbe-Ordnung fordert. Die Handelsangestellten werden auf ihrem demnächst tagenden Kongress dieselbe Forderung betreiben.

Ein Uebelstand, der sich bei der bisherigen Praxis der Gewerbegerichte bemerkt gemacht hat, ist die Möglichkeit der Einlegung von Verurtheilungen gegen Urtheile, in denen das Objekt über 100 M. beträgt. Es ist im Interesse der Arbeiterschaft notwendig, das berufsungsfähige Streitobjekt auf 200 M. zu erhöhen, da bei Zusammenarbeiten mehrerer Arbeiter auf Rechnung eines der Beteiligten (oder dergl. Fällen) oft höhere Klageobjekte zu verzeichnen sind, gegen welche bisher die Einlegung von Verurtheilungen möglich war, wodurch die Arbeiter in mancher Hinsicht geschädigt werden.

Wir ersuchen die Kollegen, welche gesonnen sind, diese Forderungen mit zu vertreten, und ihre Meinung bis 10. April dieses Jahres schriftlich mitzutheilen, damit wir danach eine Resolution ausarbeiten können. Das Resultat der Eingänge sowie eine allgemeine Resolution werden wir den Beteiligten wieder zugänglich machen mit der Bitte, dann unverzüglich die in vorstehendem angeregte Gesamtsitzung ihres Gewerbegerichts zu beantragen.

Alle Zuschriften adressire man an die Genossenschafts-Buchdruckerei in Halle a. S.

Halle a. S., 12. März 1896.

Die Arbeiternehmer-Gewerbegerichtsbesitzer.

J. A.: Max Jähniq, Schmidt.

Alle arbeitersfreundlichen Mäcder werden um schleunigen Abdruck dieses Aufrufs höflich gebeten.

D. O.

Gewerkschaftliches.

Zur Buchdruckerbewegung. Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ veröffentlicht folgende

Beantwortung.

Werthe Kollegen! Gestern am Mittwoch dem 11. März von vormittags 10 bis abends 11 Uhr haben die Unterzeichneten als Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker mit dem Vorstand und Tarifausschuß des Deutschen Buchdrucker-Vereins die Anträge der Gehilfen auf Tarifrevision verhandelt. Aus diesen dreizehntägigen Unterhandlungen ging die untenstehende Resolution hervor, als das äußerste Zugeständnis der Prinzipalvertreter. Alle weiteren im Sinne der Gehilfenschaft gestellten und mit eiserner Zähigkeit verfolgten Anträge der Gehilfenvertreter, die darauf abzielen, jetzt schon bindende Zusicherungen zu erhalten, fanden keine Annahme.

Nachdem die Unterzeichneten bis zur letzten Minute ihre ganze Kraft aufgebotten hatten, um soviel als möglich durchzusetzen (die vorliegende Resolution ist das Produkt vieler von ihnen aus einer Vorlage geforderter Streichungen u. s. w.), erklärten sie am Ende der Auseinandersetzungen, daß sie von dem Ergebnisse nicht befriedigt seien und namentlich bedauerten, daß einem schnelleren Eintritt in die Tarifberatung nicht zugestimmt worden sei. Seitens der Prinzipalvertreter wurde hierauf erklärt, daß unbedingt, sofern ein dauernder, friedlicher Zustand im Gewerbe herbeigeführt werden sollte, die nöthige Zeit gewährt werden müsse, damit beide Theile ihre Anträge zu stellen in der Lage seien; sofort direkte Zusicherungen hinsichtlich der Bewilligung irgend welcher Forderungen zu machen, seien sie außer Stande, da ihnen jedes Mandat dazu fehle.

Zugestimmt wurde seitens der Prinzipalvertreter, in ihren Kreisen bereits jetzt für die Forderungen der Gehilfen wirken zu wollen, ebenso den zu vereinbarenden Tarif für den Deutschen Buchdrucker-Verein zur Obligatorisierung zu empfehlen. Hierdurch, wie durch beiderseitiges Zusammenwirken erwarte man eine allseitige Durchführung des Tarifs, wie auch eine Beseitigung des jetzigen, als abänderungsbedürftig anzuerkennenden Zustandes. Eine Ueberstärkung der Tarifberatung würde der beiderseitigen

Abicht, dauernden Frieden zu schaffen, hinderlich sein. — Das wiederum von den Prinzipalen mit Nachdruck erhobene Verlangen, den Tarif mit geforderten Vertretern von Verbands- und Nichtverbandsgehilfen zu vereinbaren, wurde fallen gelassen, jedoch sollen zwei Nichtverbandsmitglieder ohne Stimmrecht an den Beratungen teilnehmen.

Wir müssen es nunmehr den Kollegen anheimstellen, das Resultat der Verhandlungen der Tarifkommission abzuwarten.

Leipzig, den 12. März 1896.

E. Döblin, G. Giffler, R. Gajch, A. Raffini, O. Riedel.

Resolution.

Der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins erklärt sich bereit, dem Antrage der Gehilfenschaft auf Zusammentritt beiderseitiger Gehilfenvertreter zu entsprechen, und werden zu den vorzunehmenden Wahlen, Beratungen und Beschlüßfassungen mit den Gehilfenvertretern die folgenden Termine vereinbart:

1. die erforderlichen Gehilfenvertreter-Wahlen werden durch das Einigungsamt des Gewerbegerichts der Stadt Leipzig ausgeschrieben und sind durch Urwahlen bis zum 25. März zu erledigen;
2. Anträge für den Tarifausschuß sind bis zum 8. April bei dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Leipzig einzureichen und hat die Veröffentlichung in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ und im „Correspondent“ durch die in Leipzig ansässigen Prinzipale bzw. Gehilfenmitglieder des Tarifausschusses zu erfolgen;
3. am 15. April tritt der Tarifausschuß der Prinzipale mit den gewählten Tarifvertretern unter Zulassung von je 2 Vorstandsmitgliedern des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und 2 Nichtverbandsgehilfen, letztere sechs mit beratender Stimme, zu Verhandlungen in Leipzig zusammen;
4. der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins erklärt, den vereinbarten Tarif der Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins zur Annahme zu unterbreiten und soll der Tarif spätestens am 15. Mai d. J. in Kraft treten.

Die anwesenden Prinzipalvertreter erklären für sich persönlich, in ihren Kreisen für eine mäßige Verkürzung der Arbeitszeit und eine Aufbesserung der Grundpositionen des Tarifs wirken zu wollen. Auch erklären sie sich bereit, die Prinzipalität von diesen Beschlüssen sofort in Kenntniß zu setzen und an dieselbe eindringlich das Ersuchen zu richten, den gegenwärtigen Zustand bis zum Abschluß der Verhandlungen als Friedenszustand zu betrachten und keinerlei Maßregelungen an den Personalakten vorzunehmen. Andererseits erklären die Gehilfenvertreter, dafür sorgen zu wollen, daß bis zu dem oben erwähnten Schlusstermin Ausstände oder sonstige gewaltsame Auseinandersetzungen nicht stattfinden.

In Leipzig nahm am Donnerstag eine Buchdrucker-versammlung, die nach Angabe des Wolffschen Bureau von 2500 Personen besucht war, dieses Uebereinkommen an.

Zur gefälligen Kenntniß der Arbeiterschaft Berlins und Umgegend, daß Sammelstellen für die streikenden Textilarbeiter in Kottbus an folgenden Stellen zu haben sind: bei Karl Hübsch, Memelerstr. 40, Hof part.; Albert Kohl, Fruchtstr. 15, vorn part.; Gustav Lehmann, Koppenstr. 32, vorn 3 Tr.; Karl Vogt, Große Frankfurterstr. 124, 2. Hof 4 Tr.; Franz Kogke, Marienburgerstr. 24, vorn, Keller.

Das Agitationskomitee der Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Provinz Brandenburg.

J. A.: G. Lehmann, Koppenstr. 32.

Der Streik in den Treibriemen-Fabriken Berlins dauert fort. Beteiligt sind 77 Arbeiter. Die Situation des Streiks ist äußerst günstig. Eine Firma hat sich bereits zu Unterhandlungen mit der Lohnkommission bereit erklärt. Wir bitten die Kollegen der anderen Fabriken und Werkstätten, sich an den Sammlungen für die Streikenden regen zu beteiligen.

Das Streikbureau befindet sich im Restaurant Alte Jakobstraße 63 und ist geöffnet von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Die Lohn- und Agitationskommission.

J. A.: Bruno Börsch, Skalitzerstr. 141a IV.

An die Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands! Seit 9. März stehen unsere Kollegen in Berlin, Barmen und Elberfeld im Streik. Am 16. März werden auch die Kollegen in Dresden und Essen a. R. die Arbeit niederlegen. Ferner werden in kurzer Zeit die Städte Altenburg i. S., Bremen, Kottbus, Erfurt, Götting, Greiz, Hagen i. W., Halle a. S., Hof, Kiel, Leipzig, Meerane, Osnabrück, Peine, Plauen und Posen den Kampf aufnehmen müssen, da fast überall die Meister die Forderungen scharf abweisen. Um den Kampfsenden zum Siege zu verhelfen, ist es nöthig, daß wir sie genügend unterstützen, um so mehr, da es sich in allen Städten um Verkürzung der Arbeitszeit, nämlich um Einführung der 9- bis 10stündigen Arbeitszeit handelt. Deshalb appellieren wir an Euer Solidaritätsgefühl, — unterstützt die Kollegen moralisch und materiell, damit wir überall einen vollständigen Sieg erringen. Anfragen und Geldsendungen sind an Unterzeichneten zu richten.

In Hildesheim haben die Kollegen nach kurzem Kampf sämtliche Forderungen bereits bewilligt erhalten, nur neun Kollegen sind noch im Auslande.

Der Vorstand der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

H. Wentker, Berlin O., Memelerstr. 61.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Maler Berlins! Der von der Gehilfenschaft für das Malergewerbe in Berlin, Charlottenburg und sämtlichen Vororten für das Jahr 1896 angestellte Lohn- und Tarifvertrag ist durch die Einführung des 9- bis 10stündigen Arbeitstages, um dessen Durchführung es sich jetzt handelt, lautet in seinen einzelnen Bestimmungen:

1. Für jeden im Malergewerbe beschäftigten Arbeitnehmer beträgt der Minimallohn pro Stunde 50 Pf.
2. a) Bei eventueller Akkordarbeit ist unter allen Umständen der Minimallohn zu zahlen. b) Arbeiter, die mit Lebensgefahre verbunden, sind unter allen Umständen in Lohn auszuführen.
3. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, und zwar morgens von 7-8 1/2 Uhr, dann von 9-12 Uhr und nachmittags von 1-5 1/2 Uhr.
4. Jeden Sonnabend ist um 5 Uhr, an den Sonnabenden vor den hohen Festtagen um 4 Uhr Schluß der Arbeitszeit, ohne Lohnabzug.
5. Die Auszahlung des Lohnes hat auf der Arbeitsstätte zu geschehen und muß dieselbe spätestens eine halbe Stunde nach Schluß der Arbeitszeit beendet sein. Jede weitere Wartezeit wird als Ueberstunde berechnet.
6. a) Ueberstunden sind mit 25 pCt., Nacharbeit mit 50 pCt. Lohnzuschlag zu honoriren. Als Ueberstunde gilt die Zeit von abends 5 1/2-8 1/2 Uhr, Nacharbeit von abends 8 1/2 Uhr bis morgens 7 Uhr. — b) Sonntagsarbeit ist zu vermeiden; bei bringenden Fällen ist der doppelte Tageslohn zu zahlen. Die Arbeitszeit beginnt von morgens 7 1/2 Uhr und schließt nach-

Mittags 4 Uhr, inkl. einer 1/2 stündigen Frühstück- und einer einständigen Mittagspause. Bei noch längerer Arbeitsdauer tritt ein Lohnzuschlag von 50 pCt. in Kraft.

7. Arbeiten von Leitern oder Hängegeräten sind mit einem Lohnzuschlag von 10 Pfg. pro Stunde zu zahlen.

8. Für sämtliche Arbeiten außerhalb des Stadt- und Ringbahn-Bereichs ist das Fahrgehalt 3. Klasse zu zahlen.

9. a) auf Bauten ist vom 15. Oktober an nur bei verlassenen Fenstern zu arbeiten. — b) Den polizeilichen Bestimmungen gemäß ist das Arbeiten bei offenen Kesselfeuern unzulässig und haben die Arbeitgeber für eisernen Defen mit Abzugsrohren zu sorgen.

10. Die Arbeitgeber haben dafür zu sorgen, daß auf den Arbeitsstätten ein verschließbarer Raum zum Umkleiden vorhanden ist, welcher den gesundheitspolizeilichen Vorschriften genügt.

11. Bei Entnahme von Arbeitskräften ist der unentgeltliche Arbeitsnachweis der Gehilfenschaft zu benutzen.

Die Lohnkommission.

Achtung, Vergolter zc. Berlin! Wie uns mitgeteilt wird, steht in aller nächster Zeit in Altona-Ottensen ein Streik der Leistnarbeiter in Aussicht. Der Grund zu dem Vorgehen ist folgender: Die Fabrikanten versuchen bei einigen Sorten, vorzüglich Schlipfen, die Preise um ca. 25 pCt. zu reduzieren. Auch wollen sich die Kollegen die von der Brinnmann'schen Fabrik eingeführte und preisdrückende Hausindustrie nicht gefallen lassen. Der Bevollmächtigte.

An die Schuhmacher! Wegen Lohnunterschieden und um den Neunstundentag zu erkämpfen, haben sämtliche Arbeiter der Himelreich'schen Schuhfabrik in Berlin, Johannstraße 20, die Arbeit niedergelegt. Agitationskommission der Schuhmacher Berlin.

Der Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter Deutschlands hält vom 24. Mai ab seine ordentliche Generalversammlung im Restaurant zum Hirsch in Charlottenburg, Englische Straße 27, ab. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes; 2. Jahresabschluss und Bericht der Revisoren; 3. Besprechung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; 4. Stellung zu den Gewerkschaften Deutschlands; 5. Beratung der Anträge zum Verbandsstatut und zu den Reglements, sowie der besonderen Anträge; 6. Wahl des Vorstandes, des Hauptrevisors und Stellvertreter, der Obmänner des Schiedsgerichts und der Gewerkschafts-Abgeordneten.

Dem Verbands-Kongress der Handels-Hilfsarbeiter, der zu Pfingsten in Halberstadt abgehalten wird, unterbreiten die Handels-Hilfsarbeiter von Frankfurt a. M. folgende Forderungen und empfehlen dem Kongress, diese zu den seinigen zu machen: 1. Beschränkung der Arbeitszeit auf 10, der Lohndauerzeit auf 12 Stunden für sämtliche Werkzeuge. 2. Ausnahmen sollen für keinen Tag und keinen Geschäftszweig gestattet sein. 3. Sollten Ausnahmen gestattet werden, was eine schwere Schädigung der Arbeiter und eine Erschwerung der Kontrolle der Arbeitszeit bedeutet, so sind die auf ein gewisses Maß zu beschränken. 4. Neben dem Wochen- oder Monatslohn, besonders zu vergüten. 5. Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen Handels-Hilfsarbeiter auf 8 Stunden und obligatorischen Fortbildungsunterricht.

5. Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren. 6. Eine täglich zu gewährende zweistündige Mittagspause. 7. Vollständige Sonntagsruhe. 8. Einsetzung von Handelsinspektoren, die von der Gesamtheit der kaufmännischen Arbeiter zu wählen sind. 9. Aufhebung der Besondereordnungen und Stellung aller Handels-Hilfsarbeiter unter die Gewerbeordnung.

Die Bürstenmacher in Neu-Ruppin legen am Dienstag Morgen die Arbeit nieder, um ihre tieftraurige Lage durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Akkordlöhne einigermaßen aufzubessern.

Die Hirsch-Dunkerländer spekulieren auf die Grubenarbeiter in Anhalt und der Provinz Sachsen. In Eberburg bei Staßfurt soll zu diesem Zweck demnächst eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung abgehalten werden. Eine Versammlung von Gewerkschaften, die am 8. März in Gärten tagte, faßte einen dahingehenden Beschluß. Als wünschenswert wurde es bezeichnet, die Arbeitgeber, Werkführer und Werkmeister zc. über die Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften genau zu unterrichten, um den noch vielfach vertretenen Irrtum zu beseitigen, daß die Gewerkschaften eine sozialdemokratische Vereinigung seien.

Die deutschen Gewerkschaften des „freisinnigen“ Herrn Dr. Max Hirsch können ohne die Gunst der Arbeitgeber, Werkführer u. dgl. selbstverständlich nicht existieren; es begreift sich also, daß sie zur Erlangung dieser Gunst kein Mittel scheuen, und sei es selbst das, der Welt weizumachen, sie seien gegen sozialistische Ideen immun. Bekanntlich ist schon ein ganzer Hirsch-Dunker'scher Gewerkschaft, der der Porzellanarbeiter, von der Hirsch-Dunkererei abgefallen und zur Sozialdemokratie übergegangen.

Vom Schuhmachereinstreik in Elmshorn giebt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ folgenden Situationsbericht: Von den circa 150 Schuhmachergesellen, die in Elmshorn arbeiten, sind am Montag 88 infolge der Nichtbewilligung der geforderten Lohnsteigerung in den Streik getreten. Hier von sind 4 verheiratete und 16 ledige Arbeiter sofort abgereist. Es bleiben somit 82 Verheiratete mit zusammen 104 Kindern sowie 16 Ledige am Ort. Weiter arbeiten infolge Bewilligung des Lohnsatzes 26 Arbeiter. Die Zahl der nicht an der Lohnbewegung Teilnehmenden beträgt circa 25; es sind hierin sämtliche Wochenlöhner, Zuschneider zc. mit einbegriffen. An Unterstufen für Streikende, sowie für Jugerente, welche weiterbeschäftigt werden müssen zc., werden wöchentlich ca. 700 M. gebraucht. Die Aussicht der Arbeiter auf Erfolg ist gut. Trotzdem kann der Streik einige Wochen anhalten, da die Unternehmer sich bis jetzt nicht herbeilassen haben, mit ihren Arbeitern zu unterhandeln. Briefe sind an W. Sommer, Flammweg 39, Gelder an F. Piehner, Sandberg 21, zu senden.

Einige Harburger Steinseifeher haben den freistehenden Gehilfen das Angebot gemacht, für die Stunde 50 Pf. Lohn zu zahlen, die Gehilfen verlangen 55 Pf. Eine Einigung ist noch nicht erzielt.

Die Lohnverhältnisse der Schneider in den Raabgeschäften Altonas wurden in einer Versammlung der dortigen Filiale des deutschen Schneiderverbandes erörtert. Man führte aus, daß nach dem Lohnsatz von 1889 nicht mehr bezahlt

würde und daß in einigen Geschäften die Preise für Arbeiten fast so niedrig wären, wie in der Konfektionsbranche. An der Zeit sei es, auch gegen diese Geschäfte vorzugehen und zu versuchen, allgemein den Lohnsatz von 1889 zur Anerkennung zu bringen. Ein entsprechender Antrag, der dem Verband zur Mitgenehmigung vorgelegt werden soll, wurde angenommen.

In Pasing (Bayern) sind in der Regensteiner'schen Schuhsabrik zwischen der Geschäftsleitung und den Arbeitern Differenzen ausgebrochen, weil in Abwesenheit der Arbeiter deren verschlossene Arbeitsstätten geöffnet und von der Betriebsleitung durchsucht wurden.

Zur Bewegung im schweizerischen Eisenbahn-Gewerbe liegt folgende Meldung aus Bern vor: Die Unterhandlungen zwischen der Direktion der Jura-Simplon-Bahn und deren Angestellten sind beendet, ohne daß eine vollständige Verständigung erreicht worden wäre. Der Streik der Angestellten dieser Eisenbahn-Verwaltung scheint nun doch unvermeidlich.

Zur schweizerischen Brauerbewegung wird uns aus Zürich geschrieben: Das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes hat dem Vorstand des Brauereibesitzer-Verbandes mitgeteilt, daß es, nachdem der obligatorische Arbeitsnachweis abgelehnt worden, auf weitere Unterhandlungen verzichtet. Es wird nun der Kampf der organisierten Arbeiterschaft mit den Brauereien im ganzen Lande beginnen. In Bern ist in einer öffentlichen Arbeiterversammlung bereits der Boykott gegen die Brauereien beschlossen worden.

Die Zimmerleute Basels beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie stellen folgende Forderungen auf: 5 Fr. Minimallohn im Sommer bei zehnstündiger Arbeitszeit. Sonnabends soll eine halbe Stunde früher und an den Vorabenden von Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 5 Uhr Freierabend gemacht werden und zwar ohne Lohnabzug. Arbeit an Stellen, deren Entfernung größer ist, als daß sie in gewöhnlicher Zeit erreicht werden können, soll so berechnet werden, daß der verlängerte Weg als Arbeitszeit gerechnet wird. Nacht-, Sonntags-, Wasser- und Hochgerüstarbeiten sollen mit 50 pCt. Ueberstunden mit 25 pCt. Zuschlag berechnet werden. Ferner wird Freigabe des ersten Mai verlangt.

Verufskongresse in der Schweiz. An den Osterfeiertagen halten außer den Textilarbeitern auch noch die Metallarbeiter und Schuhmacher Delegiertenversammlungen ihrer Verbände ab. Sektionen der Metallarbeiter beantragen u. a. für ihren Verbandstag: Reorganisation des schweizerischen Arbeitersekretariats und Einführung von Berufs-Sekretariaten für die Hauptindustrien der Schweiz mit Subventionierung durch den Bund, Gründung einer Fachzeitung, Aufnahme einer Lohnstatistik in der schweizerischen Metallindustrie, Einwirkung auf die Behörden, daß ihre Arbeiten in Zukunft den eidgenössischen Regierungen überweisen und diese nötigenfalls erweitert werden, Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung von Minimallöhnen. Die Tagesordnung des auf Osterfesttag nach Zürich einberufenen schweizerischen Gewerkschafts-Kongresses umfaßt neun Punkte, von denen alle bis auf einen geschäftlicher Natur sind. Der eine Punkt betrifft den internationalen Sozialistenkongress in London.

Hut-Engros-Geschäft

Alvin Sussmann, Holzmarktstrasse Nr. 38.

Grösste Auswahl der Hutbranche.

Neueste feine Form „Elegant“, prima Qualität 2,40, 2,80 Mark.
Großes Sortiment weicher und feiner „schneidiger“ Herrenhüte von 1,75, 2,00, 2,40, 2,75 Mark. 44753
Konfirmanten-Hüte, weich oder steif, von 1,00 M. an, bis 2,50 M.
Hocheleganter Cylinderhut „Chico“ 7,50 Mark.
Sonntags von 7-10 und von 12-2 Uhr geöffnet.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervödten 1 M. Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.

Möbeltischlerei

11. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solidester Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
4594L
Julius Apelt, Tischlermeister, Skaligerstr. 6.
Eigene Werkstatt im Hause.

Charlottenburg.

Wegen Aufgabe des Geschäfts offeriere mein fertiges Herren-Konfektions-Lager zu noch nie dagewesenen Preisen:
Herren-Cheviot-Anzüge . . . von 13,50
Herren-Kammgarn . . . 16,-
Herren-Luch . . . 15,-
Knaben-Luch-Anzüge . . . von 2,50
Paletots . . . 3,-
Herren-Sommer-Paletots . . . 7,50
Hermann Laskau Nachf. 4575L
Berlinerstr. 94b. Inhaber: A. Spiro. Scharrenstr. 1.

Einsegnungs-Anzüge

in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.

Wegen Liquidation

des hiesigen Lagers der Export-Compagnie für deutschen Cognac verkaufe ich die Vorräte zu erheblich ermäß. Preisen und mache besonders auf die vorz. abgel. Cognacs in mittleren und besseren Marken aufmerksam.
à M. 1,40, 1,60, 1,80, 2,00, 2,25 per Liter oder 1/1 Fl.
45792
Siegr. Zickel, Berlin SO., Brüdenerstr. 10a.

Herren-Hüte 75 Pf.

Kustorsachen. Vollständig fehlerfrei. Nur neueste Façons, extra prima Qualitäten, giebt zu enorm billigen Preisen ab
Die Fabrik
im Comptoir im Comptoir
Grüner Weg 2, I, Reichensbergerstraße 106.
im Comptoir
Chausseestraße 59, I, an der Nordb. Brauerei.
Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

Muschel-Wirtschaft

verkaufe sofort spottbillig, vollständige Wohn- und Schlafzimmereinrichtung, darunter 8 Fenster neue Gardinen. Brauseleuten geeignet.
45688
Frau Büttner, Köpenickerstr. 141, Borsdorf, 1 Etage.

Augenblicklich

verschwinden unter Anwendung des Opat-Fleckenwassers alle Del., Hatz, Theer, Jucker, Bier- und sonstigen Flecken. Opat-Fleckenwasser ist farb- und geruchlos, ungiftig, nicht ätzend, nicht feuergefährlich und nach einstimmigen Urtheil aller Konsumenten das beste und billigste Fleckenreinigungsmittel der Welt. Benzin dagegen hinterläßt Ränder, riecht unangenehm und ist feuergefährlich. Preis 30, 50 und 90 Pf. Erhältlich in Drogeriehandlungen.

Möbelgelegenheitskauf!

Sehr wichtig für Brautleute. Reelle gute Arbeit, sehr billig. Spinden, Vertikow 55 M., franz. Muschelbettstellen spl. 45 M., Säulencremeur 65 M., Spiegelspind, kompl. Bettstelle 30 M., Mod. Muschel-Rücheneinrichtung 50 M., Sopha 36 M. Bilder zur Einrichtung gratis. Dresdenstr. 63, I, Berlin.

Filz- und Seidenhüte

billigste Quelle Berlins
eigenes Fabrikat, daher billiger wie beim Zwischenhändler.
Fabrik: Schillingstr. 35, part.

Neu eingetroffen!

Steife u. weiche Herrenhüte:
M. 1,-; 1,50;
1,75; 2,-; 2,50; 2,80;
3,50; 4,-.
Einsogungshüte, neuestes Façon, M. 1,50; 1,75; 2,-.
Elegante Cylinder: M. 5,-; 6,-; 7,50; 10,-; 12,-. Rein Laden.
H. Gabriel, Hut-Engros-Geschäft, Grüner Weg 112, a. d. Marktsstraße.
Möbel, Spiegel, Polsterwaaren, Plüsch-Garnituren, Paneel-Sophas, Teppiche, Portiören, Gardinen, ganze Wohnzimmereinrichtungen, auch auf Theilzahlung, mit geringen An- u. Ratenzahlungen bei L. Silberstein, Rosenhallerstr. 49, 1 Tr. 41508

Jede Uhr

reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pinzetzen.
Carl Lux, Uhrmacher, 35, Chaussee-Strasse 35.

Achtung! Kein Laden.

Reinhold-Schuhmacher.
Nur eigene Fabrication, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Nippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 4261L
H. F. Dinslage, Kottbusserstr. 4, Hof part.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hittschke, gegründet 1872, Skaligerstr. 13, Ecke Admiralsstraße, am Kottbusser Thor. 42708

Herren-Hüte 65 Pf.

Confirmanten u. bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir
Barnimstr. 45, Müllerstr. 12c.

Möbel u. Polsterwaaren

reelle Waare empf.
Franz Tutzauer, Tischlermeister, 45129 Berlin SW., Glücker-Strasse 14.
Gold-Remontoir-Anker-Uhr
garantirt mit Gehör nur M. 4,50.
(Gold- u. Silber-Anker-Uhren nur M. 5,50, Gold-Ringe u. Ketten à M. 1,50, antiques Beden-Uhren nur M. 2,-; jährliche Reparaturen. Versand durch Felts's Renpfeiler-Betrieb in Berlin G., Engelstr. 6.

Frankfurter Allee 1616a am Ringbahnhof: Vorderwohnungen, 2-4 Zimmer, Bad zc., Hinter-Wohnungen, 1 und 2 Stuben zc. äußerst billig. Elegante Stallungen u. Remisen, große Lager Keller. 95b

Wohnung, 2 Stuben, Küche, Korridor, Nebengelass, sof. zu verm. 390 M. Brünnerstr. 8, S. I. 2 Tr. r. Näh. Ritterstr. 92, b. Karjuntelstein.

Charlottenburg, Christstr. 20, Laufseite, schöner Laden, zu jedem Geschäft passend, mit 2 Fenster, Stube, Küche und gr. Keller für 450 M. sof. a. v. 255b

Friedrichsfelder Waarenhaus
Inh. Theodor Stenger, Friedrichsfelde, Berliner-Strasse 100a. Großes Lager in Herren- und Knaben-Garderobe, Hüten, Cravatten, Schirmen, Stöcken, Handschuhen, Strickwaren und Wäsche. 4596L
Spezialität: Arbeiter-Anzüge.

Material- und Vorkost-Geschäft und Rolle ist umständlicher billig zu verkaufen Lehrtstr. 50. 252b

Arbeitsmarkt.

Ein tücht. Seher u. Korrektor, welcher schon ein kleineres Parteiblatt selbstständig redigirt und auch in anderen Betr. St. f. d. P. thätig war, sucht a. einem P. Blatt en. Vertrauensposten. Offerten an die Exped. d. Bl. unter G. M. erb.

Einen flotten Kreisjägerschneider auf Ruten verl. sofort auf dauernd 241b) W. Gauer, Blumenstr. 32.

Lehrling für Barbier u. Friseur-Geschäft sucht Brüning, Göbenstr. 11.

Tüchtige Bambus-Arbeiter verl. sof. C. Koesemann, Brüdenerstr. 10a.

Stettischen und Tauffleischen-Arbeiterinnen werden Maschinen gekauft und Arbeitsstunden eingerichtet. Meldungen b. Cohn Reizner, Dresdenstr. 80. 243b

Silberseife werden verlangt Sebastr. 84.

Zuarbeiterinnen auf Wäsche bei gr. Verdienst verl. Cohn Reizner, Belles Alliancestr. 5, S. 1 Tr. 242b

Tüchtige Gürtler auf chirurgische Messing-Instrumente verlangen Gebr. Müntzel, Chausseestr. 2E. 243b

Tüchtige Bambus-Arbeiter auf gefraute Arbeit bei hohem Lohn verlangt H. Lankau, Kleinbeerstr. 24. 246b

Tüchtige Grabergesellen auf Buntdruck verlangt 373 C. Fischer, Cravater-Anstalt, Friedrichshagen bei Berlin, Friedrichstr. 96.

M. J. Hahlo, Patentanwalt,

Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsuchung und Verwerthung. 45068
Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.
Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Genossen Berlins!

Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Feen-Palast, Burgstraße 22, Ecke Wolfgangstraße:

Gedächtnissfeier für Karl Marx

veranstaltet vom Vorklub „Karl Marx“.

Großes Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker, Dirigent: G. Graf,
unter Mitwirkung der Gesangsvereine:
„Alpenveilchen“, „Frena I“, „Nordwacht“, „Olympia“ u. „Norddeutsche Schleiße“. Dirigent: R. Blobel.

Festrede, gehalten von W. Liebknecht.

u. a. gelangt zur Aufführung: „Columbus“.

Billet 30 Pf. Nach dem Konzert: **Ball.** Billet 30 Pf.

Lankow, Säulowstr. 21; Schüller, Mittenwalderstr. 43, bei Zielowstr.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestraße 7-8.

Morgen, Sonntag, den 15. März, nachm. 2 1/2 Uhr:

25.

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Zum letzten Male: 235/16

Die Räuber.

Erstauspiel in 5 Akten von Fr. Schiller.

Karl Moor: Oskar Krüger, als Gast: Franz Moor: Julius Türk.
Amalia: Hedwig Margot, Roscinsky: Carl Wesselsky, als Gast.
Der alte Moor: Wilh. Ruff.

Beginn der Verloosung 1 1/2 Uhr.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in folgenden Geschäften zu haben:
Horden: Boyer, Beteranenstr. 13; Mohr, Diederhofenerstr. 3;
Winkelmann, Ackerstr. 153; Diecke, Potzdorferstr. 67; Hase, Panzstr. 13;
Vogel, Demminstr. 62. Nordosten: Niemeyer, Webersstr. 19; Roul
(fr. Gumpel), Barnimstr. 42. Osten: Wilke, Andreasstr. 26; Kothe,
Koppenstr. 90; Böhl, Frankfurter Allee 74; Hoffmann, Blumenstr. 14. Süd-
osten: Arndt, Stalinerstraße 107; Böhlert, Mariannenstraße 5; Tolksdorf,
Sorauerstr. 17, Eds Gölthierstraße; Moritz, Mantuffelstr. 68; Hloh, Bäckers-
straße 59; Scholz, Brangelstr. 32. Süden: Glädick, Gräferstr. 93; Schulz,
Admiralstr. 40a; Bärner, Ritterstraße 15; Baake, City-Passage, Dreidener-
straße 52-53. Südwesten: Ochs, Lindenstr. 59; Windthorst, Junferstr. 1;
Böttger, Hoffenerstr. 21; Schröder, Kreuzbergstr. 15. Westen: Fallor,
Palasstr. 16; Behrend, Blumenthalstr. 5. Nordwesten (Moabit): Redde-
mann, Brihwallerstraße 3. Centrum: Löwenberg, Neue Schönhauserstr. 18;
Horsch, Gipsstraße 5; Scheithauer, Rosenthalerstr. 64.

Zu Vorbereitung: **Rothe Zettel.**

Concerthaus Sanssouci,

Cottbuserstrasse 4a.

Sonnabend, den 14. März 1896, abends 8 1/2 Uhr:

Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert

arrangirt vom
Gesangsverein „Sorgenfrei“
(M. 4. Arb.-Sänger-Bundes.)

Unter Mitwirkung verschiedener tüchtiger Solokräfte.
Nach dem Konzert: **Tanz.**

Eröffnung 8 Uhr. [67/4] Entree 25 Pf.

Einsegnungs-Anzüge

in blau, schwarz, Cheviot-, Satin-, Sammgarn- etc. feinsten Stoffen
v. 10-30 M. Streng reelle Bedienung, auch n. Maas i. eleg. Ausf.
a. Notb. Thor,
A. Wormann, Dresdenerstr. 2, Stalinerstraße.

Kaufen Sie nicht
bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass bei
mir die „billigste Bezugsquelle für Hüte“ ist
Herrenhüte, stoff u. weich à 2,- 2,50 3,- 3,50
do. fr. Haaritz „ 2,- 2,50 3,- 3,50
Kinderhüte u. Konfirmationshüte à 0,75 1, 1,25 1,50 1,75 2 2,50
Cylinderhüte „ 4,- 6,- 7,50 9,- 11,-
Ledschüte, Reisschüte, Turnerschüte, weiche Damenhüte und
Mädchenschüte etc.

bei Oscar Arnold, Hut-Engroslager
Dresdenerstr. 116 am Oranienplatz
(Kola Laden).

Controllmarken-Hüte sehr billig! Diese besitze nachweislich
nur aus der Genossenschafts-Hutfabrik.

Hackescher Markt 4, **J. Brünn,** Am Stadtbahnhof „Börse“
Ecke Neue Promenade

Inventur - Ausverkauf!

Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

An den Fingern
abzuzählen ist der
Vorteil, den man
beim Einkauf aus
erster Hand
hat!

Waldemarstr. 44
parterre rechts im Comtoir,
zwischen Elisabethufer und
Adalbertstraße ist die billigste
Bezugsquelle für Herren-
und Knaben-Filzhüte.
Knabenhüte von 1,- M. an
Herrenhüte „ 1,50 „ „
Cylinderhüte „ 4,- „ „
Einsegnungshüte „ 1,25 „ „
Nur moderne fehlerfreie Waare.
Größte Auswahl! Kein Laden!
Nach Sonntags geöffnet.
Eingelockert zu Engrospreisen.

Möbel-Ausverkauf,

passendste Gelegenheit für Brautleute,
Hotels, Wiederverkäufer. In meinem
größten Möbelspeicher, Neue Königs-
straße 59, sollen circa 200 Wohnungs-
einrichtungen, verliehen gewesene und
neue Möbel zu jedem annehmbaren
Preise schleunigst verkauft werden. Be-
sonders zu empfehlen ist der große
Vorrath verliehen gewesener Möbel,
welche fast neu sind und zum halben
Preise abgegeben werden. Durch sehr
große, billige Gelegenheitskäufe ist
es mir möglich, schon ganze Wirt-
schaften für 90, 100, 300 M. abzu-
geben. Ebenfalls hochfeine, herrschaft-
liche Einrichtungen von 300 bis 5000 M.
Zahlung abgestuft. Beamten ohne
Anzahlung, Kleiderpind 12 M., Kom-
moden, Küchenspind 12, Stühle 2 M.,
Rustbaum-Kleiderspind, Vertikons
30 M., Kuschelspinden 35, Bettstellen
mit Matrassen 18 M., Sophas 18,
Säulenspind, Kleiderspind, hochlegant
56, Truzeug mit Säulen und Kristall-
glas 60, Gylinderbureau, Herren-
schreibtisch, Damenschreibtische, Schreib-
sekretär 30, Plüschgarnituren 60 M.,
Pianinos, Paneelsophas 75 M., Bücher-
spinden, Feuertisoleiten, Chaiselongues,
Salongarnituren, Portièren, Stepp-
decken, Tischdecken, Gardinen, Fenster
5 M. Vollständig ausgestattete und
decorierte Salons, Speisezimmer und
englische Schlafzimmer stets zur An-
sicht. Empfehle allen Herrschaften,
vor Einkauf von Möbeln mein ent-
schieden größtes und billigstes Möbel-
lager zu besichtigen und von den stan-
dend billigen, aber festen Taxpreisen
zu überzeugen. Gekaufte Möbel können
3 Monate kostenfrei auf meinem Auf-
bewahrungsspeicher lagern, werden
durch eigene Gespanne transportirt
auch nach außerhalb.

Achtung!

Kaufen Sie gefälligst
nur 4370L*
Metall-Putz-Glanz

Amor

Derselbe ist sparsam, billig u.
allbekannt das beste aller
Metall-Putzmittel und viel
besser als rothe Pomade.

In Dosen à 10 Pf.
überall zu haben.

Amor ist auch vorzüglich
für Metall-Fabriken.

Milchkübel,

Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen
Jordan,
Eisene Markus-Straße Nr. 28.

Sonnabend: Resterverkauf.

Amor- u. Maltotroffe
Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Jedes Maas zu Engrospreisen.

Achtung! Für alle in der **Achtung!**
Hut- u. Filzwaarenbranche Beschäftigten
findet am
Montag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des
Böhmischen Brauhauses, Landberger Allee 11-13,
ein
Experimental-Vortrag des Physikers Herrn
F. Klausen über X-Strahlen etc.
Neben anderen Experimenten photographische Aufnahmen durch
X-Strahlen vor dem Publikum 88/8
Eintritt 20 Pfennig.
Um den Kollegen und Kolleginnen, deren Freunde und Bekannte, es auch
zu ermöglichen, die neuesten Erfindungen der Zeit zu lernen, ist der
Eintritt auf nur 20 Pf. festgesetzt, und bitten wir deshalb zu diesem
hochinteressanten Vortrag um recht rege Beteiligung.
Die Beauftragten.

Verein d. Maschinisten, Heizer u. Berufsgenossen

Berlins und der Umgegend.

Sonntag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, Oranienstr. 51:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
138/15 Der Vorstand.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Filiale Centrum.

Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr, bei P a j c h,
Alte Jakobstr. 83:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
159/17 Der Vorstand.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- u. Leder-galanteriewaaren-Industrie beschäftigt.
Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn T h. W o l z, Alte Jakobstr. 75:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Lange über: „Die Zelle als ursprüngliche
Form der Lebewesen.“
2. Wahl des Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress.
3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Die Mitglieder werden nochmals darauf hingewiesen, daß die Zahlstelle
von Schöning, Stallschreiberstraße, am 15. März nach der Beuthstr. 21, dem
Restaurant „Zur Neuen Post“ verlegt wird.
Der Vorstand.

Sonnabend, den 21. März 1896:

Feier des 9. Stiftungsfestes

bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert,
theatralischer Aufführung und Ball,
unter gütiger Mitwirkung des „Buchbinder-Männerchor“ (M. d. A. S. V.)
im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
Anfang 8 Uhr.
Eintrittskarten à 25 Pf. sind in den Zahlstellen sowie im Arbeits-
nachweis, Jauerstr. 16, zu haben. 25/14
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ersucht
Das Vergnügungs-Komitee.

Achtung! Rixdorf. **Achtung!**

Sonntag, 15. März, mittags 12 1/2 Uhr, in den Victoria-Sälen,
Herrmannstr. 48-50:

Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Gemeindevorsteher-Wahl und die bürgerlichen
Parteien. Referent Ferdinand Ewald. 204/13
2. Diskussion.
Parteilosen! Es ist eure Pflicht, in dieser Versammlung alle zu
erscheinen.
Die Vertrauensperson.

Stenographie.

Neue Lehrgänge in der ganz vereinfachten Krensch'schen Volksturzschreib-
methode beginnen am Dienstag, den 17. März, im Lokale von Wählich, Adalbertstr. 4;
Montag, den 16. März, im Lokale von Hoffmann, Bahstr. 42; Freitag, den
20. März, im Lokale von Moritz vormals Omjared, Sangestr. 65. In allen
3 Lokalen beginnt der Unterricht abends 8 1/2 Uhr. Der Unterricht wird voll-
ständig unentgeltlich erteilt. Lehrmittel 1,25 M. Es wird einem jeden
Gelegenheit geboten, sich die Stenographie anzueignen. Damen und Herren
sind sehr willkommen. 264/18

Arbeiter-Stenographen-Verein „Eintracht“.

Grünau. Gastwirthschaft Grünau.
von
Gustav Lindenhayn, Friedrichstraße 2.
Garten - Kegelbahn - Kleiner Saal mit Piano. Verkehalokal des
Arbeiter-Bildungs- und Arbeiter-Gesang-Vereins.
Grünau. Grünau.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesprochenen Schuhmacher
in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten
Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99 und
Rosenthalerstr. 63/64
in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigen
alten Preisen verkauft. Wir bitten um durch reich-
liche Einkäufe zu unterstützen. 49211.
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Liter-Flasche 60 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit Pf.,
Korn (verschied. gemischt) Ltr. 45 Pf. ohne Pf.,
Älter, Cognac, Rum, Ungarweine etc.
335 Carl Schindler, Chausseestr. 55.



Nordhäuser

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr:

Grosse Volks-Versammlung

in Raabe's Salon, Kolbergerstraße 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 219/10

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein.
Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 15. März 1896, vormittags präz. 10 Uhr,
bei Herrn Keller (großer Saal), Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Rassenbericht vom IV. Quartal. Bericht des Vorstandes, der Kommission und des Arbeitsvermittlers. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Berlin. Erwählung zur Ortsverwaltung. Stellungnahme zum 1. Mai. Nicht eines jeden Mitgliedes ist es zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Folgende Werkstellen haben unsere Forderungen bisher nicht bewilligt:

Kastensmehl und Blüffels: Hagenow, Waldemarstraße 23.
Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: Keutel, Stralauerstr. 35.
Mühlbauer, Andreasplatz 3. Dohse, Grüner Weg 2. Neimann, Feilnerstr. 5.
Nähmaschinen: Frister u. Rohmann, Stalitzerstr. 134/135.
Goldleisten: Methlow u. Co., Köpcke'str. 109. Stieghahn, Waldemarstraße 14.
Lugensmehl: Bab, Gitschinerstr. 75. Frische, Oranienstr. 36 (Freien die Drechsler).
Möbel nach Zeichnung und gute Banarbeit: Ferd. Voigt, Alte Jakobstraße.
Telephon: Trumple, Holzmarktstr. 48.

Buzug fernhalten.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, den 15. März 1896, vormittags 10^{1/2} Uhr,
Elisabethkirchstr. 14:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen B. Börsch über: „Die gewerkschaftliche Organisation und ihr Nutzen.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder.
Die Kollegen der Fabriken im Norden werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu agitieren.
Der Vorstand.

Montag, den 16. März 1896, abends 8^{1/2} Uhr,
Naunynstr. 27 bei Henko:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Georg Wagner. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. 144/1
Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 16. März, abends 8^{1/2} Uhr, Andreasstraße Nr. 26:
Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn M. Canis „Wie entstehen und wie heilt man Krankheiten.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Gänge haben Zutritt. Billets à 60 Pf. zum Eintritt in der neu erbauten Urnia sind daselbst zu haben. Die Kollegen werden ersucht, heute Abend den Streikfonds nicht zu vergessen. 145/3
Der Vorstand.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
C. Clement,

am Donnerstag Abend gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 8 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 28, aus statt. Um zahlreichen Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Allgemeine Orts-Krankenkasse

gewerblicher Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr:
3 grosse Mitglieder-Versammlungen

in den Lokalen:

Möhning, Admiralsstr. 18e, 1. Abth. S. u. SO.
Raabe's Salon, Kolbergerstr. 23, 3. Abth. N. u. NW.
Albrecht's Salon, Memelerstr. 67, 4. Abth. O u. NO.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Freizehner-Kommission über die Annullations-Erklärung unserer Delegiertenwahlen im 1., 3. und 4. Bezirk durch die Gewerbe-Deputation.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Bei dieser hochwichtigen Tagesordnung und dem Interesse, welches die Mitglieder bei den Delegiertenwahlen gezeigt haben, erwartet zahlreiches Erscheinen
Die Freizehner-Kommission.
Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung.

Achtung!

Achtung!

Roll-, Geschäfts-, Lastfuhrwerks-, Mehl- und Getreide-Kutscher, Möbeltransport-, Speditions- und Speicher-Arbeiter, Getreideträger etc.

Sonntag, den 15. März, abends 6 Uhr, bei Voigt (Feuerstein),
Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unser Bevorstehender Berufskongress und seine Bedeutung. 2. Wahl der Delegierten zu demselben. 3. Verschiedenes. 109/3
Um recht zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann: Oswald Schumann.
NB. Nach der Versammlung findet ein geselliges Beisammensein, arrangiert vom Verband, statt.

Buchdrucker!

Montag, den 16. März, abends 8 Uhr
Brauerei Friedrichshain (Lips), Am Königsthor:
Allgem. Buchdrucker-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Konferenz in Leipzig.
2. Aufstellung von Kandidaten zur Tarifkommission.

Zu dieser wichtigen Versammlung werden sämtliche Buchdrucker Berlins und der Vororte hiermit freundlichst eingeladen.

Das Rauchen ist verboten.
Der Einberufer.

Die für Sonntag anberaumte Versammlung kann eingetretener Hindernisse wegen erst am Montag stattfinden.

Klempner!

Sonntag, den 15. März 1896, vormittags 10 Uhr, im „Feen-Palast“,
Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beschlusfassung über den Eintritt in die Lohnbewegung. Ref.: O. Naether.

Zu dem Verständnis mit dem Obermeister der Klempner-Zunft Herrn Langenbucher sind zu dieser Versammlung sämtliche Klempnermeister eingeladen.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Die Werkstatt-Vertrauensleute der Klempner

werden ersucht, präzise 9 Uhr im Feen-Palast zu erscheinen.
Alle noch ausstehenden Fragebogen sind sofort dem Unterzeichneten einzusenden.

Von heute ab, hat jeder in Arbeit befindliche Kollege pro Woche mindestens 50 Pf. zum Streikfonds zu zahlen und sind Marken à 50 Pf. hierzu von dem Unterzeichneten zu beziehen.
Der Vertrauensmann der Berliner Klempner: F. Zimmormann, 80., Pücklerstr. 55.

Achtung!

Vergolder!

Montag, den 14. März, abends 8^{1/2} Uhr, bei Bergner, Annenstr. 16:
Monatsversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über: „Die Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress.“
2. Besprechung der Restantenliste.
3. Verschiedenes. 225/18
Um zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Medizinal-Verein

für Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr, Alte Jakobstr. 83:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Kassiers.
3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
4. Vereinsangelegenheiten. 155/6
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse
der Maschinenbau-Arbeiter
und verwandten Gewerbe
zu Berlin.

Ordentl. General-Versammlung
der Vertreter der Arbeitgeber
und Arbeitnehmer 2476
am Sonntag, den 22. März d. J.,
vormittags 10 Uhr,
im Grindel'schen Restaurant,
Brunnenstr. 188 (Rosenthaler Thor).

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung; Ertheilung der Decharge.
2. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter ist sehr erwünscht.
Das Mandat legitimiert.
Berlin, den 12. März 1896.
Der Vorstand.
Hans Jessig, D. Steinfeldt.

Mart. Berndt's Würfelstube
empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten ihren vorzüglichsten Frühstücks-, Mittags- und Abendessen. Jeden Sonntag abends von 6 Uhr ab: ff. Eisbeins. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.

Säle zu Festlichkeiten u. Versammlungen.
unentgeltl. Alexanderstr. 27c.

Große öffentliche Versammlung aller Bildhauer Berlins

am Sonntag, den 15. März, vorm. 10 Uhr,
im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Verlauf der Bewegung und die Stellung, welche die Meister in ihrer letzten Versammlung vom Donnerstag, den 12. März, einnahmen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
22/13
Der Vertrauensmann: Otto Meyer, Strelitzerstr. 28.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Filiale Berlin „Nord“.)

Sonntag, den 15. März 1896, vormittags 10 Uhr,
in Meyer's Salon, Müllerstraße 7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress.
3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Verwaltung.
Kollegen! Wir machen auf das am 21. d. M. im Cöllner Hof, Cöllnerstr. 8, stattfindende Winter-Vergnügen aufmerksam. Wir erlauben um rege Beteiligung. Billets sind in den Zahlstellen und bei den Vertrauensleuten zu haben. 121/8

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.

Montag, den 16. März 1896, abends 8^{1/2} Uhr,

Bezirksversammlung für den Norden

in Raabe's Salon, Colberger Straße Nr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Bruno Börsch über: „Die Beseitigung des Privateigentums.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Nichtmitglieder als Gäste willkommen.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
122/12
Der Vorstand.

Schöneberg.

Sonntag, den 14. März, abends 7^{1/2} Uhr, Grunewaldstraße 110:
Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Mißstände in den Fabriken von Drenstein u. Koppel, Tempelhof; Pfeiffer u. Dudenmüller und Braß und Hertel.
Sämtliche in diesen Fabriken arbeitenden Kollegen werden gebeten zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung Schöneberg des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Sonntag, den 15. März, nachmittags 1^{1/2} Uhr, in Wilmersdorf,
bei Klingenberg: 121/7

Wander-Versammlung.

Tages-Ordnung daselbst.

Treffpunkt für die Schöneberger Mitglieder um 12^{1/2} Uhr, Grunewaldstr. 110.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brantwein.
alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26
Kleiner Verkauf von 10 Pf. ab. 42452*